



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Geld als Beschränkung kapitalistischer Akkumulation –
regulationstheoretische Betrachtungen am Beispiel
Mexiko“

Verfasserin

Teresa Pointner, BSc

Angestrebter Akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien 2012

Studienkennzahl laut Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung laut Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

a.o.Univ.Prof.Dr. Joachim Becker

"Der Zweifler"

Immer wenn uns

Die Antwort auf eine Frage gefunden schien

Löste einer von uns an der Wand die Schnur der alten

Aufgerollten chinesischen Leinwand, so daß sie herabfiel und

Sichtbar wurde der Mann auf der Bank, der

So sehr zweifelte.

Ich, sagte er uns

Bin der Zweifler, ich zweifle, ob

Die Arbeit gelungen ist, die eure Tage verschlungen hat.

Ob, was ihr gesagt, auch schlechter gesagt, noch für einige Wert hätte.

Ob ihr es aber gut gesagt und euch nicht etwa

Auf die Wahrheit verlassen habt dessen, was ihr gesagt habt.

Ob es nicht vieldeutig ist, für jeden möglichen Irrtum

Tragt ihr die Schuld. Es kann auch eindeutig sein

Und den Widerspruch aus den Dingen entfernen; ist es zu eindeutig?

Dann ist es unbrauchbar, was ihr sagt. Euer Ding ist dann leblos

Seid ihr wirklich im Fluß des Geschehens? Einverstanden mit

Allem, was wird? Werdet ihr noch? Wer seid ihr? Zu wem

Sprecht ihr? Wem nützt es, was ihr da sagt? Und nebenbei:

Läßt es auch nüchtern? Ist es am Morgen zu lesen?

Ist es auch angeknüpft an vorhandenes? Sind die Sätze, die

Vor euch gesagt sind, benutzt, wenigstens widerlegt? Ist alles belegbar?

Durch Erfahrung? Durch welche? Aber vor allem

Immer wieder vor allem anderen: Wie handelt man

Wenn man euch glaubt, was ihr sagt? Vor allem: Wie handelt man?

Nachdenklich betrachteten wir mit Neugier den zweifelnden

Blauen Mann auf der Leinwand, sahen uns an und

Begannen von vorne.

(Bertolt Brecht)

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	8
1.1	Fragestellung und Thesen.....	9
1.2	Aufbau und Methode.....	10
2	THEORETISCHE FUNDIERUNG – DIE REGULATIONSTHEORIE	12
2.1	Überblick zur Regulationstheorie.....	12
2.2	Die Akkumulation.....	13
2.2.1	Extensive und intensive Akkumulation.....	14
2.2.2	Extravertierte und intravertierte Akkumulation	15
2.2.3	Produktive und fiktive Akkumulation.....	16
2.2.3.1	Instabilität des finanzbasierten Akkumulationsregimes	17
2.2.3.2	Von der produktiven zur fiktiven Akkumulation	20
2.2.4	Resümee Akkumulation	21
2.3	Die Regulation.....	21
2.3.1	Überblick.....	21
2.3.2	Das Lohnverhältnis.....	24
2.3.3	Das Konkurrenzverhältnis	24
2.3.4	Die ökologische Restriktion.....	25
2.4	Die monetäre Restriktion.....	26
2.4.1	Zeitliche und räumliche Dimension des Geldes	27
2.4.2	Funktionen des Geldes.....	28
2.4.3	Geld als fiktive Ware	29
2.4.4	Währungs- und Wechselkursregime	30
2.4.4.1	Fixe Wechselkurse	30
2.4.4.2	Währungsbewertung	33
2.4.4.3	Der optimale Währungsraum.....	34
2.4.4.4	Mehrwährungssysteme.....	34
2.4.4.5	Frei schwankendes Wechselkursregime.....	37
2.4.5	Geldregime	38
2.4.5.1	Der Zins	38
2.4.5.2	Inflation.....	40
2.4.5.3	Akteure der internationalen Finanzarchitektur.....	41
2.4.6	Verschuldungs- und Finanzmarktpolitik.....	44
2.4.6.1	Veränderung institutioneller Rahmenbedingungen	44
2.4.6.2	Verschuldung.....	46
2.4.6.3	Einfluss von externen Akteuren	47
2.5	Das Regulationsdispositiv.....	47
2.5.1	Hegemonie	48
3	STATISTISCHE UND PRAKTISCHE UNTERSUCHUNG DER MEXIKANISCHEN AKKUMULATION UND REGULATION	50
3.1	Überblick	50
3.1.1	Historische und wirtschaftliche Entwicklung Mexikos bis 1988	50
3.1.2	Zeitliche Einbettung der Akkumulation und monetären Regulation	52
3.1.3	Räumliche Einbettung der Akkumulation und monetären Regulation	54
3.2	Die mexikanische Akkumulation seit 1988	56
3.2.1	Extensive und intensive Akkumulation in Mexiko	56

3.2.1.1	Struktureller Wandel der mexikanischen Wirtschaftssektoren	56
3.2.1.2	Produktivitätsregime	58
3.2.1.3	Beschäftigung	59
3.2.2	Extravertierte und intravertierte Akkumulation in Mexiko	61
3.2.2.1	Exportorientierte Industrialisierung	61
3.2.2.2	Freihandelsabkommen – NAFTA	63
3.2.2.3	Handelsbilanz	63
3.2.3	Fiktive und produktive Akkumulation in Mexiko	64
3.2.3.1	Auslandskapital in Mexiko	64
3.2.3.2	Tequila-Krise – Dezember 1994	69
3.2.3.3	Von der produktiven zur fiktiven Akkumulation	72
3.3	Monetäre Restriktion in Mexiko seit 1988	74
3.3.1	Währungs- und Wechselkurspolitik in Mexiko	74
3.3.1.1	Fixe Wechselkurse in Mexiko	74
3.3.1.2	Der optimale Währungsraum – formelle und informelle Dollarisierung	75
3.3.1.3	Flexibles Wechselkursregime	77
3.3.1.4	Währungsbewertung	77
3.3.1.5	Die Tequila-Krise aus wechsellkurstheoretischer Sicht	80
3.3.2	Das mexikanische Geldregime	81
3.3.2.1	Zinsentwicklung und Wachstum	82
3.3.2.2	Inflationsentwicklung	83
3.3.2.3	Zentralbankpolitik - „Banco de México“	86
3.3.3	Verschuldungs- und Finanzmarktpolitik Mexikos	87
3.3.3.1	Verschuldungspolitik Mexikos	87
3.3.3.2	Änderung institutioneller Rahmenbedingungen	91
3.3.3.3	Neoliberaler Diskurs in Mexiko	94
4	POSITIONIERUNG DER MEXIKANISCHEN ÖKONOMIE	96
4.1	Akkumulation	96
4.2	Monetäre Restriktion	97
5	FINANZBASIERTES REGULATIONSDISPOSITIV IN MEXIKO? STABILITÄT DES SYSTEMS?	101
5.1	Finanzbasiertes Regulationsdispositiv	101
5.2	Stabilität	102
5.3	Hegemonie	103
6	CONCLUSIO	105
7	LITERATURVERZEICHNIS:	107
8	ANHANG	112
8.1	Zusammenfassung	112
8.2	Abbildungsverzeichnis	115
8.3	Glossar	116
8.4	Curriculum Vitae	117

Vorwort

„Internationale Entwicklung“ versteht sich als transdisziplinäres Studium mit Fokus auf der Analyse globaler Ungleichheitsverhältnisse. Mit der Regulationstheorie wähle ich für diese Arbeit einen interdisziplinären Zugang, der sich als Analyseinstrument für eine kapitalistische Wirtschaft besonders gut eignet. Im Zuge der internationalen Schulden-, Finanz- und Währungskrise interessiert mich besonders die Rolle des Geldes als abstraktes Konstrukt der kapitalistischen Entwicklung. Die diversen Aufenthalte in Lateinamerika verstärkten meine Faszination für die Lebensweise und Kultur Mittelamerikas; somit wählte ich das Beispiel Mexiko. Das Verstehen von internationalen Zusammenhängen war das Ziel meines Lernens am Institut für Internationale Entwicklung und findet in dieser Arbeit ihren Ausdruck.

Dafür bedanke ich mich bei meinem Betreuer, der stets die passende Literatur zu meinen Fragen fand, bei meinen LangzeitpausenkollegInnen in der Nationalbibliothek für die gute Gesellschaft, bei meiner Familie und meinen FreundInnen für die inhaltliche und moralische Unterstützung! Ein besonderes Dankeschön gilt auch der wirtschaftspolitischen Akademie, deren Arbeit und Diskussionen wertvolle Anregungen für den Arbeitsprozess lieferten.

1 Einleitung

Diese Arbeit befasst sich mit einem bedeutenden kapitalismuskritischen Ansatz, der Regulationstheorie. Anhand dieser Theorie wird versucht die Instabilitäten des kapitalistischen Entwicklungsgedankens zu identifizieren. Als Paradebeispiel einer neoliberalen Umstrukturierung, im Zuge eines internationalen Paradigmenwechsels seit den 1980er Jahren, dient mir Mexiko, welches nach Zahlungsunfähigkeit dem Einfluss internationaler Finanzorganisationen sowie (über-)mächtiger Staaten des Zentrums unterlag.

Die Regulationstheorie bietet für diese Arbeit das Analysewerkzeug für eine statistische und praktische Untersuchung der mexikanischen Wirtschaftsstruktur. Aufgrund der systematischen Gestaltung der Theorie können zwei Blöcke sichtbar gemacht werden. Erstens die Akkumulation, die wiederum in drei Typisierungsachsen unterteilt wird, und zweitens die Regulation, die in vier strukturelle Formen gegliedert ist. Die systemkritischen Ansichten der Theorie geben Anstoß, die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung kritisch zu hinterfragen.

Im Zuge einer regulationstheoretischen Analyse geht es in dieser Arbeit um eine Bewusstmachung des mexikanischen Akkumulationsmusters sowie um die geld- und währungspolitische Stabilisierung seit dem Regierungsantritt Salinas de Gortari 1988. Dabei sollen die Strukturen des mexikanischen Binnenmarkts, das mexikanische Außenhandelssystem und vor allem die finanzbasierte Akkumulation genau analysiert werden. Der zweite Teil der Arbeit legt den Fokus auf die monetäre Restriktion in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Die Akkumulation und Reproduktion sind an Geld gebunden. Beim Akkumulationsprozess gilt es Geld einzusetzen um *Mehr* Geld zu schaffen. Der alleinige Anreiz der Produktion ist die Anhäufung von Geld, nicht jeder hat aber den gleichen Zugang zu Geld (Kredite), was die Akkumulationsmöglichkeiten der TeilnehmerInnen beschränkt. Im Bereich der Reproduktion sind die Lohnabhängigen auf Geld angewiesen um ihr Überleben zu sichern (vgl. Becker et al. 2007: 47). Ein Auskommen ohne Geld ist in einem kapitalistisch organisierten System kaum möglich. Geld wirkt also beschränkend, da sich unser Handeln innerhalb eines monetären Systems abspielt. Das Geldverhältnis kann jedoch von der Politik und der Gesellschaft gestaltet werden.

Die Ausgestaltung des Geldverhältnisses bringt einen bedeutenden verteilungspolitischen Aspekt mit sich. In der zeitlichen Dimension kann Geld über seine Bewertung (Inflation/Deflation) Vermögen determinieren. In der räumlichen Dimension wird Geld über Währungsgrenzen relevant. Der Zugang zu bestimmten Währungen und Krediten ermöglicht in einem kapitalistischen System erst wirtschaftliche Entwicklung. Das Geldverhältnis eines kapitalistischen Systems ist also Ausdruck des sozialen Verhältnisses und umgekehrt.

In dieser Arbeit ist die Untersuchung der währungs- und geldpolitischen Entwicklung sowie die Verschuldungs- und Finanzmarktpolitik von großer Bedeutung. Anhand von makroökonomischen Indikatoren (Wechselkurse, Währungsbewertung, Zins- und Inflationsentwicklung, Verschuldung, etc.) wird die Strategie der mexikanischen Währungs- und Geldpolitik und somit der Umgang mit der monetären Restriktion im Kapitalismus diskutiert.

1.1 Fragestellung und Thesen

Die forschungsleitenden Fragen, die für diese Arbeit im Zentrum stehen, basieren auf der regulationstheoretischen Analyse des Kapitalismus. Anfangs wird die Frage nach dem mexikanischen Akkumulationsregime nach Regierungsantritt Salinas de Gortari 1988 herausgearbeitet. Dies umfasst die Positionierung der mexikanischen Akkumulation anhand der Typisierungsachsen (extensive/intensive Akkumulation – extravertierte/intravertierte Akkumulation – Akkumulation von fiktivem/produktivem Kapital). Die Argumente und Eigenschaften, die für die jeweiligen Akkumulationstypen sprechen, werden analysiert.

Auf Basis der Akkumulation werden in dieser Arbeit spezifische Fragen zur monetären Restriktion in Mexiko gestellt:

- Wie gestaltet sich die geld- und währungspolitische Regulation in Mexiko?
- Welche Faktoren sprechen für ein finanzbasiertes Regulationsdispositiv in Mexiko?
- Gelingt der mexikanischen Geldpolitik eine Stabilisierung des mexikanischen Akkumulationsmusters? Welche Faktoren könnten zu Instabilität führen?

These

Die geldpolitischen Stabilisierungsversuche führen in Mexiko zu einer vermehrten Verlagerung von der produktiven zu einer fiktiven Akkumulation. Ab 1988 fokussiert sich das mexikanische Wirtschaftssystem verstärkt auf die fiktive Akkumulation von Kapital.

Diese Entwicklung kann im Bereich der Währungs-, Geld- und Wechselkurspolitik, sowie in der Veränderung institutioneller Rahmenbedingungen im Finanzmarktbereich und auch der Verschuldungspolitik gezeigt werden. Dies lässt die Vermutung eines finanzbasierten Regulationsdispositivs zu.

1.2 Aufbau und Methode

Der erste Teil der Arbeit bildet die theoretische Grundlage der Regulationstheorie mit Fokus auf die verschiedenen Akkumulationsachsen. Im Bereich der Regulation wird die monetäre Restriktion im Kapitalismus genau analysiert; dafür wird Geld als abstraktes Konstrukt wahrgenommen. Im ersten Teil geht es um allgemeine Aspekte des Geldes, wie ihre Funktion oder die verschiedenen Dimensionen. Die weiteren theoretischen Teile behandeln geld- und währungspolitische Strategien, die von Staaten und internationalen Finanzorganisationen zur Regulation des Geldverhältnisses verwendet werden. Abschließend zum theoretischen Block wird die Frage der Stabilität und Hegemonie im Zuge des Regulationsdispositivs erläutert.

Der theoretische Hintergrund formt die Basis für die Analyse des Akkumulationsregimes sowie der geldpolitischen Regulierung Mexikos seit 1988. Die räumliche und zeitliche Einbettung der mexikanischen Akkumulation und geldpolitischen Regulation gehen einer Positionierung des Akkumulationsregimes anhand der drei Typisierungsachsen voraus. Die produktive und finanzbasierte Akkumulation Mexikos wird aufgrund der Investitionsstruktur, die eine Analyse der Auslandsdirektinvestitionen (FDI) und Portfolioinvestitionen umfasst, unterschieden. Zudem gibt es eine ausführliche Diskussion der Tequila-Krise.

Im Anschluss wird das mexikanische Geldverhältnis untersucht: Im Abschnitt der Währungs- und Wechselkurspolitik wird die Währungsbewertung, genauso wie die Formen der Dollarisierung und die Wahl des Wechselkursregimes, analysiert; Indikatoren wie die reale Wechselkursrate sind für diese Analyse ausschlaggebend. Das folgende Kapitel der Geldpolitik bietet einen Einblick in die Inflations- und Zinspolitik der mexikanischen Zentralbank. Verwendet werden Indikatoren wie das Zinsdifferential von Kredit- und Depositzzinsen oder der Verbraucherpreisindex. Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit der Verschuldungspolitik Mexikos und den institutionellen Änderungen am Finanzmarkt. Relevant für die Zuteilung zu einem finanzbasierten Akkumulationsregime sind unter anderem Indikatoren der Auslandsverschuldung sowie des heimischen Bankensektors.

Abschließend wird eine Positionierung der mexikanischen Akkumulation und monetären Restriktion durchgeführt. Es ist die Frage, ob in Mexiko von einem finanzkapitalistischen

Regulationsdispositiv gesprochen werden kann und ob die Regulation zu einer (dauerhaften) Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung führen wird. Im Resümee werden Parallelen zu anderen semi-peripheren Staaten gezogen und ein kurzer Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungen gegeben.

Methode

Das Gedicht „Der Zweifler“ drückt bereits meinen Zugang zur wissenschaftlichen Forschung aus. Die gewonnenen Erkenntnisse dieser Arbeit sollen stets hinterfragt werden, um eine stetige Verbesserung der Ergebnisse zu erfahren. Vor allem im Bereich der Wirtschaftswissenschaften ist die Forschung in einem sich ständig ändernden Raum/Zeit-Kontinuum zu begreifen. Der hermeneutische Zirkel als wissenschaftlicher Zugang bietet die Grundlage meiner Überlegungen. Die Interpretation der Texte und Zahlen ist von individuellen Denk- und Sichtweisen geprägt, dies beeinflusst auch die Wahl der Theorie für die wissenschaftliche Fundierung dieser Arbeit. Die Motive der verwendeten Texte sind je nach Einstellungen und Verständnis der AutorInnen zu hinterfragen. Auch die statistischen Daten sind durch die Interessen der erhebenden Institutionen gefärbt. Die Regulationstheorie, die theoretische Basis dieser Arbeit, versucht bereits in ihrer Ausgestaltung, systemimmanente und kritische Betrachtungen in die Analyse miteinzubeziehen.

Für die Berechnung der diversen makroökonomischen Kennzahlen wird großteils auf Daten und Erhebungen der Weltbank zurückgegriffen. Die Verwendung jener Daten wird aufgrund ihrer Vollständigkeit in Bezug auf den analysierten Zeitraum gewählt. Die Literaturanalyse ergab, dass die unterschiedlichen AutorInnen mit verschiedenen Datenquellen arbeiten, was zu leichten Divergenzen in den Statistiken führen kann. Mit dem Beitritt zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und zum nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) werden zudem neue Form- und Erhebungsvorschriften in Mexiko durchgesetzt.

2 Theoretische Fundierung – die Regulationstheorie

Der Theorieblock beginnt mit einem kurzen Überblick der Regulationstheorie. Es folgt eine genaue Analyse der Akkumulation mit Schwerpunkt auf den drei Typisierungsachsen. Im Bereich der Regulation werden die vier strukturellen Formen erläutert, wobei das Hauptaugenmerk auf der monetären Restriktion liegt.

2.1 Überblick zur Regulationstheorie

Die Regulationstheorie ist ein polit-ökonomischer Ansatz, der sich mit den Widersprüchen des Kapitalismus auseinandersetzt und historischen Entwicklungen einen hohen Stellenwert beimisst. Die räumliche und zeitliche Dimension der Regulation schafft ein Bewusstsein für veränderliche Strukturen. Die Mechanismen zu identifizieren, die zu einer vorübergehenden Stabilisierung des kapitalistischen Systems führen, zählt zu den Inhalten der Regulationstheorie. Die Wiederkehr von Krisen und Instabilitäten liegt, aus regulationstheoretischer Perspektive, im System des Kapitalismus selbst. Die Regulationstheorie teilt sich in zwei Stränge: die (post-)marxistische Perspektive, die von Aglietta und de Bernis vertreten wird, und die post-keynesianische bzw. institutionelle Perspektive, die von der Lehre Boyers ausgeht (vgl. Becker et al. 2010a: 226f). In dieser Arbeit wird verstärkt auf den post-marxistischen Ansatz eingegangen.

Die Struktur des regulationstheoretischen Teils besteht aus der Analyse der Akkumulation in kapitalistischen Systemen, um darüber hinaus die Grundformen der sozialen Beziehungen und die vier strukturellen Formen im jeweiligen System zu analysieren, die für die Ausgestaltung des Akkumulationsmusters maßgeblich sind.

In den folgenden Kapiteln werde ich kurz die unterschiedlichen Achsen der Akkumulation vorstellen. Anschließend folgt die Beschreibung der strukturellen Formen mit Bezug auf die Grundformen der sozialen Beziehung.

Die monetäre Restriktion als eine der strukturellen Formen und bedeutender Widerspruch des Kapitalismus wird ausführlich unter folgenden Punkten beleuchtet: Zuerst werden allgemeine Überlegungen zum Konstrukt Geld, wie Dimensionen und Funktionen von Geld, angestellt; es folgt das Währungs- und Wechselkursregime, das Geldregime und seine Institutionen und die Verschuldungspolitik sowie die Änderung von institutionellen Rahmenbedingungen des Finanzmarkts und der Wirtschaftspolitik. Den Abschluss bildet die Analyse der Regulationsdispositives, welches Faktoren wie Stabilität und Hegemonie thematisiert.

2.2 Die Akkumulation

Bei der einfachen Warenproduktion geht es um den Tausch von Waren. Geld fungiert lediglich als Tauschmittel zur Vereinfachung des Handels. Der Zirkulationsprozess des einfachen Reproduktionsschemas lautet Ware – Geld – Ware (W-G-W) und ist relativ stabil, da es eine Produktion für den Bedarf, also die Nachfrage ist (vgl. Sweezy 1970: 162f).

Die Akkumulation im kapitalistischen System meint die Anhäufung von Geld/Kapital. Der Zirkulationsprozess beginnt mit dem Einsatz von Geld für Produktionsmittel, damit werden Waren produziert, die für *mehr* Geld als eingesetzt verkauft werden. Die Motivation zur Produktion ist einen Mehrwert (Profit) $G-W-G'$ zu erzielen.

Wie bereits erwähnt, orientiert sich die Regulationstheorie unter anderem an der marxistischen Theorie. Folgende Punkte sind für Marx ausschlaggebend für zyklisch auftretende Krisen im Kapitalismus:

- Die Konsumation wächst nicht gleich stark wie die Arbeitsproduktivität (vgl. Marx 1959: 469).
- Die steigende Wertzusammensetzung des Kapitals (vgl. Marx 1964: 259f) – das heißt, der Mensch wird stetig durch den Einsatz von Maschinen ersetzt und seine Arbeitskraft somit günstiger.
- Die Produktion orientiert sich nicht an der Nachfrage, sondern allein an der Profitrate.

Der Zwang zum Wachstum, zur Akkumulation von Mehrwert, wird von der Regulationstheorie als einer der Hauptwidersprüche des kapitalistischen Systems bezeichnet. Becker führt den Begriff des „Akkumulationsimperativs“ ein (vgl. Becker 2007a: 269). Der Zwang zur Akkumulation passiert in einem System fester Strukturen zwischen Produktion und Konsum.

Akkumulationsregime ist ein Begriff, den Becker bei „eine[m] über längere Zeit stabilisierte[n] Muster der Kapitalakkumulation“ (Becker: 2007a: 270f) verwendet.

Die Akkumulationsdynamik des Kapitals ist von Faktoren wie technischer Wandel, Einkommensverteilung, Branchenstruktur, Außenwirtschaftsbeziehungen oder der Anhäufung von finanziellem Kapital bestimmt.

Die Dialektik zwischen Akkumulation und Konsumation wird anhand der drei Typisierungsachsen (extensive/intensive; extravertiert/intravertiert; produktiv/fiktiv) genauer erläutert.

Exkurs:

Vorkapitalistische Produktionsweisen, bzw. die einfache Warenproduktion, wie zum Beispiel die Subsistenzwirtschaft, kann nicht zur kapitalistischen Produktion gezählt werden. Erst nach der Unabhängigkeit von den Kolonialmächten werden in Lateinamerika kapitalistische Produktionsstrukturen unter der Anleitung Großbritanniens und der USA umgesetzt (vgl. Becker 2007a: 144). Vor allem in (semi-)peripheren Regionen bietet die Subsistenzwirtschaft auch heute noch eine lebenserhaltende Grundlage und ergänzt das fehlende Geldkapital (vgl. Becker 2007a: 276). Es ist eine Produktion für den Konsum (Eigenbedarf) und wirkt für das kapitalistische Akkumulationsregime unterstützend, indem es einen Teil der Reproduktionsarbeit übernimmt. Die Löhne, die laut Marx im kapitalistischen System eine sinkende Tendenz verzeichnen, werden dadurch subventioniert (vgl. Becker et al. 2007c: 35f).

2.2.1 Extensive und intensive Akkumulation

Die extensive und intensive Akkumulation unterscheiden sich in der Ausgestaltung der Beziehung zwischen Produktion und Konsum.

Die extensive Akkumulation zeichnet sich durch ein niedriges Niveau der binnenwirtschaftlichen Nachfrage und eine restriktiven Lohnpolitik aus. Aufgrund von Absatzproblemen der heimischen Produktion ergibt sich eine instabile Binnenmarktstruktur. Konsum- und Kapitalgüterindustrie agieren autonom und finden keine binnenwirtschaftliche Verknüpfung. (Semi-)Periphere Regionen fokussieren auf die Produktion von Konsumgütern und importieren Kapitalgüter und somit technologischen Fortschritt (vgl. Becker et al. 2007c: 37f; Becker 2007a: 68, 269f). Der Antrieb der Produktion (Mehrwertgewinnung) basiert auf einem Anstieg der Arbeitskräfteanzahl im Gegensatz zu einer Produktivitätssteigerung (vgl. Novy 2002: 100f).

Bei intensiver Kapitalakkumulation wird der Rahmen für eine steigende Binnennachfrage geschaffen. Produktivitätssteigerung und eine tendenzielle Aufwertung der Löhne schaffen die Basis dafür. Qualifizierte ArbeitnehmerInnen und ein hoher Technisierungsgrad ermöglichen die Kapitalgüterproduktion und fördern die Verbindung von Konsum- und Produktionsgüterindustrie (vgl. Novy 2002: 101; Becker 2007a: 67ff). Wachstum wird mittels einer intensiveren Nutzung der binnenwirtschaftlichen Möglichkeiten geschaffen.

Die drei Eckpfeiler – Produktivitätsentwicklung, Branchenstruktur und Einkommensverteilung – wirken auf die aggregierte Nachfrage und die Organisation von Produktions- und Konsumgüterindustrie. Mangelnde Absatzmöglichkeiten am Binnenmarkt erfordern eine Ausdehnung der Absatzmärkte; eine populäre Lösungsstrategie: Wachstum durch Exportorientierung. Eine Intensivierung des binnenwirtschaftlichen Potenzials kann durch die Änderung von Konsumnormen geschaffen werden. Ökonomien können tendenziell einem Akkumulationstyp zugewiesen werden, erfüllen allerdings nie alle Kriterien vollständig.

2.2.2 Extravertierte und intravertierte Akkumulation

Die Regulationstheorie unterscheidet außerdem zwischen intravertierter, nach innen gerichteter und extravertierter, nach außen orientierter Akkumulation. Intravertiert ist eine Ökonomie mit autonomer Kapitalakkumulation, die von außenwirtschaftlichen Beziehungen unabhängig agieren kann. Becker verweist auf eine geringe autonome wirtschaftliche Entwicklung der (Semi-)Peripherie. In den letzten Jahrzehnten ist ihre Entwicklung geprägt von kolonialen Machtbeziehungen und außenwirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen (vgl. Becker 2007a: 71).

Bei der Extraversion unterscheidet man eine aktive sowie eine passive Ausprägung. Die aktive Extraversion zeichnet sich durch den Export von Produktions- und Finanzkapital aus. Mittels Leistungsbilanzüberschüssen wird eine Akkumulation von Devisen erreicht und die Machtposition ausgebaut. Der Überschuss der akkumulierenden Länder wird durch das Defizit anderer Staaten ausgeglichen (vgl. Becker, et al. 2007c: 38f). Die passive Extraversion beschreibt den Prozess jener Länder, die eine hohe Importabhängigkeit in den Schlüsselsektoren verzeichnet. Sowohl Kapitalimport in Form von Auslandsinvestitionen, als auch der Import von technischem Wissen im Bereich der Kapitalgüterproduktion versetzen sie in eine Abhängigkeitsbeziehung (vgl. Becker, Jäger, Leubolt, Weissenbacher 2010: 3). Solche Ökonomien sind auf ein stabiles Investitionsklima angewiesen. Die wirtschaftspolitische Ausrichtung fokussiert auf die Beibehaltung der Kapitalzuflüsse, was einen hohen Instabilitätsfaktor mit sich bringt. Erstens wird es immer schwieriger, durch steigende Handelsbilanzdefizite die nötigen Devisen für die Importe zu erwirtschaften, und zweitens hängen die Kapitalflüsse von irrationalen Erwartungen ab, die international mobiles Kapital mittels kurzfristiger Entscheidungen in unterschiedliche Richtungen lenken können.

Der Konnex zwischen aktiv-extravertierten Ökonomien und passiver Extraversion ist ihre gegenseitige Abhängigkeit. Die aktiv akkumulierenden Länder benötigen Staaten, in denen

sie ihr Kapital investieren können bei gleichzeitigem Abschöpfen von hohen Profiten, während die passiven Staaten ihre Defizite finanzieren müssen. Die Verschuldung jener Staaten in passiver Extraversion ermöglicht die Machtposition westlicher Geberstaaten und internationaler Geberorganisationen auszunutzen.

Tendenziell wird den Entwicklungsländern die Rolle einer passiven Extraversion zugeschrieben, insbesondere in der Phase der Überschuldung der 1980er Jahre in Lateinamerika.

2.2.3 Produktive und fiktive Akkumulation

Bei der produktiven und fiktiven Akkumulation unterscheidet man die Mehrwertgewinnung im fiktiven Bereich (Zinsen) und die Anhäufung der Profitraten in der Produktion. Die Akkumulationskreisläufe hängen insofern zusammen, als dass die finanzbasierte Sphäre die Gewinne der produktiven Sphäre abzuschöpfen versucht. Eigentumstitel, die am Finanzmarkt gehandelt werden, haben Anspruch auf den erwirtschafteten Mehrwert im Produktionssektor (vgl. Becker et. al 2007c: 36f). Die Dynamik der produktiven Akkumulation, die von der Produktivität, Einkommensverteilung, Branchenstruktur und den außenwirtschaftlichen Beziehungen abhängt, wurde bereits genauer erläutert.

Die fiktive Akkumulation tritt unter anderem auf, wenn es zu einer Blockade in der produktiven Sphäre kommt. Das bedeutet, dass es nur ungenügend profitable Investitionsmöglichkeiten gibt (vgl. Becker 2012: 1). Als eigentliches Problem identifizieren Becker, Jäger, Leubolt und Weissenbacher die hohen Profitraten der finanzbasierten Investitionen, die jene der produktiven Sphäre übersteigen (vgl. Becker, Jäger, Leubolt, Weissenbacher 2010a: 227). Dies bedeutet, dass die Zinsraten (Profitraten aus Derivaten und anderen Finanzmarktprodukten) über der produktiven Mehrwertgewinnung (z. B. BIP-Wachstumsraten) liegen. Dies veranlasst eine verstärkte Investitionsbereitschaft in den Finanzbereich.

Grundsätzlich werden zwei Kreisläufe der fiktiven Akkumulation unterschieden: Wie bereits oben beschrieben, übersteigen die Profite des finanzbasierten Sektors jene des produktiven. Der Preisanstieg der Finanzaktiva suggeriert unendlich hohe Gewinne, dem gegenüber allerdings endliche Profitraten des Produktivsektors stehen. Der Preisanstieg des Finanzvermögens erklärt wiederum deren Nachfrage, wodurch es zu weiteren Preisanstiegen der Finanzmarktprodukte kommt. Die Differenz der Profitraten im produktiven und fiktiven Bereich steigt dadurch kontinuierlich an (vgl. Becker, Jäger, Leubolt, Weissenbacher 2010a:

229; Becker 2011: 2). In Form von Versicherungsprämien, Zinsen oder Dividenden stellt der Finanzsektor einen Anspruch auf den Mehrwert, der im Produktivbereich erwirtschaftet wird. Die Verteilung begünstigt die Financiers und schwächt die Position der Lohnabhängigen (vgl. Becker 2007a: 74f). Der Finanzsektor übt Druck auf die produktive Sphäre aus, höhere Profite zu lukrieren, was sich in Lohnkürzungen widerspiegelt (vgl. Epstein 2005: 7).

Die abgeschöpften Gewinne werden nicht wie einst in produktive Branchen reinvestiert, also in industrielle Anlagewerte, sondern die Aktivität der InvestorInnen verlagert sich in den fiktiven Raum auf Investmentportfolios, Anlagefonds, Finanzderivate, etc. (vgl. Grabel 1996: 1763).

Der zweite Kreislauf der finanzbasierten Akkumulation beschreibt eine Finanzialisierung basierend auf Zinsgewinnen: Unterschiedliche Zinsraten und Wechselkursdifferenzen werden dazu verwendet, um finanzielles Kapital zu akkumulieren (vgl. Becker, Jäger, Leubolt, Weissenbacher 2010a: 229). Die Entscheidungen der AnlegerInnen richten sich hauptsächlich nach den Zinsgewinnen. Einerseits spielt die Differenz zwischen den Zinssätzen in den dominanten Ökonomien und jenen der Semiperipherie eine wichtige Rolle, und zum anderen hat die Differenz zwischen Einlagen- und Kreditzins Einfluss auf die Verschuldung. Bei hohen Zinsen würden eher staatliche Budgets stärker belastet, während die private Verschuldung durch staatliche Subventionierung privatisierter Versorgungsdienstleistungen bzw. Immobilienkredite steigen könnte (vgl. Becker 2012: 4). Becker bezeichnet diese Form der Akkumulation als „kreditbasierte Finanzialisierung“. (Becker 2012: 4). Der Trend steigender Finanzflüsse suggeriert eine vermeintlich hohe Liquidität, also einen Überschuss an Investitionskapital. Die Verschiebung von veranlagtem Kapital ist mit den veränderten institutionellen Rahmenbedingungen leicht möglich. „Emerging Markets“ sind vom Kapitalfluchtrisiko besonders stark betroffen, da sie grundsätzlich eine labilere Ausgangsposition bzgl. Währungsstabilität, Hyperinflation etc. haben (vgl. Grabel 1996: 1764f). So kommt es vor allem in semiperipheren Regionen zu bestimmten Formen der Wirtschafts- und Geldpolitik. Die genaue Ausgestaltung eines Wechselkursregimes, Geldregimes und der Finanzmarktpolitik wird im Abschnitt der monetären Restriktion ausführlich erläutert.

2.2.3.1 Instabilität des finanzbasierten Akkumulationsregimes

Ein besonders Merkmal des finanzbasierten Akkumulationsregimes ist seine Instabilität. Die hohe Volatilität des Kapitals am Finanzmarkt ist auf die Entwicklung der technischen

Möglichkeiten und der Schaffung von neuen Finanzinstrumenten, welche die Umlaufgeschwindigkeit des Kapitals enorm erhöhen, zurückzuführen.

Finanzmarktakteure, die ihre Entscheidungen auf ökonomische Kennzahlen oder subjektive Erwartungen stützen, können mittels ihrer Entscheidungen einen Investitionsboom, aber auch Kapitalflucht auslösen, die eigene Dynamiken entfalten.

Studart meint, dass die finanzielle Integration der „Emerging Markets“ eine Destabilisierung aufgrund der unterschiedlichen Finanzmärkte von Industriestaaten und Entwicklungsländern bringt. Mit der Integration in das internationale Finanzsystem ergibt sich ein sogenanntes „overborrowing syndrome“ (Studart 2006: 192); die Verschuldung steigt massiv an. Wechselkursrisiken und in US-Dollar indexierte Schulden bergen zudem ein höheres Risiko. Eine partielle Dollarisierung führt zu erheblichen Preisschwankungen der heimischen Wertpapiere und der realen Vermögenswerte. Wichtigste Priorität dieser Länder ist, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Konkret bedeutet dies den Ausgleich der Zahlungsbilanz anzustreben, um die Kreditwürdigkeit zu gewährleisten (vgl. Becker 2007a: 163).

Finanzmarktakteure

Pensionsfonds, Investmentfonds, Lebensversicherungen, Banken und Stiftungen gehören zu den größten institutionellen Anlegern der Finanzbranche. Die Konzentration der institutionellen Anleger verstärkt sich durch die Fusionen der großen Investmenthäuser in den 1990er Jahren (z.B.: Swiss Bank Corporation mit Union Bank; Merrill Lynch und Mercury Assets) (vgl. Singh 1999: 27/Toussaint 1999: 68).

Investmentfonds können aus einer Mischung von Anleihen, Aktien oder wiederum Fondpapieren bestehen. Sie werden von Fondmanagern geführt und unterstehen meist Investmentfirmen, Maklerhäusern, Versicherungen oder Banken. Die meisten Fonds versuchen, eine relativ breite Risikostreuung zu erreichen (vgl. Singh 1999: 38)

Die großen transnationalen Konzerne (TNK) des Industriekapitals fungieren heute gleichzeitig als Finanzakteure, die ihren Fokus längst von der Produktionssphäre auf die geldgeschäftliche Sphäre verlagert haben. Den finanziellen Vermögenswerten kommt demnach mindestens eine ebenso große Aufmerksamkeit wie den industriellen Produktionsstätten zu (vgl. Toussaint 1999: 55). Die Unternehmen geraten in einen Zielkonflikt. Die industrielle Seite würde eine steigende Konsumnachfrage (geringe Arbeitslosigkeit, niedrige Zinsen) goutieren, während Kapitalanlagen mittels steigendem

Zinssatz und geringer Inflation eine höhere Rendite erzielen (vgl. Toussaint 1999: 57). Wenn Finanzaktiva bereits den größeren Teil des Unternehmens ausmachen, ist absehbar, welche wirtschaftspolitischen Ziele jene Unternehmen verfolgen und mit massivem Lobbying vorantreiben.

Finanzmarktprodukte

Die Finanzinnovationen zielen darauf ab, Kapital schnell zu transferieren und neue Formen der Zinsabschöpfung zu generieren. Spekulation, Arbitrage und Hedging sind Möglichkeiten der „Zinsgewinnung“ auf den fiktiven Derivatmärkten. Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie trägt einen wesentlichen Teil dazu bei (vgl. Altvater 1997: 101).

Die ersten Finanzderivate werden 1972 gehandelt, es handelt sich dabei um Spekulationen auf Währungskurse. 1982 verzeichnet man bereits Futures auf Börsenindizes; 1988 Spekulationen auf Zinsraten. Neben den Fremdwährungsmärkten sind jene der Futures und Swaps die größten der Welt (vgl. Singh 1999: 30f). Die fiktive Sphäre der Finanzgeschäfte (Termingeschäfte, Optionsscheine, Futures, Forwards, etc.) sind dadurch charakterisiert, dass eine positive Rendite einen Verlust eines anderen Finanzakteurs bedeuten muss, außer Gewinne in der realen Sphäre (Profirate) können angezapft werden (vgl. Altvater 1997: 103). Die derivativen Produkte errechnen sich aus den Werten fiktiver Werte, das heißt aus den Erwartungen über fiktive Werte, wie Zinsentwicklungserwartung, Wechselkurseinschätzung etc.

Die Spekulation mit Finanzderivaten kann gravierende Folgen für den produktiven Sektor nach sich ziehen. Die Existenz von Unternehmen oder Währungen ist durch die enorme Höhe der Spekulationssummen (z. B. 1,3 Mrd US-\$: Nick Leeson Singapore) ernsthaft in Gefahr (vgl. Singh 1999: 31f).

Der Ausfall größerer MarktteilnehmerInnen in der fiktiven Sphäre kann zu bedrohlichen Systemrisiken führen. Aufgrund der Hebelwirkung der Finanzderivate wird die eingesetzte Summe um ein Vielfaches multipliziert (vgl. Altvater 1997: 112). Die vorerst fiktiv gehandelten Summen greifen bei Vertragseinlösung in die reale Sphäre über und können dort zu Zahlungsschwierigkeiten und Krisen ganzer Sektoren führen (vgl. Altvater 1997: 113).

Der Handel am Währungsmarkt umfasst hauptsächlich Spot-Transaktionen (Abwicklung innerhalb von 2 Tagen), das sind Forwards (zukünftige Preisvereinbarungen über Wechselkurse) und Swaps. Am Fremdwährungsmarkt wurden einst jene Transaktionen

durchgeführt, die für den Handel zwischen den Ländern unterschiedlicher Währungen nötig waren. Die Finanzflüsse der 1990er Jahre machen allerdings nur mehr einen geringen Teil (2 %) der internationalen Handelsströme aus (vgl. Singh 1999:7ff). Der Rest der Devisengeschäfte sind Geschäften spekulativer Art zuzurechnen (vgl. Toussaint 1999: 60).

2.2.3.2 Von der produktiven zur fiktiven Akkumulation

Die Finanzialisierung könnte nach Hilferdings Theorie als eine steigende Macht der finanzkapitalistischen Klasse gesehen werden. Der Anstieg des internationalen Handels von Finanztiteln, der einen Ausbau des Finanzsystems mit neuen Instrumenten, Akteuren und Institutionen mit sich bringt, kann als Finanzialisierung bezeichnet werden (vgl. Epstein 2005: 3).

Des Weiteren ist das Finanzsystem nicht mehr allein durch Bankkapital dominiert, sondern wird von anderen bereits genannten institutionellen Finanzintermediären bestimmt. All diese Punkte sind Teil der Finanzialisierung. Ein wichtiger Punkt aus regulationstheoretischer Perspektive ist jedoch, dass die Akkumulation vom produktiven Bereich in den Finanzbereich verlagert wird. Konkret bedeutet dies die Schaffung eines parallelen Kreislaufs, der autonom Finanzprofite akkumuliert. Die Schaffung dieser fiktiven Werte, deren „Profit“ auf elektronisch erfassten Daten basiert, birgt ein hohes Instabilitätspotenzial und stellt insofern eine Bezug zur Realität her, als dass er versucht, die realen Profitraten abzuschöpfen. Die Finanzmarktakteure ziehen Kennzahlen aus der realen Wirtschaft heran, auf Basis derer sie ihre Entscheidungen treffen.

Exkurs: Ausbau der hegemonialen Position von Finanzkapital

In die Akkumulation von Finanzkapital werden immer größere Gesellschaftsbereiche miteingebunden. Lohnabhängige werden für kapitalbasierte Pensionssysteme begeistert und verschiedene Formen der Abschöpfung von finanzbasierten Gewinnen für den/die gewöhnliche/n Bürger/in in den Medien propagiert. Die Privatisierung der sozialen Absicherung stellt einen Faktor für die Einbeziehung der Mittelklasse mit entsprechend hohem Lenkungspotenzial dar (vgl. Becker 2007a: 192). Es kommt zu einer Institutionalisierung der Sparguthaben in Form von Anlagen in Fonds (vgl. Singh 1999: 24f). Dieser Wandel schafft neue gesellschaftliche Normen, die die Hegemonie des Finanzsektors gegenüber der Produktion ausbauen und somit die Interessen der Finanzmarktakteure vorantreiben (vgl. Becker, Jäger, Leubolt, Weissenbacher 2010a: 228).

Den Begriff der fiktiven Akkumulation finde ich als passend gewählt, da der Finanzsektor zwar reales Kapital abschöpft, die Akkumulationsdynamik im finanzbasierten Bereich sich aber bloß auf Werte stützt, die fiktiv kreiert werden und im Produktivsektor realisiert werden müssen.

2.2.4 Resümee Akkumulation

Die drei Typisierungsachsen der Akkumulation müssen in einer räumlichen und zeitlichen Dimension eingebettet verstanden werden. Der historische Kontext ist wichtig, um das Akkumulationsregime begreifen zu können (vgl. Becker 2011: 3).

Außerdem ist die Dialektik zwischen den Akkumulationsmustern in verschiedenen Räumen zu bedenken. Vor allem die intra- und extravertierte Akkumulation lässt hier Zusammenhänge und Abhängigkeiten identifizieren. Die extensive bzw. intensive Akkumulation unterscheiden sich voneinander primär durch die Veränderung der Arbeitsorganisation, des Produktivitätsregimes, des Nachfrageregimes und der Verteilung von Löhnen und Profiten. Die zwei Kreisläufe der Mehrwertgewinnung durch fiktive bzw. produktive Akkumulation sind durch gravierende Stabilitätsunterschiede gekennzeichnet. Im Bereich der Akkumulation liegt in dieser Arbeit ein besonderes Augenmerk auf der Finanzialisierung, also dem Übergang von produktiver zu finanzbasierter Akkumulation.

2.3 Die Regulation

2.3.1 Überblick

Becker sieht die Regulation als Form sozialer Beziehungen (vgl. Becker 2007a: 123). Er unterscheidet zwischen den Grundformen sozialer Beziehungen in der kapitalistischen Gesellschaft und den vier strukturellen Formen der Regulation. Die Grundformen sozialer Beziehungen sind die Waren- und Staatsförmigkeit, die in unterschiedlicher Intensität in den strukturellen Formen enthalten sind (vgl. Becker 2007a: 123/272).

Die Warenform wird laut Marx durch die Bepreisung erlangt; zum Beispiel durch die Bepreisung fiktiver Waren wie Arbeitskraft, Geld und Natur (vgl. Marx 1979 nach Becker 2007a: 273). Der Staat forciert und garantiert die Warenförmigkeit im kapitalistischen Akkumulationsprozess, um die Abschöpfung des Mehrwerts zu gewährleisten. Zu seiner Finanzierung sind fiskalische Abgaben notwendig, die auf einen „erfolgreichen“ Akkumulationsprozess angewiesen sind (vgl. Becker 2007a: 274). Staatszentrierte Formen der Regulation werden in der neoliberalen Wirtschaftspolitik immer weiter in den

Hintergrund gedrängt, während die Warenform der Regulation zunimmt (vgl. Becker 2007a: 190).

Die Regulation ist etwas von Menschen Gestaltetes, von der Politik, Institutionen und der Zivilgesellschaft Getragenes (vgl. Becker 2010a: 229). Die Regulation kann von institutioneller Ebene (Staat, internationale Organisationen) als auch von der Zivilgesellschaft ausgehen.

Der Akkumulation stehen nun die strukturellen Formen der Regulation und die Grundformen sozialer Beziehungen gegenüber. Die Gestaltung der strukturellen Formen und die darin enthaltenen sozialen Beziehungen der Waren- und Staatsform sind von Territorium und Zeit abhängig.

Der Staat als eigene strukturelle Form?

Die strukturellen Formen der Regulation bilden ein Netz und konstituieren widersprüchliche und kohärente Zusammenhänge und Wirkungsweisen. Der Staat nimmt als Akteur Einfluss auf die strukturellen Formen, wird aber auch von ihnen bestimmt und agiert in seinem Handeln selbst widersprüchlich (vgl. Becker 2007a: 165). Die rechtlichen Regelungen sind Bestandteil aller strukturellen Formen der Regulation und typisch für die bürgerliche Gesellschaft (vgl. Becker 2007a: 139).

Die Liberalisierung der Staaten, also die Entmachtung ihrer selbst ist für Gramsci ein „politisches Programm“, das bedeutet lediglich, dass das „Führungspersonal eines Staates [...] [durch] das Wirtschaftsprogramm“ ausgewechselt wird (Gramsci: GH Bd. 4: 783). Eine veränderte Regulation bedeutet eine veränderte Staatlichkeit (vgl. Becker 2007a: 275).

Bei der Regulation agiert der Staat selbst innerhalb festgelegter Strukturen. Er ist auf eine florierende Akkumulation angewiesen, die Einnahmen für das Haushaltsbudget bringt und den Handlungsspielraum des Staates erweitern kann (vgl. Becker 2007a: 131).

Der Staat ist *ein* Akteur und integriert in allen vier von Becker identifizierten strukturellen Formen. Er wird nicht als gesonderte strukturelle Form in dieser Arbeit vorkommen, sondern in jeder strukturellen Form eine gewisse Rolle einnehmen.

Das Internationale Regime als eigene strukturelle Form?

Die Märkte der Staaten agieren global, die verstärkte Globalisierung und Vernetzung führen zu transnationalen Kapitalverschiebungen. Die Regierungen allerdings haben einen nationalen Handlungsspielraum und, je nach ökonomischer Kapazität, Einfluss auf der internationalen

politischen Bühne. „The state remained [...] the basic entity in international relations and the place where social conflicts take place, [...], where hegemonies of social classes can be built“ (Cox 1996: 58). Der Staat agiert je nach politisch-zivilgesellschaftlicher Hegemonie und ist entscheidender Handlungsakteur im internationalen Regime.

In Staaten der Peripherie ist nicht nur eine florierende Binnenwirtschaft von Bedeutung, sondern vor allem die außenwirtschaftlichen Beziehungen spielen bei der Kapitalakkumulation eine bedeutende Rolle. Die Staatsfinanzierung ist abhängig von ausländischen Akteuren, wie Weltbank, Internationaler Währungsfond (IWF) oder anderen Staaten des Zentrums, die die ökonomischen Beziehungen dirigieren. Liquiditätsengpässe und die darauf folgenden Umschuldungsverhandlungen haben den Gläubigern das Zepter über die staatliche Wirtschaftspolitik in die Hand gegeben (vgl. Becker 2007a: 131f).

In Lateinamerika sind die internationalen Organisationen als sehr wichtige Regulationsfaktoren zu betrachten. Diese Institutionen sind Handlungsakteure der Regulation, ihre Regulationsweise hängt wiederum von den gegebenen strukturellen Rahmenbedingungen ab. Das internationale Regime und sein Einfluss auf binnenwirtschaftliche Entwicklung ist ebenso wenig als gesonderte strukturelle Form in dieser Arbeit ausgewiesen.

Alle vier strukturellen Formen sind im Verwertungsprozess integriert (vgl. Becker 2007a: 124). Dies könnte so aussehen: Zuallererst wird Geld (Geldverhältnis) eingesetzt für den Zugriff auf natürliche Ressourcen und Produktionsmittel. Diese sind nicht in unendlichem Ausmaß vorhanden und stellen eine Restriktion (ökologisch) dar. Durch den Arbeitsprozess entsteht erst der Wert der Ware. (Lohnverhältnis). Das Konkurrenzverhältnis zwischen den Kapitalien, aber auch zwischen den ArbeitnehmerInnen, bietet die Rahmenbedingung der kapitalistischen Akkumulationslogik. Am Konkurrenzmarkt, also im Wettbewerb mit anderen Unternehmen, versucht man für ein Gut *mehr* Geld (Geldverhältnis) als eingesetzt zu erzielen.

Im folgenden Abschnitt werden die strukturellen Formen der Regulation vorgestellt. Das Lohnverhältnis, das Konkurrenzverhältnis sowie die ökologische Restriktion werden kurz anhand ihrer wichtigsten Eckpunkte erklärt. Die Form der monetären Restriktion wird ein gesondertes Kapitel gewidmet. Nach einer regulationstheoretischen Einleitung wird sie in drei Abschnitte (Währungs- und Wechselkursregime, Geldregime, Verschuldungspolitik sowie Änderungen der institutionellen Rahmenbedingungen am Finanzmarkt und der Wirtschaftspolitik) geteilt. Abschließend zum Theorieteil wird das Regulationsdispositiv erklärt und die Frage von Hegemonie, Stabilität und Instabilität erläutert.

2.3.2 Das Lohnverhältnis

Die Staatsförmigkeit des Lohnverhältnisses legt die Rahmenbedingungen für die Existenz von Lohnarbeit (vgl. Becker 2007a: 156). Der staatliche Rahmen erzwingt Lohnarbeit nachzugehen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Es werden Bedingungen geschaffen, die Lohnarbeit für die gesellschaftliche Organisation voraussetzen. In vielen Staaten entsteht eine gesellschaftliche Gruppe, die zwar am Akkumulationsprozess teilnimmt, aber kaum arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen oder soziale Absicherung in Anspruch nehmen kann, weil sie keiner formellen Beschäftigung nachgeht (vgl. Marchand 2002: 114). Die rechtlichen Arbeitsnormen sind also nur für einen Teil der Gesellschaft faktisch gültig; vor allem in Lateinamerika ist ein großer Teil der Bevölkerung im informellen Sektor tätig (vgl. Becker et al. 2007c: 42f).

Bei der Warenförmigkeit des Lohnverhältnisses handelt es sich um die zentrale Form der Mehrwerterzielung. Je nach Akkumulationsregime ist die Macht der Arbeits- bzw. Kapitaleseite unterschiedlich aufgeteilt. Der soziale Konflikt zwischen Arbeit und Kapital äußert sich im Lohnverhältnis. Konfliktgegenstände sind Arbeitsbedingungen, die Höhe des Lohns, soziale Absicherung etc. (vgl. Becker 2007a: 151). In den letzten Jahrzehnten kommt es im Bereich der sozialen Absicherung vermehrt zu einer Entsolidarisierung. Private Vorsorge wird zur gesellschaftlichen Norm und der Wert der Individualisierung und individuellen Freiheit propagiert (vgl. Becker 2007a: 151).

Die Arbeitsorganisation und -technologie spielen beim Verkauf der „Ware“ Arbeitskraft eine zentrale Rolle. Sie nimmt Einfluss auf die Höhe der Löhne. Die potenzielle Reservearmee (Begrifflichkeit von Marx: bezeichnet überschüssige Arbeitskräfte, die ihre Arbeitskraft anbieten) bestimmt die Prekarität der Arbeitsexistenzen (vgl. Becker 2007a: 150).

2.3.3 Das Konkurrenzverhältnis

Das Konkurrenzverhältnis beschreibt den Wettbewerb der Kapitale nach höheren Profitraten. Für das Produktivkapital geht es um den organisationalen Wettbewerb, um Marktanteile, Zugang zu Finanzierung und Beschaffungskanäle (vgl. Becker 2007a: 159). (Die Interessensgegensätze zwischen Industrie- und Finanzkapital werden später im Zuge der monetären Restriktion ausführlich behandelt.)

Lohnabhängige stehen zunehmend in einem stärkeren Konkurrenzkampf um den Verkauf ihrer Arbeitskraft (vgl. Becker 2007a: 176). Neue Formen der Beschäftigung, wie „Schein-Selbstständigkeit“, fördern eine verschärfte Konkurrenzsituation der Lohnabhängigen.

Das Konkurrenzschema breitet sich auf viele gesellschaftliche Bereiche aus und bleibt nicht allein auf die Ökonomie beschränkt. Es führt zu einer verstärkten Polarisierung der Akteure und bevorzugt grundsätzlich konkurrierende Systeme gegenüber kooperierenden (vgl. Novy 2002: 105f). Das Konkurrenzsystem der kapitalistischen Organisation führt aber nicht, wie allgemein in der liberalen Theorie propagiert, zu einem verschärften Preiswettbewerb und somit zu sinkenden Preisen für KonsumentInnen, sondern Monopol und Oligopole sind häufige kapitalistische Formen der Produktion. Die Konzentration des Kapitals der Industrie- und Finanzwirtschaft geht zuungunsten der ArbeitnehmerInnen. Wettbewerbsvorteile der großen Kapitalgruppen werden teilweise durch staatliche und militärische Unterstützung abgesichert und somit neue Akkumulationsfelder (äußere Märkte, Rohstoffquellen) erschlossen. Die Interessen gesellschaftlicher Gruppen werden somit politisch abgesichert und zementiert.

2.3.4 Die ökologische Restriktion

„Die kapitalistische Produktion erfordert eine Inwertsetzung der Natur.“ (Becker 2007a: 163) Das bedeutet, die Natur wird durch ihre Bepreisung in eine Warenform verwandelt. Boden und Natur werden zu einer fiktiven Ware. Das umkämpfte Feld der Natur ist aus räumlicher Perspektive zu betrachten. Einerseits werden nationalstaatliche Eigentumsrechte geltend gemacht und andererseits spielt die Regulation durch internationale Organisationen eine bedeutende Rolle der Verteilung.

Raza betont die Verbindung der ökologischen Restriktion mit dem Lohnverhältnis. So wird durch Bodenerosion die Subsistenzwirtschaft verunmöglicht und vor allem in den peripheren Regionen entsteht eine gesellschaftliche Gruppe, die nicht nur vermehrt im informellen Sektor Arbeit sucht, sondern der ihrer Lebensgrundlage entzogen wird (vgl. Raza 1999: 9).

Das Naturverhältnis steht am Anfang und am Ende des Verwertungsprozesses der kapitalistischen Akkumulation. Zuerst werden natürliche Ressourcen dem Boden entnommen. Bei der Verarbeitung der Waren kommen Normen und Gesetze zu tragen, die den Umgang mit der Natur regeln. Nutzungs- und Verschmutzungsrechte stehen in enger Verbindung mit der Kapitalakkumulation (vgl. Novy 2002: 106f, Becker 2007a: 277). Die finanzbasierte Akkumulation hat eine neue Form der Regulation im Bereich der natürlichen Restriktion gebracht. Es treten verstärkt finanzbasierte Akkumulationsweise auf, wie zum Beispiel handelbare Emissionsrechte am Finanzmarkt (vgl. Becker et al. 2010: 4). Am Ende des Verwertungsprozesses wird die Ware wieder zur Natur zurückgeführt (Entsorgung).

2.4 Die monetäre Restriktion

*Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.*

*Und der Arme sagte bleich:
"Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich".*

(Bertolt Brecht)

Geld gilt als „Vergesellschaftungsmedium im Kapitalismus“ (Becker 2007a: 160). Novy bezeichnet es als die „Vereinheitlichung aller sozialen Werte“ (Novy 2002: 104). Die Gesellschaft wird durch den monetären Zwang in das System des Geldes eingebunden und befriedigt über das Medium Geld seine Bedürfnisse. Die monetäre Form von Löhnen und der Abgabenzwang (Steuern) strukturieren gesellschaftliches Leben. Das Geld vereinheitlicht gesellschaftliche Normen und fungiert als allgemeines Äquivalent (Brunhoff 1967 nach Becker et al 2004: 203). Gleichzeitig betonen Becker und Visca, dass es auch ein spezielles Äquivalent (2004: 203) darstellt, weil es für bestimmte Klassen besser zugänglich ist und somit gesellschaftliche Strukturen hierarchisiert bzw. deren Hierarchien zementiert und die Gesellschaft polarisiert. Dies erklären Becker und Visca (2004: 203ff) anhand vorkapitalistischer Gesellschaften, deren Reproduktion größtenteils durch Subsistenzwirtschaft (nicht monetär) organisiert wurde. Durch die Monetarisierung des Zusammenlebens wird bestimmten gesellschaftlichen Schichten die Teilhabe verwehrt. Heute wird mit der Schaffung von Parallel-Währungen eine Art „spezielles Äquivalent“ geschaffen. Nur einigen bleibt der Zugang zu dem „besseren“ Äquivalent vorbehalten. Das Geldverhältnis wird somit ausschlaggebend für die sozialen Verhältnisse in einem gesellschaftlichen System.

Geld steht am Anfang und am Ende des Akkumulationsprozesses (siehe oben: G-W-G'); das heißt, es geht explizit um die Akkumulation von Geld und nicht etwa von Waren! Sowohl die Reproduktion (über Löhne) als auch die Akkumulation wird über Geld gesteuert (vgl. Becker 2007b: 225f). Das *Mehr* an Geld bringt gesellschaftlichen Wert und Anerkennung. Die Wertschätzung im kapitalistischen System passiert also über Geld, dies kann in einem solchen System als beschränkend wahrgenommen werden. Gleich wie die Gesellschaft bewertet der Staat seine Ressourcen in Geld und ist dadurch beschränkt (vgl. Becker 2007a: 160).

Geld repräsentiert einen Wert. Es ist nicht neutral (vgl. Becker 2007a: 86f). Es hat Einfluss auf die Gesellschaft und begründet soziale Beziehungen und legt, wie bereits oben beschrieben, ihre hierarchische Form fest. Den GeldvermögensbesitzerInnen wird von Seiten der SchuldnerInnen etwas geschuldet (vgl. Altvater 1997: 102). Man bedenke, dass wenn „die Geldvermögen in der Welt [wachsen], müssen logischerweise auch die Schulden zunehmen“

(Altvater 1997: 108). Die Schaffung von Vermögen baut also auf einem *Mehr* an privaten oder öffentlichen Schulden auf. Der Anhäufung von privatem Vermögen auf Basis von steuerfinanzierten öffentlichen Schulden kommt, vor allem im Zuge von Krisen, eine wichtige Bedeutung zu.

Geld tendiert im kapitalistischen System zu einer Entmaterialisierung (vgl. Altvater 1997: 99). Das heißt, es löst sich von materiellen Gegebenheiten wie zum Beispiel der Produktion. Wenn Kapital also fiktiv ist, ist es am flüchtigsten, am schwersten zuordenbar und am flinksten. Die Fiktivität des Geldes ist ein Charakteristikum der komplexen, vernetzten Geldströme geworden. Dies zeigt sich am stärksten dadurch, dass Geld aus dem Nichts geschaffen werden kann (vgl. Becker 2007a: 86f).

2.4.1 Zeitliche und räumliche Dimension des Geldes

Die *zeitliche Dimension* des Geldes lässt eine geringe Beständigkeit des Geldes erkennen. Nur mit einer Wertsicherung von Geld wird Akkumulation überhaupt möglich (vgl. Becker, Visca 2007a: 95). In der zeitlichen Dimension des Geldes stecken maßgebliche verteilungsrelevante Aspekte. Je nach Geldwertentwicklung (Inflation oder Deflation) werden unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen begünstigt.

Inflation, also die Preissteigerung, begünstigt monopolisiertes Kapital, welches mittels höherer Preise kurzfristig Gewinne erzielen kann, weil Lohnerhöhungen erfahrungsgemäß langsamer durchgesetzt werden. Eine leichte Geldentwertung führt zu einer rascheren Entschuldung und kurbelt den Geldumlauf an. Eine leicht inflationierende Wirtschaftspolitik gibt den Investitionen Antrieb und verstärkt die produktive Akkumulation. Bei einer Hyperinflation jedoch werden nicht nur GläubigerInnen geschädigt, sondern auch SchuldnerInnen und Lohnabhängige sind von der Unsicherheit des gesamten Systems beeinflusst. Die Hyperinflation bringt gesamtwirtschaftlich eine enorme Instabilität, da keine langfristigen Entscheidungen im Bereich der Investitionen und des Konsums getroffen werden können. (vgl. Becker, Visca 2004: 204)

Eine tendenziell **deflationierende Wirtschaft** bringt eine Begünstigung der GläubigerInnen und birgt die Gefahr der Rezession. Sinkende Preise veranlassen ein Zuwarten mit Investitions- und Konsumententscheidungen, was zu einem massiven Schrumpfen des produktiven Sektors führen kann (vgl. Becker, Visca 2004: 204).

Das Geld als Wertmaßstab und Wertaufbewahrungsmittel ist also zeitabhängig und wird durch die Regulation des Geldverhältnisses maßgeblich bestimmt (vgl. Becker, Visca 2004: 204).

Die *räumliche Dimension* des Geldes grenzt einen bestimmten nationalen oder supranationalen Raum mit einer bestimmten Währung ab (vgl. Becker 2007a: 95). Währungsgrenzen können gleichzeitig als soziale Grenzen verstanden werden, indem sie Gruppen privilegieren, denen der Zugang zu einer bestimmten Währung gewährt ist (vgl. Becker, Visca 2004: 204f). Der Staat schafft eine Grenze, indem er Steuern in der nationalen Währung einhebt und so eine eigene Geldnorm für einen bestimmten nationalstaatlichen Raum schafft.

Diese territorialen, monetären Grenzen lassen sich durch die Konvertibilität der Währung bzw. der Wechselkursstabilität, die eine gewisse Währungsumrechnung garantiert, durchbrechen (vgl. Becker, Visca 2004: 205).

2.4.2 Funktionen des Geldes

Geld führt in der kapitalistischen Wirtschaft verschiedene Funktionen aus. Es hat die Funktion den Gütern Werte zuzuweisen, um ihre Vergleichbarkeit zu gewährleisten (Becker, Visca 2004: 203). Es ist also *Zirkulationsmittel* und für die Möglichkeit des Tausches verantwortlich; heute meist in Form von Computergeld (vgl. Altvater 1997: 101).

Außerdem dient es als *Zahlungsmittel* in Form von Krediten (vgl. Altvater 1997: 96). Der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel kommt die Aufgabe eines dauerhaften Wertrepräsentanten zu (vgl. Becker 2007a: 126). Geld hat den Charakter eines Äquivalents für den Wert, den Tauschwert, der anderen Waren. Es besteht ein gesellschaftlich bestätigtes Monopol darauf (vgl. Becker 2007a: 126). Der Staat schafft den rechtlichen Rahmen, der dem Geld einen Gegenwert liefert (vgl. Becker 2007a: 141). Kredite sind Forderungen auf künftige Werte und haben schlussendlich gesellschaftlichen Charakter (vgl. Becker 2007a: 86f). Über Kreditgeld wird defizitären Ländern das Überschusskapital der akkumulierenden Länder weitergeleitet; der Preis des Kreditgelds ist der Zins (vgl. Becker 2007a: 160).

Auf der anderen Seite dient es zur *Wertaufbewahrung* und *Wertmessung*. Erst indem der Ware ein monetärer Betrag zugewiesen wird, erlangt es einen bestimmten Wert im System. Wenn „Geld die Funktion als Kapital einnimmt, erhält es einen zusätzlichen Gebrauchswert, nämlich den als Kapital zu fungieren“ (Marx 1979b: 351 nach Becker 2007a: 126).

Geld als Ware zu begreifen wäre im System des Goldstandards möglich. Der Goldstandard bietet einen einfachen Weg der Wertfundierung. Die Arbeit für die Extraktion des Goldes bestimmt deren Wert. Mit dem Goldstandard wäre eine Zentralbank praktisch überflüssig. (vgl. Altvater 1997: 98f)

2.4.3 Geld als fiktive Ware

Die Bepreisung von Geld kreiert einen fiktiv festgesetzten Wert von Geld und macht diesen durch seine monetäre Bewertung zur Ware. Polanyi spricht von der Schaffung der „fiktiven Waren“ (Polanyi 1990: 102ff nach Becker 2007a: 127). Die Akkumulation von „fiktiven Waren“, also Geld, Wertpapiere, Anleihen, Schatzbriefe, Derivate (Optionen, Futures, usw.), kann nur die fiktive Akkumulation von Kapital und somit die Anhäufung von fiktivem Wohlstand mit sich bringen, der erst, wenn er in der produktiven Phase realisiert wird, real wird. Altvater meint dazu: „die reale Sphäre [geht] in der monetären [auf]“ (Altvater: 1997: 97).

Den Zusammenhang von realer und monetärer Sphäre erklärt Altvater wie folgt: „Geld wird als Zinsen abwerfendes Kapital wahrgenommen, aber ohne dadurch den Blick auf die Sphäre der Produktion zu lenken, dorthin, wo die <Früchte> des Kapitals zur Reife gebracht werden.“(Altvater 1997: 97)

Beide Sphären verfolgen unabhängig voneinander einen zirkulativen Akkumulationsprozess. Die monetäre Sphäre zapft im kapitalistischen System die Gewinne der produktiven Sphäre an und begünstigt den Zins gegenüber den Profitraten. Das Abschöpfen der Profitraten wird zu Lasten der ArbeitnehmerInnen (Lohnkürzungen) kompensiert. Das Geld bestimmt die Verteilung über den Zins. So begünstigt ein hoher Zinssatz die Rentiers und GläubigerInnen, während die SchuldnerInnen überdurchschnittlich belastet werden (vgl. Becker, Visca 2004: 204). Die Finanzmärkte sind Hauptschauplätze der Entwicklung einer globalisierten Weltwirtschaft geworden, während die reale Sphäre der rasch wandelnden monetären Sphäre hinterher hinkt (vgl. Altvater 1997: 97).

Die Expansion realwirtschaftlicher Aktivität stößt in der produktiven Sphäre an reale Grenzen, während die monetäre Ökonomie der Zinseszinsformel gemäß eine ewige Ausdehnung suggeriert. Dass die realen Zinssätze über den BIP-Wachstumsraten liegen, bestätigt diese Absurdität (vgl. Altvater 1997: 108f).

Der Wandel von produktiver zu fiktiver Akkumulation erfordert eine Veränderung im Bereich der Regulation und ist gleichzeitig Folge gewandelter Regulation. Gemeinsam mit institutionellen Entscheidungsträgern werden Rahmenbedingungen und Strukturen gesetzt, die eine fiktive Akkumulation forcieren können. Der folgende Abschnitt unterteilt vier wichtige Bereiche der monetären Restriktion, in welchen solch veränderte Regulation sichtbar werden: das Währungs- und Wechselkursregime; das Geldregime; Verschuldungspolitik und institutionelle Änderungen im Finanzbereich.

2.4.4 Währungs- und Wechselkursregime

Der Kreislauf der kapitalistischen Mehrwertgewinnung (G-W-G') ist in einer bestimmten Währung gedacht. Das Umwechseln einer Währung birgt ein gewisses Risiko, das auf jene Seite abgewälzt wird, welche die Fremdwährung akzeptiert (vgl. Becker 2007b: 225f/Becker 2007a: 160). Altvater (1997: 114) bezeichnet dies als Konkurrenz der Währungen.

Die Regulation von Währungs- und Wechselkursregimes muss unter anderem im Kontext von internationalen Organisationen gesehen werden (vgl. Becker 2007a: 146). In Lateinamerika kann man aber nicht von supranationalen Zusammenschlüssen sprechen, die zu Währungsblöcken führen bzw. deren Geldpolitik und Institutionen vereinheitlicht werden. Allerdings bekräftigt eine zeitweise Dollarisierung bzw. Anbindung an eine Ankerwährung eine starke Bindung zu den USA. Zwar ist die Ausgestaltung der Währungspolitik den Nationalstaaten selbst überlassen, oktroyierte Maßnahmen (Wechselkursbandbreiten, Crawling-Peg-System, etc.) von internationalen Organisationen beschneiden allerdings ihre Kompetenzen massiv.

Wechselkursregimes

Eichengreen und Wyplosz erläutern auf einer Konferenz 1996 zur mexikanischen Finanzkrise folgende Aspekte zur Wahl des Wechselkursregimes: frei schwankende Wechselkurse seien für leistungsschwächere Ökonomien schwierig zu handhaben, weil extremen Schwankungen ausgesetzt, welche den Handel und die Produktion massiv beeinflussen. Fixe Wechselkurse, auf der anderen Seite, sind empfänglich für spekulative Attacken am Finanzmarkt, die nur durch eine Restriktion von Kapitalflüssen mit einer geführten Wechselkurspolitik verringert werden können (vgl. Eichengreen, Wyplosz 1996: 91).

2.4.4.1 Fixe Wechselkurse

Die Stabilisierung (Inflationseindämmung) durch die Anbindung einer Währung an eine Ankerwährung sieht in der Theorie wie folgt aus: Die unterschiedlichen Inflationsraten der

handeltreibenden Länder werden im Fall frei schwankender Wechselkurse durch die nominelle Abwertung ausgeglichen; das bedeutet, der reale Wechselkurs bleibt konstant. Wenn eine nominelle Abwertung nicht möglich ist, muss der Weg über eine Inflationsangleichung geschehen. Die Preissteigerungen für gehandelte Güter sind durch den Weltmarkt beschränkt. Es kommt zu einer Überschussnachfrage nach gehandelten Gütern und einem Überschussangebot von nicht-gehandelten Gütern. Die importierten Waren werden zu den heimischen Waren relativ günstiger; die hohen Importquoten führen zu einem Handelsbilanzdefizit und es fließen Fremdwährungsreserven ab. Die umstrittene Geldmengenlehre besagt, dass es durch die Reduzierung der Geldmenge zur Inflationseindämmung kommt. Mit abnehmenden Inflationsraten würde die Nachfrage nach importierten Gütern sinken, die geringere Aufnahmefähigkeit stärkt das Überangebot der nicht-gehandelten Güter, was zu einem Preisdruck für nicht-gehandelte Güter führen würde. Im Gleichgewicht sind beide Inflationsraten gleich und der reale Wechselkurs kehrt auf das anfängliche Niveau zurück, so die geldmengentheoretische Erläuterung der Inflationseindämmung durch fixe Wechselkurse. (vgl. Schweikert 2000: 64)

Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg dieses Prozesses ist, dass die AkteurInnen an eine eintretende Geldmengenreduzierung (monetäre Kontraktion) glauben. Wenn dies nicht der Fall ist, führt die anhaltende Inflation zur realen Überbewertung. Die Inflation der nicht-gehandelten Güter führt direkt zu einer realen Aufwertung. Die heimische Inflation müsste sogar niedriger sein als jene der Ankerwährung, um die reale Überbewertung sowie das Überschussangebot der nicht-gehandelten Güter zu beseitigen. Die fiskalische Disziplin gilt als Werkzeug für eine höhere Glaubwürdigkeit eines fixen Wechselkursregimes (vgl. Studart 2006: 191). Konkret werden fiskalische Kennzahlen, wie Leistungsbilanzdefizit, Arbeitslosenquote, Haushaltsdefizit, Fremdwährungsreserven etc., herangezogen.

Instabilität fixer Wechselkurse

Aufgrund der hohen Volatilität der Kapitalzuflüsse im Bezug auf Raum, Zeit und Volumen entstehen Instabilitäten im Finanzsystem. Wechselkursregime lassen diese Instabilität mildern, jedoch nicht völlig ausgleichen, so Griffith-Jones (2006: 198). Das Übermaß an Kapitalzuflüssen kreiert ein Überangebot an Währungsreserven. Dies stellt eine verzerrte Währungsbewertung dar, welche eine Neubewertung des Wechselkurses nötig machen würde (vgl. Studart 2006: 184). Eine steigende Verschuldung stellt im Allgemeinen ein Hindernis dar, um aus einem Wechselkursregime einer überbewerteten Währung auszusteigen (vgl. Becker 2011: 4). Die verzerrte Ausrichtung des Wechselkurses wirkt sich unmittelbar auf den

Handel aus. Die durch den Wechselkurs unpassenden Preise führen die Theorie der komparativen Kostenvorteile (Länder spezialisieren sich auf den Handel jener Produkte, die sie relativ am günstigsten produzieren können) ad absurdum. Mit einer effizienten Allokation der Ressourcen kann nicht gerechnet werden. Folglich müssen die Wechselkurse gemanagt werden, weil sich aufgrund der volatilen Kapitalflüsse keine „natürlichen“ Wechselkursraten einpendeln (vgl. Epstein 2005: 9).

Fixe Wechselkursregime führen in der jüngeren Geschichte zu verschiedentlichen Krisen bzw. tragen einen wesentlichen Teil zur Krise bei (vgl. Griffith-Jones 2006: 198). Man unterscheidet in der Wechselkurstheorie zwei Schocks: Der **Calvo Schock**, der aufgrund eines Rückgangs von Kapitalimporten in einer Währungskrise endet, dabei sind andere realwirtschaftliche Faktoren nicht maßgeblich. Wenn es zu einer Währungskrise aufgrund massiver Exporteinbußen kommt, bezeichnet man dies als **Prebisch Schock** (vgl. Eichengreen 2006: 161ff). Eichengreen und Wyplosz weisen auf einige relevante Faktoren hin, die den Währungskrisen gemein sind. Der Verlust von Währungsreserven ist aufgrund von zu geringen Kapitalkontrollen auf spekulative Investitionen zurückzuführen und zweitens basieren sie nicht unbedingt auf einem Mangel an fiskalischer Disziplin (z.B. Ausweitung der Geldmenge) (vgl. Eichengreen, Wyplosz 1996: 92). Uneinigkeit herrscht allerdings darüber zu welchem Zeitpunkt ein Wechselkurs falsch bewertet ist. Dies erschwert die Einführung eines Frühwarnsystems für Finanzkrisen, so Eichengreen (1996: 96f).

Bandbreiten und Crawling-Peg-System

Die Festlegung von Wechselkursbandbreiten, das heißt die Möglichkeit einer prozentuellen Schwankung um eine gewisse Parität, ähnelt dem System fixer Wechselkurse. Die Wechselkursraten sind insofern anpassungsfähig, als dass sie bis zu einer bestimmten Bandbreite schwanken dürfen; wie bei fixen Wechselkursraten ist auch hier eine ständige Verteidigung des Wechselkurses mittels Währungsreserven notwendig (vgl. Eichengreen, Wyplosz 1996: 96ff). Das Crawling-Peg-System stellt ebenso eine Form der fixen Wechselkurse dar. Es erlaubt eine geringe tägliche Abwertung gegenüber der Ankerwährung (vgl. Galindo, Ros 2009: 159).

Die Kosten eines fixen Wechselkursregimes sind enorm hoch, da es die Politik der Zentralbank (Lender of last Resort – Refinanzierungsinstrument in letzter Instanz) massiv einschränkt (vgl. Becker 2007b: 228).

2.4.4.2 Währungsbewertung

In der Praxis führt die Fixierung des nominellen Wechselkurses meist zu einer Überbewertung der Währung. Der Konkurrenzdruck steigt durch günstige Importprodukte und schränkt den Preissetzungsspielraum im Inland ein. Die Abhängigkeit von Kapitalzufluss verstärkt sich und die Wirtschafts- und Geldpolitik richtet sich nach den Interessen des Auslandskapitals. Um den Wechselkurs stabil zu halten, wird über den Output (Löhne) ausgeglichen, dies führt zu starken Schwankungen des BIPs (vgl. Becker, Visca 2004: 205f).

Eine Überbewertung der Währung wirkt sich negativ auf die Binnenindustrie aus. Das Handelsregime bestimmt, wie sich Wechselkursänderungen auf die Leistungsbilanz auswirken. Es folgt ein strukturell steigendes Leistungsbilanzdefizit bei gleichzeitiger Erhöhung der externen Verschuldung (vgl. Becker 2011: 4). Im Krisenfall wird das Leistungsbilanzdefizit ohne der Möglichkeit zur Abwertung, durch eine sinkende Binnennachfrage (sinkende Reallöhne) korrigiert (vgl. Vernengo 2006: 250). Das Wechselkursregime bestimmt den Umgang mit der Internalisierung von Kapitalflüssen. Bei fixen Wechselkursen und fehlenden ökonomischen Kapazitäten (produktiven Investitionsmöglichkeiten) führen Kapitalzuflüsse direkt zur Ausweitung der Liquidität, weil keine Anpassung des Wechselkurses möglich ist (vgl. Studart 2006: 184).

Bei der Währungsbewertung stehen sich unterschiedliche Interessen der Kapitalfraktionen gegenüber: Exportorientiertes Kapital plädiert für eine Unterbewertung, während Finanzkapital eine Überbewertung der Währung forciert. Lohnabhängigen kommt eine Unterbewertung zu Gute in Form einer besseren nationalen realwirtschaftlichen Performance, welche zu einer höheren Beschäftigungssicherheit führt. Die Überbewertung macht allerdings Importprodukte und Konsumentenkredite in Fremdwährung relativ günstig. Außerdem werden vermehrt Lohnabhängige in kapitalbasierte soziale Sicherungssysteme gedrängt und sind somit selbst Teil des Finanzkapitals (vgl. Becker 2007a: 226).

Ist die Währung einmal überbewertet, richtet sich die Politik nach der Beibehaltung dieser Überbewertung. Der Kapitalimport ist bereits fester Bestandteil der Wirtschaftspolitik geworden. Gesellschaftlich wird das überbewertete Währungsregime gestützt, trotz negativen Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Realwirtschaft. Die Konsequenzen einer Abwertung wären für breite gesellschaftliche Schichten desaströs. Die günstigen Fremdwährungskredite, die von der Mittelklasse für die Lebenserhaltung aufgenommen werden, würden die Kreditlast bei einer Abwertung vervielfachen; Privatkonkurse würden zunehmen, private, kapitalbasierte Sicherungssysteme würden einen Großteil ihres Werts verlieren (vgl. Becker 2007a: 192/

Becker 2007b: 227). Die Mittelklasse unterstützt somit jene Regierung, welche die fixe Konvertibilität aufrecht erhält.

2.4.4.3 *Der optimale Währungsraum*

Ein optimaler Währungsraum weist analoge Konjunkturzyklen auf und ist ähnlichen externen Schocks ausgesetzt; zumindest sollte genügend Lohnflexibilität bzw. Arbeitsmobilität zwischen den Regionen des einheitlichen Währungsraums herrschen, so die Theorie Robert Mundells.

Auch Gruben und Jahyeong betonen, dass eine Angleichung der Konjunkturzyklen ausschlaggebend für das Funktionieren eines Währungsraums ist. Dadurch wäre eine Inflationsanpassung möglich, eine Erhöhung der verfügbaren Kredite sowie einheitliche Zinsraten (vgl. Gruben, Jahyeong 2006: 81). Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Ausmaß des Handels zwischen den betroffenen Ländern sowie deren Arbeitsmigration. Fiskalische Transfers von Seiten der USA wären zudem notwendig, um einen Risikoausgleich zu schaffen (vgl. Gruben, Jahyeong 2006: 80f).

Matías Vernengo (2006: 246f) betont allerdings, dass trotz ähnlicher Konjunkturzyklen, hingegen unterschiedlicher Entwicklungsniveaus der zu integrierenden Regionen, eine differenzierte Geldpolitik für die jeweilige Region notwendig ist.

2.4.4.4 *Mehrwährungssysteme*

Es besteht die Möglichkeit, dass mehr als nur eine Währung als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt wird. Nicolas bezeichnet dies als koloniales Erbe, eine „subalterne Einbindung in internationale Kapitalflüsse“ (Nicolas 1995 nach Becker 2007a: 141). Das heißt, dass es den dominanten Ökonomien gelingt, ihre Geldnorm den semiperipheren Regionen aufzudrängen.

Wenn sich zwei Währungen etablieren, ist dies Folge einer asymmetrischen Machtbeziehung. Tendenziell wird eine Währung als die „bessere“ bewertet. Zwei Währungen führen zu einer gesellschaftlichen Spaltung, einer Abgrenzung jener, die Zugang zu der höher bewerteten Währung haben von jenen, die keinen (kaum) Zugang zu dieser Währung erhalten (vgl. Becker 2007a: 141). Privilegiert sind jene, die im Kontakt mit Auslandskapital stehen; die breite Bevölkerungsmasse, die nicht im finanzbasierten, sondern im produktiven Sektor tätig ist, wird durch die Entlohnung in nationaler Währung posthum schlechter gestellt. Das Risiko einer Währungskrise wird ungleich in der Gesellschaft verteilt. Dies führt zur sozialen Polarisierung (vgl. Becker, Visca 2004: 206).

Wer die eigene Geldnorm anderen aufzwingen kann, erhält wesentliche wirtschaftliche Vorteile, indem für jene Währung keine Risiken bzgl. Wechselkursschwankungen anfallen. Die Beschränkung durch die Devisenverfügbarkeit entfällt, da kein Transfer in Fremdwährung notwendig ist; Für die benachteiligten Handelspartner bleibt diese Beschränkung aufrecht, sie müssen zuerst über entsprechende Deviseneinnahmen verfügen, um Außenhandel treiben zu können (vgl. Becker, Visca 2004: 205).

Dollarisierung

Die Dollarisierung ist ein Schlüsselement der monetären Restriktion (vgl. Becker 2011: 5). Sie bedeutet die teilweise oder komplette Substitution der nationalen Währung durch den US-Dollar. Im weiteren Sinne kann eine Indexierung von Anleihen in US-Dollar oder Verträge auf Basis von US-Dollar als Dollarisierung bezeichnet werden. In diesem breiteren Verständnis von Dollarisierung akzeptiert der Staat die Verwendung von Fremdwährung in Verträgen und eine partielle Nutzung der Fremdwährung in der Realwirtschaft (vgl. Becker 2007b: 223).

Eine schleichende informelle Dollarisierung ist Folge eines Vertrauensverlusts in die nationale Währung. Kredite und Vermögen werden vermehrt in Dollar indexiert. Es kommt zu einer räumlichen Differenzierung der Geldnormen. Externe Geldnormen werden übernommen und das Wechselkursrisiko auf die nationale Währung transferiert (vgl. Becker 2007b: 227).

Die teilweise Dollarisierung bzw. das Entstehen einer akzeptierten zweiten Währung forciert kurzfristige Kapitalanlagen. Spekulative Geschäfte der Banken können zu schweren Bankenkrisen führen (vgl. Becker 2007a: 191).

Die Dollarisierung gilt als letzter Schritt eines fixen Wechselkursregimes. Sie ist eine Strategie der Inflationseindämmung und soll zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit einer Ökonomie gelten (vgl. Camara-Neto, Vernengo 2006: 287f). Der US-Dollar, der auch als internationale Währungsreserve gilt, sollte die vermeintliche Stabilität leisten. Für eine Dollarisierung wird argumentiert, dass eine gemeinsame Währung die mutmaßlich unglaublichen Zentralbanken der Entwicklungsländer durch eine „gute“ Zentralbank ersetzt und stabilisierende Wirkung auf die Inflationsrate hat. Kreditkosten werden besser einschätzbar und die Verfügbarkeit von Langzeitkrediten wieder möglich (vgl. Gruben, Jahyeong 2006: 79). Ein weiterer Anreiz der Dollarisierung besteht in der Eliminierung der Transaktionskosten und des Wechselkursrisikos. Man erhofft sich einen Anstieg der Handels-

und Kapitalströme, welche zu einem Antrieb des Binnenwachstums beitragen. Der Wachstumseffekt in der Praxis stellte sich allerdings als wesentlich geringer heraus als angenommen (vgl. Vernengo 2006: 247). Außerdem ist zu beachten, dass für den Handel mit allen Nicht-Dollar-Ländern (Eurozone, Yen, Renminbi) die Wechselkursschwankungen des Dollars gegenüber der Drittwährung gelten (vgl. Davidson 2006: 275).

Die Dollarisierung erfordert eine Anpassung an die US-Ökonomie. Produktions- und Konsumnormen müssten vereinheitlicht sowie eine Konvergenz der Produktivitätsentwicklung und Zinskonstellationen herbeigeführt werden. In solch einem System ist keine autonome nationale Akkumulation möglich (vgl. Becker 2007b: 228).

Im Fall einer Dollarisierung sind die USA ein wesentlicher Profiteur dieser geldpolitischen Entscheidung. Sie stärkt die hegemoniale Position der Vereinigten Staaten und finanziert gleichzeitig das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit (vgl. Vernengo 2006: 246). Außerdem profitieren die Vereinigten Staaten durch Seigniorage. Dies sind Gewinne, die aus der Differenz des Wertes der Währung und ihren Druckkosten entstehen. Das bedeutet, die alleinige Produktion von Papiergeld wirft Gewinne für die USA ab (vgl. Vernengo 2006: 248). Im Fall einer Dollarisierung gibt es keine Transferzahlungen für lateinamerikanische Staaten von Seiten der USA (vgl. Camara-Neto, Vernengo 2006: 290ff).

Folgen der Dollarisierung

Der Preis der Dollarisierung ist hoch und die Stabilität dieses Systems hängt vom institutionellen Rahmen ab. In einem supranationalen Währungsraum wie der EU gibt es eine gemeinsame europäische Zentralbank, die als Lender of Last Resort für die peripheren Regionen, die den Euro implementierten, gilt. In Lateinamerika hingegen fungiert bei einer (partiellen) Dollarisierung die US-Zentralbank nicht als Lender of Last Resort. Die jeweiligen Nationalbanken verlieren an Handlungskompetenz und können ihren Funktionen nicht nachkommen. Becker bezeichnet diese Regionen als „outer periphery“ im Geldsystem (Becker 2007b: 228). Das Hauptproblem liegt darin, dass bei einem hohen Dollarisierungsgrad die Zentralbank nicht mehr in der Lage ist, die Banken liquide zu halten um einer Kreditklemme effektiv gegenzusteuern (vgl. Becker, Visca 2004: 210).

Die Dollarisierung bedeutet keine automatische Anpassung der Zahlungsbilanz. Sie kann Instabilitäten vertiefen und negative Folgen auf Wachstum und Beschäftigung haben (vgl. Vernengo 2006: 246). Angebotsschocks im industriellen Bereich können bei einer Währungsunion nicht durch Wechselkursanpassung abgefedert werden (vgl. Gruben,

Jahyeong 2006: 83). Die Dollarisierung hat in näherer Vergangenheit zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten und einer steigenden Abhängigkeit von ausländischen Kapitalzuflüssen geführt (vgl. Camara-Neto, Vernengo 2006: 287f). Die dollarisierten Ökonomien zahlen höhere Zinsen auf Staatsanleihen als die USA und verteuern somit ihre Staatsausgaben (vgl. Vernengo 2006: 248f).

Die Erfolge der Dollarisierung erweisen sich als überschätzt. Die dollarisierten Länder Lateinamerikas zeigen zwar geringe Inflationsraten, dafür starke Schwankungen der Zins- und Verschuldungsraten (vgl. Jameson 2006: 281). Camara-Neto und Vernengo erwähnen außerdem hohe Arbeitslosenraten und eine hohen Einkommensungleichheit. Die souveräne Geldpolitik eines Staates wird im Zuge der Dollarisierung beendet und im Bereich der Fiskalpolitik werden massive Einschränkungen auferlegt (vgl. Camara-Neto, Vernengo 2006: 287f).

Außerdem sind von Seiten der USA keine Zugeständnisse im Bezug auf Mitsprache der Geldpolitik, Unterstützung durch die FED als Lender of Last Resort oder Kompensation von Seigniorage zu erwarten. Der US-Dollar verliert Anfang der Jahrtausendwende gegenüber einem stärker werdenden Yen und Euro an Bedeutung. Die lateinamerikanische Wirtschafts- und Interessensgemeinschaft (MERCOSUR) befassen sich mit dem Gedanken einer überregionalen lateinamerikanischen Währungsordnung. (vgl. Jameson 2006: 280ff)

Der Trend zur Dollarisierung geht nach der Jahrtausendwende stark zurück. Das „Foro Económico Alternativo“ empfiehlt die Abkehr von der Dollarisierung. Allerdings besteht weiterhin ein informeller Grad an Dollarisierung (vgl. Jameson 2006: 276f). Grundsätzlich kann man sagen, dass finanzbasierte Systeme bzw. rohstoffexportierende Regime einen höheren Grad an Dollarisierung aufweisen (vgl. Becker 2007b: 223).

2.4.4.5 Frei schwankendes Wechselkursregime

Bis zum Jahr 2003 lassen immer mehr lateinamerikanische Staaten ihre Währung floaten. Dies bedeutet allerdings kein völlig freies Schwanken der Wechselkurse, vielmehr werden nun andere Instrumente verwendet, um den Wechselkurs zu beeinflussen. So etabliert sich die Politik des „Inflation Targeting“, neue Zinspolitiken und Umschuldungsstrategien. Die neue politische Ausrichtung fokussiert auf die Vermeidung von Kapitalabflüssen bzw. auf die kontinuierliche Beibehaltung von ausländischen Kapitalzuflüssen (vgl. Jameson 2006: 278f). Merkmal des „Inflation Targeting“ sind die frei schwankenden Wechselkurse. Der Wechselkurs wird durch die Kapitalzu- und -abflüsse sowie die Währungsreserven bestimmt.

Hohe Währungsreserven wären nicht mehr notwendig, da kein fixer Wechselkurs mehr verteidigt werden muss. Trotzdem kommt es in vielen lateinamerikanischen Ländern zum Anstieg der Währungsreserven, was mit hohen Kosten verbunden ist. Sie sollen die Länder vor vermeintlichen externen Schocks schützen (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 14).

Für „Emerging Markets“ sind stabile und konkurrenzfähige Wechselkurse notwendig, um einen positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekt zu erzielen. Der Wechselkurs beeinflusst das Wachstum und die Beschäftigung durch folgende Faktoren: über die aggregierte Nachfrage, die Investitionen und über die Arbeitsintensität, die die Kosten der Arbeitskraft im Verhältnis zu den Gütern festlegt und somit die Arbeitsstückkosten bestimmt (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 16). Bei einer Abwertung und gleichzeitiger restriktiver Geld- und Fiskalpolitik wird versucht, die Exporte anzukurbeln und die Importe zu drosseln (vgl. Becker 2007a: 190f). Dies würde einer extravertierten Akkumulationsstrategie entsprechen.

„Inflation Targeting“ ersetzt keine aktive Wechselkurspolitik, so Epstein und Yeldan. Die Zentralbankpolitik müsse Investitions- und Kapitalmanagementtechniken einführen (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 18).

2.4.5 Geldregime

In diesem Kapitel wird zuerst der Zins als abstrakte Konstruktion des Kapitalismus analysiert. Darauf folgen die Auswirkungen der Zinspolitik und anschließend wird die Inflation und die Zentralbank samt ihren Aufgaben erläutert.

2.4.5.1 Der Zins

Kapital wird in der kapitalistischen Welt in Form von Krediten als Ware angeboten. Der Zins ist der Preis des Geldes. Geld hat die Aufgabe, mehr Geld zu schaffen, also Zinsen zu lukrieren (vgl. Altvater 1997: 96). Während für den/die KapitalistIn (ProduktionsmittelbesitzerIn), die Profitraten in der realen Ökonomie den Mehrwert schaffen, stehen für die GeldvermögensbesitzerInnen die Zinsraten im Mittelpunkt des Interesses (vgl. Altvater 1997: 97).

Der Zins wird als unabhängiges Wesen identifiziert und als sich selbst reproduzierend wahrgenommen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass der Zins nur durch die Erträge der Produktion überhaupt existieren kann. Die Generierung von Zinsen in der monetären Sphäre scheint in der globalisierten Welt abgekoppelt von Produktion und Arbeit und somit

unabhängig von Raum. Die Finanzflüsse bewegen sich binnen weniger Sekunden um den Globus und verlieren jeglichen Bezug zu ihren Produktionsstätten. (vgl. Altvater 1997: 98f)

Die Zinseszinsformel und ihre scheinbare Grenzenlosigkeit kann die realökonomischen Grenzen des Wachstums nicht widerspiegeln (vgl. Altvater 1997: 98).

Die Zinshöhe und die Verleihmodalitäten sind entscheidend für die ökonomische Entwicklung der jeweiligen Regionen. Ein wesentlicher Konflikt in der Regulation von Geld ist die Bereitstellung und der Zugang zu Krediten. Bei der Beschaffung von Krediten in einer bestimmten Währung ist die Verfügbarkeit dieser zu prüfen (vgl. Becker 2007a: 161). Die Geldbeschränkung hat also verteilungstechnische Wirkung auf die Gesellschaft (vgl. Becker 2007a: 163). Vorhandenes Vermögen ermöglicht die Besicherung von Krediten, dies impliziert, dass Kapital dorthin wandert, wo bereits entsprechend Kapital vorhanden ist.

Samuel Langhorne Clemens alias Mark Twain formuliert es einmal so: „Die Bank ist eine Einrichtung, von der Sie sich Geld leihen können - vorausgesetzt, Sie können nachweisen, daß Sie es nicht brauchen.“ Mark Twain (1835-1910) (Quelle: www.zitate-welt.com)

So trägt der Zugang zu Krediten bzw. die Bestimmung des Kreditvolumens zu einer Polarisierung in der Gesellschaft bei.

Die funktionale Einkommensverteilung, der Anteil der Löhne gegenüber dem Anteil des Kapitalvermögens in einer Volkswirtschaft, wird zudem von der Zinspolitik direkt beeinflusst (vgl. Becker 2007a: 166). Das bedeutet, wenn die Zentralbank hohe Zinsen verspricht, steigt der Anteil des Kapitalvermögens im Verhältnis zu den Löhnen.

Zinspolitik

Bei hohen Inflationsraten und geringer Glaubwürdigkeit der Zentralbank wird mittels Zinserhöhung versucht, die Inflation zu senken. Der Zinsanstieg erhöht die Kosten für die Banken im Bereich ihrer kurzfristigen Passiva. Es kommt zu Zahlungsausfällen von Seiten der SchuldnerInnen, die die hohen Zinszahlungen nicht bewerkstelligen können (vgl. Eichengreen 2006: 162ff). Die Verfolgung einer Hochzinspolitik zerstört heimische Industrien, weil ein Mangel an verfügbarem Investitionskapital herrscht.

Die Ausnutzung von Zinsdifferenzialen ist in der Anlagepolitik eine Methode, um schnelle Gewinne zu lukrieren. In einem Land mit niedrigen Zinsen werden Kredite aufgenommen, um diese in einem Hochzinsland zu veranlagen. Die niedrigen Zinssätze für Fremdwährungskredite verleiten zur Verschuldung in Fremdwährung (vgl. Becker et al.

2010a: 229). Die Gewinne dieses Zinsdifferentials fließen wieder ins Ausland ab. Diese rentiersfreundliche Politik steht im Zeichen einer finanzbasierten Akkumulation (vgl. Becker, Visca 2004: 206). Die Differenz von Deposit- und Kreditzinsen zeigt den Profit des finanzbasierten Sektors (vgl. Becker 2012: 4).

2.4.5.2 Inflation

Es gibt keine allgemeine Formel für die Berechnung der idealen Inflationsrate. Während liberale ÖkonomInnen für eine sehr niedrige Inflation plädieren, betonen Post-KeynesianerInnen eher die positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte leichter Inflation.

Notenbankchef Alan Greenspan definiert Preisstabilität als eine Inflation, die so gering ist, dass weder Haushalte noch Unternehmen ihre Entscheidungsprozesse dadurch beeinflusst sehen (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 3f). Andere wiederum haben ein Inflationsziel von 0 % im Auge (Feldstein 1997 nach: Epstein, Yeldan 2009: 4).

Die Inflationsrate gilt als international bekannteste Maßzahl. Man unterscheidet die Kerninflation, die stark schwankende Produkte wie Energie und Lebensmittel bei der Berechnung der Inflation ausschließt, um den Erklärungswert der Kennzahl zu erhöhen (vgl. Eichengreen 2006: 166f). Die strukturellen Unterschiede der Ökonomien erfordern unterschiedliche Inflationsraten, so Epstein und Yeldan (vgl. 2009: 9). So kann in einem Industrieland eine andere Inflationsrate für Wirtschaftswachstum förderlich sein als in einem Entwicklungsland.

„Inflation Targeting“

„Inflation Targeting“ wird in den letzten Jahrzehnten die neue Orthodoxie der Mainstream-Ökonomie (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 3). Das Programm des „Inflation Targeting“ umfasst die institutionelle Verpflichtung zur Preisstabilität. Dies soll durch die Veränderung von institutionellen Rahmenbedingungen, wie der Unabhängigkeit der Zentralbank und deren einziger Fokussierung auf die Preisstabilität, gewährleistet werden. Ein wichtiger Punkt ist, dass dieses oberste Ziel der Preisstabilität an die Öffentlichkeit und den Markt kommuniziert wird (vgl. Eichengreen 2006: 150).

Mit der Gründung unabhängiger Zentralbanken wird der Grundstein dieser ökonomischen Zielsetzung gelegt. Preisstabilität scheint laut Lehrmeinung als Basis wirtschaftlichen Wachstums zu gelten (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 3f). Die Zentralbanken werden ihrer demokratischen Legitimität beraubt und einst übergeordnete Ziele hintangestellt.

Entwicklungsziele, wie die Reduktion von Armut oder die Schaffung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, um ein Beschäftigungsziel zu erreichen, sind vollkommen von den Agenden der Zentralbanken verschwunden (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 4f).

Die Zentralbank nimmt keinen Einfluss auf die Wechselkurse, ihre Politik wird massiv beschnitten und beschränkt sich auf das Festlegen der Zinssätze. Ein Abweichen von dieser Politik würde die Glaubwürdigkeit der „Inflation Targeting“-Politik schwächen, so Epstein und Yeldan (2009: 15).

Als abgeschwächte Form des „Inflation Targeting“ bezeichnet man wirtschaftspolitische Strategien, die auch andere makroökonomische Ziele, wie Output und Beschäftigung, verfolgen. Es kommt zu einem Abwägen des Wachstums- und Inflationsziels, während bei einem strikten „Inflation Targeting“ die Inflation so schnell als möglich auf ein niedriges Niveau gebracht werden soll (vgl. Eichengreen 2006: 151).

Das Anstreben eines Inflationsziels nimmt meist eine verzögerte Wirkung in Anspruch. Hohe Zinsraten wirken über niedrige Investitionsraten direkt auf den Output und mittelbar über eine Wechselkursaufwertung auf sinkende Nettoexporte (vgl. Eichengreen 2006: 152f).

Für Entwicklungsökonomien ist „Inflation Targeting“ ein schwieriges Unterfangen, meint Barry Eichengreen. Erstens wegen der Offenheit ihrer Ökonomien und damit stärkerer Verwundbarkeit gegenüber externen Schocks und zweitens ist ein Großteil der Schulden in US-Dollar indiziert und schränkt den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum ein (vgl. Eichengreen 2006: 167).

Bislang gibt es keine Evidenz, dass „Inflation Targeting“ Wirtschaftswachstum, Beschäftigung oder gar eine Armutsreduktion bringt. Sogar eine stärkere Schwankung realwirtschaftlicher Indikatoren (BIP etc.) wird beobachtet (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 5ff). Gestützt wird das Konzept des „Inflation Targeting“ von IWF und in den USA/EU ausgebildeten neoklassischen ÖkonomInnen (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 5ff).

2.4.5.3 Akteure der internationalen Finanzarchitektur

Private und öffentliche Akteure der Regulation des Geldverhältnisses nehmen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der wirtschaftspolitischen Handlungsweisen der Staaten. Internationale Finanzinstitutionen, wie die Zentralbanken westlicher Staaten, private Ratingagenturen, Finanzintermediäre, Großbanken und institutionelle Anleger, bestimmen über die Bonität von Staaten (vgl. Becker 2007a: 190).

Die Zentralbanken internationaler Reservewährungen sind insofern relevant, als dass sie die Politik der Zentralbanken, die jene Reservewährungen halten, maßgeblich beeinflussen. Sie räumen den verschiedenen nationalen Institutionen unterschiedliche Handlungsspielräume ein.

Außerdem werden unabhängige Finanzregulationsbehörden gegründet, die finanzwirtschaftliche Entscheidungen abseits demokratischer Legitimation treffen (vgl. Becker 2012: 7).

Die europäische Zentralbank (EZB) und die Federal Reserve (FED) bestimmen die internationale Regulierung der Geldbeschränkung mit. Defizitären Ländern wird das Überschusskapital der akkumulierenden Länder weitergeleitet (vgl. Becker 2007a: 161). Die Politik der internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich - BIZ) sind Ausdruck sozialer Kräfteverhältnisse; im monetären Bereich fehlt ihnen aber die Möglichkeit der Geldemission (vgl. Becker 2007a: 161f).

Binnenmarktorientierte Kapitalgruppen verlieren den Zugang zu Entscheidungsträgern, weil die Geld-, teilweise auch die Fiskalpolitik auf internationale Ebene verlagert wird (vgl. Becker 2007a: 192).

Die Zentralbank

Die Zentralbank übt in der kapitalistischen Geldordnung eine essentielle Rolle aus. Für die Wertsicherung von Papiergeld ohne metallische Basis (Edelmetalle, wie Gold z. B.) ist eine institutionelle, politische Sicherung notwendig, um den Wert des Geldes stabil zu halten. Ohne eine institutionelle Wertsicherung des Geldes würden weder InvestorInnen noch GläubigerInnen ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten durchführen wollen. Der Zentralbank kommt die Aufgabe zu, die Geldmenge so zu steuern, dass weder zu hohe Inflation noch Deflation zustandekommt. Die wertsichernde Aufgabe erfordert ein gewisses Maß an Kontrolle und Aufsicht über die Geschäfte der Privatbanken. Im Zuge des bargeldlosen Geschäftsverkehrs wird dies für Zentralbanken immer schwieriger. Den Privatbanken wird das Schöpfen von Geld in Form von Computergeld und Refinanzierung über Filialen und Töchter-Banken ermöglicht. (vgl. Altvater 1997: 100/107)

Die Geldschöpfung obliegt also in den meisten Geldregimen nicht mehr allein dem Staat, sondern Geschäftsbanken erhöhen die Geldmenge, indem sie Kredite vergeben und nur einen kleinen Eigenmittelanteil behalten. Dies macht eine effektive Kontrolle des Staates über den Geldschöpfungsprozess quasi unmöglich (vgl. Becker 2007a: 171).

Eine technische und ökonomische Sicherung von Seiten der Zentralbank wird für die Kontrolle von Computergeld notwendig (vgl. Altvater 1997: 105). Die technischen Möglichkeiten, der in Raum und Zeit praktisch unbegrenzten Ausdehnung von Geld durch Geschäftsbanken, führt zu einer Unterminierung der zentralbankwirtschaftlichen Kompetenzen.

Die Zentralbank ist ein Bereich der Staatstätigkeit, der von demokratischem Einfluss und Kontrolle zunehmend abgeschirmt wird. Sie steuert allerdings die Weichenstellung der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung (vgl. Becker 2007a: 138). Die Unabhängigkeit der Zentralbank führt dazu, dass den Interessen und Politiken der internationalen Finanzakteure (private und öffentliche Akteure, wie große Investmentgesellschaften, IWF, Weltbank, BIZ etc.) nachgekommen wird und die Belange der von der Bevölkerung gewählten Regierung hintanstehen (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 8).

Offenmarktgeschäfte

Zu den Aufgaben der Zentralbank gehören *Offenmarktgeschäfte*. Die Zentralbank kauft Anleihen und Geld bei den Geschäftsbanken, um das Geldangebot zu reduzieren, bzw. verborgt sie Geld zu einem günstigen Zinssatz an Geschäftsbanken, um die Geldmenge zu erhöhen.

Sterilisierungspolitik wird ausgeführt, wenn die Zentralbank ein bestimmtes Volumen an Anleihen von privaten Unternehmen oder ausländischer Währung (Devisen) ankauft und gleichzeitig Staatsanleihen desselben Werts verkauft. Der Saldo der Zentralbank bleibt gleich, die Geldmenge verändert sich nicht. Beim Ankauf bzw. Verkauf von Wertpapieren wird die entgegengesetzte Operation durchgeführt, um die Geldmenge auf einem gleichen Niveau zu halten. Die entgegengerichteten Offenmarktgeschäfte neutralisieren die Geldmenge (vgl. Blanchard, Illing 2009: 124).

Das Geldregime nimmt Einfluss auf Liquidität, Zins und Vermögenspreise (vgl. Studart 2006: 183). Es bestimmt, ob nationale Autoritäten bereit sind, die zusätzliche Liquidität zu sterilisieren. Im Fall einer Sterilisierung des Geldsystems können Zinsen mittels Anwendung von Offenmarktgeschäften „künstlich“ hoch gehalten werden, um weitere Kapitalzuflüsse zu stimulieren. Der verstärkte Kapitalzufluss übt allerdings Druck auf die Fiskalpolitik aus. Das Geld soll die reale Produktion und Nachfrage des Geldes widerspiegeln. Das heißt, das Geldangebot und die Geldnachfrage sollen den Produktionsverhältnissen entsprechen (vgl. Studart 2006: 185).

Welchen Fokus die Ziele der Zentralbank haben (Beschäftigung, Inflation, etc.), hängt von den Interessen und der Durchsetzungskraft der verschiedenen Klassen ab (vgl. Epstein, Yeldan 2009:10).

Umlaufgeschwindigkeit

Wenn Geld frei zwischen den Akteuren (Zentralbank, Geschäftsbanken, KonsumentInnen, Unternehmen) fließen kann, führt dies zu Wachstumsdynamik. Ein Nachfragerückgang der KonsumentInnen, fehlende Bereitschaft Geld zu verleihen und somit sinkende Investitionsvolumina der Unternehmen führen zu einer Kontraktion des Geldsystems und der Ökonomie.

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöht sich mit den digitalen Zahlungsgewohnheiten (Kreditkarte, Bankomat etc.) und erschwert die Einschätzung der Zentralbank für die optimale Geldmenge (vgl. Altvater 1997: 105ff). Die Informations- und Kommunikationstechnologie leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Kapitals enorm ansteigt (vgl. Eichengreen, Wyplosz 1996: 90).

2.4.6 Verschuldungs- und Finanzmarktpolitik

Die globale politische Richtung international anerkannter Wirtschaftsgurus (Jeffrey Sachs, G.S. Becker, Rudiger Dornbusch) propagieren die Deregulierung der Märkte, Eindämmung von Handelshemmnissen, Inflationseindämmung, Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Industrien (vgl. Babb 2005: 243).

Ab Mitte der 1980er Jahre ist weltweit eine Tendenz zur Konzentration des Kapitals zu verzeichnen. Dies zeichnet sich im rasanten Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen ab, die den Welthandel um ein vielfaches übersteigen und die Produktionskapazitäten der Industrie kaum ausdehnen. Fusionen und Akquisitionen dienen hauptsächlich zur Veränderung von Besitzverhältnissen (vgl. Toussaint 1999: 39).

2.4.6.1 Veränderung institutioneller Rahmenbedingungen

Im Zuge der Strukturanpassungsprogramme werden bereits in den 1980er Jahren strukturelle Veränderungen am Finanzmarkt eingeleitet. Der Abbau von Beschränkungen bei Wechselkurstransaktionen und internationalen Kapitalflüssen steht dabei im Vordergrund (vgl. Singh 1999: 21). Liberalisiert wird mit dem Argument der effizienten Allokation von Ressourcen. Ein diversifiziertes Anlageportfolio ermöglicht den InvestorInnen, die Profite von der Produktivität der Unternehmen abzukoppeln (vgl. Eichengreen, Wyplosz 1996: 90f). In den 1990er Jahren spielt die Globalisierung der Finanzmärkte eine zunehmend größere

Rolle. Die Fremdwährungsmärkte werden bereits in den 1970er Jahren weitgehend liberalisiert, es folgen in den 1980er Jahren die Anleihenmärkte und in den 1990er Jahren die Aktienmärkte (vgl. Singh 1999: 19). Die demokratische Kontrolle im Bezug auf Zinssätze, Kredite und Kapitalbewegungen werden aufgehoben. Für Toussaint bildet dies den entscheidenden Moment, an welchem die Staaten an Macht gegenüber den zirkulierenden Kapitalmassen verlieren (vgl. Toussaint 1999: 66). Von nun an steht das Werben um Auslandskapital im Vordergrund.

In den 1980er Jahren kommt es durch die Insolvenzen und Überschuldung einiger Entwicklungsländer zu einem Rückgang der Kredite. Es kommt zu einer Veränderung der globalen Finanzflüsse, der Großteil nimmt privaten Charakter an. Bereits Anfang der 1990er Jahre steigen ausländische Investitionen wieder in Form von Auslandsdirektinvestitionen. In Krisenzeiten jedoch zieht sich das Privatkapital schnell zurück und öffentlicher Hilfgelder müssen bei diversen finanziellen Schwierigkeiten aushelfen. (vgl. Singh 1999: 12f)

Das Politikregime bestimmt die Möglichkeit der Kapitalzuflüsse sowie deren Ausmaß (vgl. Studart 2006: 184). Die Finanzflüsse sind abhängig von der Wirtschaftspolitik, den Wechselkursen und der Finanzmarktstruktur. Die Liberalisierung der Kapitalflüsse erhöht die Diversifikationsmöglichkeiten für AnlegerInnen und garantiert eine höhere Mobilität der Anlagen (vgl. Studart 2006: 183).

Hauptgrund für den Anstieg der Auslandsinvestitionen sieht Grabel in der Entwicklung neuer Finanzinstrumente, der Veränderung von institutionellen Rahmenbedingungen und Finanzmarktliberalisierungsprogrammen (vgl. Grabel 1996: 1763).

Folgende Faktoren führen zu einer verstärkten Investitionsfreude in „Emerging Markets“:

- hohe Zinsen (solange sie in Industrieländern niedrig bleiben)
- profitable Investitionsmöglichkeiten durch die Privatisierung zahlreicher Versorgungsunternehmen und staatliche Industrien
- Reduktion der nationalen Sparguthaben und Verringerung der gewöhnlichen Bankkredite
- Risikodiversifizierung der Fondmanager durch neue Finanzmarktinstrumente
- Verbesserungen im IKT-Bereich – räumliche und zeitliche Grenzen lösen sich nahezu auf

(vgl. Singh 1999: 19ff).

Finanzflüsse und Kapitalimport können in verschiedenen Formen auftreten. Die gewährte Entwicklungshilfe (ODA-Flüsse) kann die Autonomie eines Staates in der Ausgestaltung seiner Wirtschaftspolitik über Hilfs- und Vergabekonditionen einschränken. Die Aufnahme gewöhnlicher Kredite kann ebenso an Konditionen gebunden sein, so zum Beispiel bei Strukturanpassungsprogrammen der 1980er/90er Jahre, und schränkt neben den Zinszahlungen den wirtschaftspolitischen Spielraum durch die Einhaltung jener Maßnahmen ein. Ausländische Direktinvestitionen kontrollieren natürliche Ressourcen, Technologien und Arbeitsplätze. Portfolioinvestitionen (PFI) nehmen makroökonomischen Einfluss im Bereich der Wechselkurspolitik. Darüber hinaus sind sie in ihrer Anlage äußerst volatil. Die innenpolitische Einmischung ausländischer Staaten versucht die Interessen der eigenen AnlegerInnen zu schützen. (vgl. Grabel 1996: 1766)

Der Zufluss von Auslandskapital kann sowohl zu produktiver als auch zu finanzbasierter Entwicklung führen. Je nach Investitionsart können finanzbasierte oder industrielle Geschäfte gefördert werden (Becker 2012: 2).

2.4.6.2 Verschuldung

Die Art der Finanzflüsse hat sich in den letzten Jahren verändert. Heute stehen vor allem ausländische Direktinvestitionen im Vordergrund; die Netto-Bank-Kredite sind in Summe negativ (vgl. Griffith-Jones 2006: 198/202). Zu den wichtigsten Finanzierungsformen Anfang der 1990er Jahre gehören die Portfolioinvestitionen; ab Mitte der 1990er Jahre steigen FDIs; außerdem kommt der Emission von Bonds ein höherer Stellenwert zu. „Emerging Markets“ werden grundsätzlich ein wichtiges Ziel für globales Privatkapital (FDI, PFI, Portfolio-Aktien-Investitionen) (vgl. Singh 1999:14).

Steigende Zinsen verteuern die Kosten der nationalen Verschuldung. Eine hohe Verschuldung erweist sich bei Fremdwährungsverpflichtungen als besonders handlungseinschränkend (vgl. Camara Neto, Vernengo 2006: 288f). Es gibt allerdings keine empirische Evidenz dafür, dass eine geringere Verschuldungsquote zu höheren Wachstumszahlen führt (vgl. Camara Neto, Vernengo 2006: 290).

Die Verschuldungsproblematik verschärft sich durch die Transformation der Schulden in international handelbare Wertpapiere (Debt-Equity-Swaps), den privaten Gläubigern wird somit ein schnellerer Rückzug aus den Krisenländern ermöglicht. Am Sekundärmarkt können jene Papiere gehandelt werden und verändern so das Eigentümerverhältnis der Schulden jener Länder (vgl. Toussaint 1999: 74f).

Die Entstehung der finanzbasierten Leistungsbilanzdefizite führt zu ausufernden Aufnahme von Schulden (vgl. Becker 2007a: 188). Als Hauptgrund für die Instabilität der Zahlungsbilanz sieht Camara-Neto und Verengo die geringe Nachhaltigkeit der Verschuldung (vgl. Camara Neto, Vernengo 2006: 290ff). Mit der Digitalisierung von Geld (Kreditkarten, etc.) sind kurzfristige private Kredite für Konsumzwecke und eine Stimulierung der Massennachfrage durch Verschuldung leichter geworden (vgl. Altvater 1997: 104f).

Die kurzfristige Verschuldung der Banken steht langfristigen Finanzierungsprojekten gegenüber. Kredite in Fremdwährung bergen darüber hinaus ein Wechselkursrisiko. In der Verschuldungsfrage gibt es naturgemäß ein gewisses Risiko, allerdings hängt der Grad des Risikos maßgeblich vom institutionellen Rahmen und der Regulierung ab (vgl. Grabel 2005: 362).

2.4.6.3 Einfluss von externen Akteuren

Internationale Abkommen (NAFTA, OECD, GATS – General Agreement on Trade in Services) forcieren den Abbau von Barrieren für Direktinvestitionen und unterstützen die Liberalisierung des Kapitalverkehrs (vgl. Becker 2007a: 192). Transnationales Kapital wird durch die Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur bzw. öffentlichen Dienstleistungen gestärkt. Dies schafft neuen Raum für die Akkumulation des internationalen Kapitals (vgl. Becker 2007a: 192).

Externe Akteure, wie internationale Finanzinstitutionen und westliche Staaten, nehmen Einfluss auf die nationalstaatliche Politik der Schuldnerländer (vgl. Becker 2007a: 190).

Bilaterale oder multilaterale Gläubigerabkommen führen zu einem Verlust nationalstaatlicher Souveränität. Indirekt wird die souveräne Wirtschaftspolitik durch den gesellschaftspolitischen Zwang, Kapitalflucht zu verhindern, beschränkt (vgl. Grabel 2005: 362f).

2.5 Das Regulationsdispositiv

Die Staats- und Warenform gemeinsam mit den strukturellen Formen der Regulation und ihr gegenseitiges Wirken auf und ineinander bilden laut Becker das so genannte Regulationsdispositiv. Dieses Zusammenwirken der strukturellen Formen und die Grundformen der sozialen Beziehungen können in einem bestimmten Raum für eine gewisse Zeit ein stimmiges Ineinandergreifen der Regulation und Akkumulation schaffen. Mit dem Konzept des Regulationsdispositivs kann die Regulation in Stabilitäts- und Instabilitätsphasen

unterteilt werden. Ausschlaggebend dabei ist die Dialektik zwischen der Akkumulation/Reproduktion der Arbeitskraft und dem Regulationsdispositiv (vgl. Becker 2007a: 277ff). Ein kohärentes Zusammenwirken der strukturellen Formen (Stabilität) ist durch die widersprüchliche Beschaffenheit des kapitalistischen Systems (Mehrwertabschöpfung) nur unter bestimmten Umständen in einem begrenzten Wirkungsraum und für eine gewisse Zeitspanne möglich. Die Instabilität (Krise) ist durch die Beschaffenheit der Akkumulation üblich. Die Krise kann jedoch in sich eine bestimmte Struktur aufweisen (vgl. Becker 2007a: 166).

Becker konzeptualisiert „Raum und Zeit als integrale Dimension der Grundformen der sozialen Beziehungen wie der strukturellen Form der Regulation“ (Becker 2007a: 280). Das Akkumulationsregime wird durch die strukturellen Formen der Regulation je nach Raum und Zeit gestaltet, bzw. gestaltet Zeit und Raum die Akkumulation und Regulation. Grundsätzlich wird versucht, dem widersprüchlichen und krisenanfälligen System des Kapitalismus für eine gewisse Zeit Stabilität zu verleihen (vgl. Becker 2007a: 271). Die Stabilisierung des Akkumulationsregimes durch die Regulation wird von einigen als „Regulationsweise“, von anderen als „Produktivsystem“ bezeichnet (vgl. Becker 2007a: 278f).

2.5.1 Hegemonie

Die Akkumulation wird von bestimmten Machtblöcken getragen. Diese Machtblöcke suchen eine hegemoniale Position in der Zivilgesellschaft, um soziale Normen zu implementieren und das Akkumulationsregime mittels politischer Macht abzusichern. Krisen sind Momente, wo die Machtblöcke zu bröckeln beginnen (vgl. Becker 2011: 3).

Nach Gramsci besteht die Staatlichkeit aus zwei Blöcken: der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft (Staat). Während es in der Zivilgesellschaft um eine indirekte Herrschaft (Hegemonie einer zivilgesellschaftlichen Gruppe) geht, ist der Staat durch die direkte Herrschaft der Regierung bestimmt. Die politische Hegemonie geht mit der wirtschaftlichen einher (vgl. Gramsci 1971:12/161 nach Becker 2007a: 128). Dies beschreibt Gramsci so: „[...]wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, auch ökonomisch zu sein, kann nicht umhin, ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt“ (Gramsci: GH, Bd. 7: 1566ff). Die Finanzierung der Hegemonie wird über die Ökonomie getragen. Geld und Vermögen spielen eine tragende Rolle.

Die Zivilgesellschaft ist ein Konfliktfeld. Gesellschaftliche Kräfte ringen um die Durchsetzung von Normen und versuchen dabei, staatliche Unterstützung zu erlangen. Wenn ein gesellschaftliches politisches Projekt ihre Vormachtstellung so ausbaut, dass es auf gesellschaftliche Akzeptanz stößt und der kapitalistischen Akkumulation eine gewisse Stabilität verleiht, spricht Gramsci von „Hegemonie“ (vgl. Gramsci 1971:12/160f/170 nach Becker 2007a: 134). Eine gesellschaftliche Ordnung, die ihre Akkumulation rein auf fiktive Akkumulation und somit auf den Anstieg von fiktivem Vermögen ohne produktiven Gegenwert baut, kann weder zu einem gesellschaftlichen Hegemon, noch zu einer stabilen politischen sowie gesellschaftlichen Ordnung führen (vgl. Becker 2007a: 134f).

Hegemonie kann auf die Unterstützung weniger strategisch wichtiger Bevölkerungsgruppen bauen. In demokratischen Staaten werden die Interessen in Formen von Parteien gebündelt, die mittels Konkurrenz um WählerInnen ihre Macht (Hegemonie) auszubauen versuchen (vgl. Becker 2007a: 135f).

Becker identifiziert die Instabilität der teilindustrialisierten Länder (im Bezug auf lateinamerikanische Ökonomien) im häufigen Wechsel zwischen exportorientierter und eher finanzbasierter Akkumulation (vgl. Becker 2007a: 188ff).

Export- und Finanzkapital holen sich zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der marginalisierten Stadtbevölkerung, die von ökonomischer Prosperität ausgeschlossen ist und in sich eine inhomogene Gruppe bildet, also kaum gemeinsame Ziele vertritt (vgl. Becker 2007a: 190). Der verstärkte Zuzug ländlicher Bevölkerung in lateinamerikanische Großstädte, vorwiegend in die Peripherie von Städten, stellt eine marginalisierte oft in Armut lebende MigrantInnen-Gruppe dar. Mit sozialpolitischen Versprechungen wird deren Gunst von den VertreterInnen der Export- bzw. Finanzkapitalfraktion auf politischer Ebene gewonnen.

3 Statistische und praktische Untersuchung der mexikanischen Akkumulation und Regulation

3.1 Überblick

Mexiko umfasst als größtes mittelamerikanisches Land eine Fläche von rund zwei Millionen Quadratkilometern und 108 Millionen EinwohnerInnen. Das Volkseinkommen beträgt 2010 1,024 Mrd. US-Dollar, das ergibt ein Pro-Kopf-Einkommen von 8930 US-Dollar jährlich. Der Gini-Koeffizient der verfügbaren Einkommen beträgt 2008 0,48 und konstituiert eine extrem ungleiche Verteilung der Einkommen. (vgl. Daten: Weltbank 2012)

3.1.1 Historische und wirtschaftliche Entwicklung Mexikos bis 1988

Nachdem meine Analyse mit dem Regierungsantritt von Salinas de Gortari beginnt, möchte ich vorerst einen kurzen Überblick über die vorangegangene Entwicklung geben.

1910 beendet die mexikanische Revolution die jahrzehntelange Diktatur von Porfirio Díaz. Bis zu diesem Zeitpunkt werden mexikanische Rohstoffe (Edelmetalle, Erdöl, etc.) von Auslandskapital beherrscht und ausgebeutet (vgl. Imhof 2006: 146f). In den 1930er Jahren wird die Partei der Nationalen Revolution (Partido Nacional Revolucionario – später Partido Revolucionario Institucional) gegründet. Die Umsetzung zahlreicher wirtschaftlicher Reformen ist dem progressiven Präsidenten Lázaro Cardenas zu verdanken. Im landwirtschaftlichen Bereich werden Produktionskooperativen, so genannte Ejidos, gegründet. Die Arbeiterschaft und Kleinbauern unterstützen diese Entwicklung und die Produktion findet von nun an auf kleinen Anbaugeländen statt (vgl. Imhof 2006: 156f).

Für die Organisation der Agrarversorgung sind staatliche bzw. halbstaatliche Unternehmen zuständig, die die logistischen Herausforderungen, wie Absatz und Transport der Produkte, übernehmen. Preisgarantien sichern den KleinproduzentInnen ein gewisses Grundeinkommen. Lebensmittelimporte werden ausschließlich bei Versorgungslücken erlaubt (vgl. Fritscher-Mundt 2001: 274f). Die Eingliederung anerkannter Gewerkschaften in die Partido Revolucionario Institucional (PRI) stärkt die Regierungsführung in ihrer Machtposition. Allerdings ist ein großer Teil der Bevölkerung informell beschäftigt; dieser Teil profitiert weder von staatlichen Subventionen noch von gewerkschaftlichen Sozialleistungen (vgl. Pirker 2001: 259ff).

Die binnenmarktorientierte Entwicklungsstrategie mit dem vorherrschenden Wirtschaftsmodell der Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) zeigt nach Imhof (2006: 157) bis in die 1960er Jahre erfolgreiche Wachstumsraten. Das Geldregime der 1950er/60er

Jahre ist vom Bretton-Woods-Abkommen bestimmt. Mexiko als eine Vertragspartei bindet sich ebenfalls an den US-Dollar. Das System der festen Wechselkurse gilt ebenso als fixe Parität zum Gold. Bis zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973 beläuft sich die mexikanische Inflation auf ein niedriges Niveau von 1–6 %. Ab 1973 bis 1981 steigt die Inflation auf ein Niveau von 15–33 %. Die Zinsraten beginnen Mitte der 1970er Jahre stärker zu steigen (vgl. Weltbank Datenbank: 2012).

Erste Schwächen des Systems zeigen sich in den späten 1960er Jahren. Kapitalgüter und Technologien werden importiert und führen zu einer Außenabhängigkeit in wirtschaftlich wichtigen Sektoren. Die Exporte sinken und weiten das Handelsbilanzdefizit aus; Kapitalimporte und Auslandsinvestitionen werden zu dessen Finanzierung herangezogen. Die mexikanische Regierungspartei ist zudem unwillig Reformen durchzuführen, die eine Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverteilung ermöglichen bzw. die Macht der PRI nur im Geringsten schwächen würden, so Parnreiter (vgl. 2001: 306). Die Finanzierung des Wirtschaftsmodells wird im Laufe der Jahre immer teurer. Der Liquiditätsüberschuss in den Zentren bringt niedrige Zinsraten in den dominanten Ökonomien und billige Kredite für Lateinamerika. Dies führt zu einer hohen Verschuldung der mexikanischen Ökonomie und überdeckt die strukturellen Probleme der Importsubstituierenden Wirtschaft. Die Wende der Zinspolitik in den finanzwirtschaftlichen Zentren (die Prime-Rate der FED steigt im Oktober 1979 von 9 % auf 21,5 % – vgl. Frankl 1991: 131) erhöht die Zinsbelastung des mexikanischen Haushalts empfindlich. Die Wachstumsrate nimmt ab, das Handels- und Haushaltsdefizit weitet sich aus, die Arbeitslosigkeit und die Inflation steigen an (vgl. Imhof 2003: 36ff). Im Oktober 1982 spitzt sich die Lage zu und Mexiko ist nicht mehr im Stande, den Schuldendienst zu begleichen. Der mexikanische Präsident López Portillo erklärt die Zahlungsunfähigkeit Mexikos. Miguel de la Madrid wird als neuer Präsident gewählt und ist bis 1988 mit dem Schuldenmanagement beschäftigt. Die Schuldendienstfähigkeit wird mit Hilfe von internationalen Finanzorganisationen wiederhergestellt. Vom Internationalen Währungsfonds wird dafür ein Stabilisierungsprogramm ausgearbeitet, welches eine restriktive Budgetpolitik und eine strenge Inflationsbekämpfung vorsieht. Die Reallöhne sinken in der Regierungsperiode de la Madrid (1982–1988) um 42 % (vgl. Boris 1996: 50).

Als Ausweg aus der Schuldenkrise wird eine exportorientierte Industrialisierung empfohlen (vgl. Dussel 2001: 133). Anfang der 1980er Jahre werden dafür bereits die ersten Maßnahmen getroffen: An den US-amerikanischen Grenzen errichtet die Regierung sogenannte Sonderwirtschaftszonen, die von arbeitsrechtlichen Bestimmungen großteils befreit und

steuerlich begünstigt sind. Die großen Fertigungsbetriebe befinden sich größtenteils unter ausländischer Kapitalkontrolle und beschäftigen ca. 20 % der industriellen Arbeitskräfte unter prekären Arbeitsbedingungen (vgl. Boris 1996: 42). Als weiterer Reformpunkt gilt die voranschreitende Liberalisierung, die mit dem GATT-Abkommen (General Agreement on Tariffs and Trade) 1986 besiegelt wird.

Im Bereich des Lohnverhältnisses sieht der Stabilitätspakt bei den Kollektivverträgen nur mehr eine minimale Steigerung der Löhne über der Inflationsrate vor (vgl. Pirker 2001: 262).

Die ökonomische Lehre ist von exportorientierter Industrialisierung und dem Neoliberalismus geprägt. Intellektuelle Netzwerke etablieren sich in Mexiko; 1983 wird das „Instituto Cultural Ludwig von Mises“ gegründet. Daraufhin folgen weitere neoliberale Institutionen, wie das „Instituto de la Integración Iberoamericana“, „Investigaciones Sobre la Libre Empresa“ sowie das „Instituto de Investigaciones Sociales y Economicas“. Plehwe schätzt die mexikanischen Think Tanks als rechtsliberale Netzwerke ein, die der marktradikalen Mont Pelerin Society nahestehen (vgl. Plehwe 2002: 254). In den 1980ern verzeichnet die „Partido de la Acción Nacional“ (PAN) erstmals Wahlerfolge. Sie ist zu diesem Zeitpunkt eine neoliberal ausgerichtete Partei und wird im Jahr 2000 die jahrzehntelange Vormachtstellung der Regierungspartei PRI ablösen.

3.1.2 Zeitliche Einbettung der Akkumulation und monetären Regulation

Meine Analyse beginnt 1988 mit dem Regierungsantritt von Salinas de Gortari, der eine Trendwende der Akkumulation und Regulation in Mexiko einleitet. Mexiko wird verstärkt nach den Interessen des Auslandskapitals ausgerichtet. Für die Exportwirtschaft werden Maßnahmen der restriktiven Lohnpolitik und Steuerbegünstigungen getroffen, die Großunternehmen besonders günstig produzieren lassen.

Ausländische Kapitalflüsse, vor allem Portfolioinvestitionen, sprechen für eine finanzbasierte Akkumulation in Mexiko seit den späten 1980er Jahren. Im Bereich der Regulation (Geldverhältnis) wird von Salinas de Gortari eine speziell investorenfreundliche Politik betrieben. Dafür wird das Wechselkurs- und Geldregime in einer bestimmten Art und Weise neu gestaltet. Mit Salinas de Gortari setzen neue Wege der Regulation der monetären Restriktion ein. Genauer kann man in den folgenden Kapiteln nachlesen. Salinas de Gortari beginnt außerdem mit einer massiven Privatisierungspolitik. Die rentablen Staatsunternehmen schaffen potenzielle Investitionsmöglichkeiten für AnlegerInnen. Sogar die im Zuge der Zahlungsunfähigkeit verstaatlichten Banken werden reprivatisiert. Neue (staatliche)

Regulierungen schaffen ein investitionsfreundliches Klima. Die staatliche Kontrolle wird vermindert und die Liberalisierung im Bereich des Güter- sowie Kapitalverkehrs vorangetrieben. Dieter Boris schreibt von einer „extrem autoritäre[n] Stabilisierungs- und Anpassungspolitik“ Salinas (1996: 71).

Der Beitritt zum NAFTA-Abkommen ist ein institutioneller Schritt, diese Politik zu manifestieren. Sozialpolitische Maßnahmen im Bereich des Lohnverhältnisses oder verteilungspolitische Aspekte werden bei der Ausgestaltung des Geldverhältnisses nicht beachtet.

Die Finanzkrise 1994 schränkt den Handlungsspielraum der mexikanischen Politik ein. Erneute Rettungspakete von Seiten der USA sowie internationaler Finanzinstitutionen verlangen der mexikanischen Regierung einige Zugeständnisse ab. Die letzte Regierungsperiode der PRI unter Ernesto Zedillo (1995–2000) ist damit ebenso von einer restriktiven Fiskal- und Geldpolitik geprägt. Die von Salinas de Gortari begonnene Liberalisierungspolitik behält ihre Kontinuität bei und hängt eng mit den Konditionen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens zusammen. Nach ihrer Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2000 führt die rechtskonservative Partei (PAN) die liberale Öffnungspolitik weiter und gestaltet eine den Kapitalinteressen entsprechende monetäre Regulierung.

Exkurs: Globaler Diskurswechsel – intellektuelle Trendwende Ende der 1980er in Mexiko

Nach einem globalen Diskurswechsel in der ökonomischen Lehre kommt es auch in Mexiko zu einer intellektuellen Trendwende Ende der 1980er Jahre. Wie bereits im vorangegangenen Kapitel erwähnt, etablieren sich einige neoliberale Institute in Mexiko. Sie nehmen eine Beratungsfunktion der mexikanischen Wirtschaftspolitik ein und forcieren die schnelle Privatisierung von Staatsbetrieben ebenso wie den Beitritt zum NAFTA-Abkommen. Im Bereich des Geldverhältnisses heben sie die Vorteile einer fixen Anbindung des Pesos an den US-Dollar bzw. eine lateinamerikanische Dollarisierung besonders hervor (vgl. Plehwe 2002: 255). Entscheidungsträger jener Institute vermitteln zwischen den politischen Machthabern und einflussreichen ökonomischen Interessensgruppen. Um ein Fundament für eine neoliberale Wirtschaftspolitik zu schaffen, wird ein positiver öffentlicher Diskurs über pro-amerikanische Politik geführt. Die Wissensproduktion an ausländischen Eliteuniversitäten wird hoch geschätzt und hochrangige Positionen werden mit deren AbsolventInnen besetzt. Die Führungsriege der Regierung Salinas wird mit Ökonomen aus

Yale und dem MIT (Massachusetts Institute of Technology) besetzt (vgl. Parnreiter 2003: 308).

Dussel konstatiert, dass „zahlreiche[...] Politiker und Volkswirte, die hohe Ämter und Ministerposten bekleideten, ihr Studium in den USA bzw. in anderen von dieser [neoliberalen] Denkrichtung beeinflussten Länder absolviert haben.“ (Dussel 2001: 225).

Aufgrund der erwähnten Faktoren habe ich den Beginn meines Analysezeitraums ab 1988 gewählt. Die Veränderung der wirtschaftspolitischen Strategie ist deutlich zu erkennen und die intellektuelle Trendwende ist Ursache und Wirkung dieses Wandels. Im Bereich der Akkumulation verändern sich zwei Bereiche:

- Die Eingliederung in globale Güterketten wird mit gezielten wirtschaftspolitischen Strategien, wie Exportförderung über Sonderwirtschaftszonen etc., forciert. Dies stärkt vor allem die Extraversion der mexikanischen Ökonomie.
- Die finanzbasierte Akkumulation wird durch die spezielle Regulierung des Geldverhältnisses gefördert. Das mexikanische Geldregime verfolgt eine Antiinflationsspolitik und verspricht hohe Zinsen. Außerdem steuert das Wechselkursregime auf eine überbewertete Währung hin. Dies sind Faktoren, die die fiktive Akkumulation vorantreiben und zu diversen Instabilitäten führen. Nach einer kurzen räumlichen Verortung der Analyse wird die Akkumulation anhand der Typisierungsachsen analysiert und die dazugehörige geldpolitische Regulierung genau betrachtet.

3.1.3 Räumliche Einbettung der Akkumulation und monetären Regulation

Die Analyse der monetären Regulation wird in einem geografisch eingeschränkten Raum durchgeführt. Zuvor wird die Akkumulation auf nationalstaatlicher Ebene den Typisierungsachsen zugewiesen. Nicht außer Acht zu lassen ist dabei, dass externe Faktoren die Akkumulation und monetäre Restriktion beeinflussen. Deshalb wird in dieser Arbeit ausdrücklich versucht, den externen Akteuren einen Platz einzuräumen und deren Einflüsse zur Kenntnis zu nehmen.

Mexiko ist in ein transnationales Akkumulationsmuster eingebunden. Mit dem NAFTA-Abkommen ergibt sich für wirtschaftliches Handeln ein supranationaler Akkumulationsraum. Der soziale, politische und ökonomische Raum nimmt neue Gestalt an und erfordert neue Formen der Regulation.

Der Global-Commodity-Chain Ansatz betont den globalen Charakter der Akkumulation und erweitert die nationalstaatliche Analyse. Speziell multinationale Konzerne und Firmennetzwerke handeln durch die zunehmende Deregulierung in einem transnationalen Raum ohne Kapital- oder Handelsbeschränkungen. Der Anstieg des Intrafirmen-Handels zwischen Mexiko und den USA ist ein Anzeichen dafür. Halbfertigteile können ohne großen Aufwand über nationalstaatliche Grenzen hinweg zur Produktion bzw. Endfertigung ein- und ausgeführt werden. Die Wertschöpfung bzw. Gewinnabschöpfung hängt mit den Kapitalverkehrskontrollen zusammen und lässt sich durch die zunehmende Liberalisierung weitgehend frei gestalten (vgl. Fischer, Parnreiter 2007: 106ff). Brand betont die starke Vernetzung von Bank-, Finanz-, Industrie- und Agrarkapital, die ihre Interessen auf internationaler Ebene durchsetzen (vgl. Brand 2007: 267). Diese Formen der Akkumulation und Regulation gehen über nationalstaatliche Grenzen hinaus und betreffen nicht nur wirtschaftliches Handeln, sondern beziehen auch zivilgesellschaftliche Strukturen mit ein (vgl. Brand 2007: 267).

Internationale Institutionen versuchen ihre Ziele global durchzusetzen. Die Akteure jener Institutionen werden von bestimmten Interessensgruppen geleitet. Nationalstaaten übertragen bestimmte Regulierungen an internationalen Organisationen; so werden von der Welthandelsorganisation (WTO) Richtlinien im Bereich der Handelspolitik gestaltet, die den nationalstaatlichen Handlungsspielraum massiv einschränken.

Eine supranational vernetzte Zivilgesellschaft birgt ein hohes Veränderungspotenzial. Normen, Habitus und Verhaltensmuster können sich über nationalstaatliche Grenzen hinaus manifestieren (vgl. Brand 2007: 260f). So können Konsumnormen und soziales Verhalten über Ländergrenzen hinweg gewisse Konvergenz erfahren.

Nationalstaaten haben allerdings weiterhin eine bedeutende Aufgabe zu erfüllen und können versuchen, ihren Einfluss auf internationale Organisationen zu erhöhen. Sowohl zivilgesellschaftlicher Druck als auch eine starke politische Vertretung spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die Gestaltung von nationalstaatlichen Geld-, Handels- oder Wechselkursregimen hat Einfluss auf die globalen Waren- und Kapitalflüsse (vgl. Fischer, Parnreiter 2007: 110ff). Der Staat ist somit wichtiger Agent der Regulation. Er kann zwar nur in einem beschränkten Ausmaß in die Akkumulation und Regulation eingreifen, seine Wirkung ist allerdings nicht zu unterschätzen (vgl. Becker 1998: 120).

Die Vereinigten Staaten nehmen als wichtigster Handelspartner und Gläubiger deutlichen Einfluss auf das mexikanische Akkumulationsregime. Mexiko behält allerdings die politische Entscheidung seine handels- und wirtschaftspolitischen Belange an externe Akteure abzugeben. So wird im Fall einer vollkommenen Dollarisierung bzw. der fixen Anbindung an die Ankerwährung des US-Dollars der geldpolitische Handlungsspielraum massiv eingeschränkt und die nationale Politik an die US-Geldpolitik angepasst.

Im außerstaatlichen Bereich können zivilgesellschaftliche Strukturen Dynamiken entwickeln, die auf (inter-)nationaler Ebene Entscheidungen beeinflussen. So ist in Mexiko die revolutionäre Gruppe der Zapatisten ein entscheidender Faktor politischen Handelns. Des Weiteren hat Mexiko eine lange Tradition der Gewerkschaften, ihr institutionalisierter Charakter hängt eng mit den politischen Entscheidungen der Regierung zusammen.

3.2 Die mexikanische Akkumulation seit 1988

In diesem Abschnitt wird die mexikanische Akkumulationsdynamik analysiert und innerhalb der drei Typisierungsachsen (extensiv/intensiv; extravertiert/intravertiert; produktiv/fiktiv) positioniert.

3.2.1 Extensive und intensive Akkumulation in Mexiko

Zuerst beleuchte ich die mexikanische Akkumulation nach ihrer binnenwirtschaftlichen Struktur. Der Wandel der mexikanischen Wirtschaftssektoren, das Produktivitätsregime und die Beschäftigungsverhältnisse erlauben ein strukturiertes Bild.

3.2.1.1 Struktureller Wandel der mexikanischen Wirtschaftssektoren

Der Agrarsektor schrumpft innerhalb von 20 Jahren (1988–2008) um mehr als 40 % (vgl. Daten INEGI nach Dussel 2009: 289). Ausschlaggebend dafür sind diverse Veränderungen der Agrarpolitik. Preisgarantien werden abgeschafft (1989) und eine Umstrukturierung des Beihilfewesens erschwert die Produktion für Klein- und Mittelbetriebe (vgl. Salinas Callejas 2010: 405). Der Absatz bzw. die Weiterverarbeitung der Produktion des Ejidowesens baut auf halbstaatliche Unternehmen, die im Zuge der Reformen privatisiert werden. Die Lagerung, der Transport, die Versicherung und das Vermarktungsnetzwerk werden neu gestaltet. Die Preise der Grundstoffe für die Landwirtschaft, wie Saatgut, Wasser, Dünger etc., sind durch die Privatisierung der Staatsbetriebe teurer geworden und für KleinproduzentInnen kaum mehr erschwinglich (vgl. Fritscher-Mundt 2001: 278f). Die bisherige Organisationsweise der Landwirtschaft mittels Produktionskooperativen der Kleinbauern (Ejidos) löst sich zunehmend auf.

Die Privatisierung fördert oligopolistische Strukturen im Logistik- und Absatzbereich. Zwischenhändler bereichern sich an der Agrarproduktion und verschlechtern die Bedingungen für Kleinbauern und -bäuerinnen (vgl. Moreno-Brid, Ros 2004: 54f). Die restriktive Geldpolitik der mexikanischen Regierung verknappt die Kredite zur Finanzierung der Klein- und Mittelbetriebe (vgl. Bea 1995: 103). Den Campesinos wird durch Reformen der Verkauf des kollektiven Landes ermöglicht. Ein Hilfsprogramm (PRONASOL) unterstützt sie von nun an nicht mehr in der Produktion, sondern soll lediglich ihr Überleben sichern (vgl. Fritscher-Mundt 2001: 278). Des Weiteren kommt es zu einer Abkoppelung der Agrarwirtschaft von der Industrie. Die durch die Liberalisierung erhöhten Importquoten verstärken zudem den Konkurrenzdruck für inländische Produkte. Ausländische Zulieferer ersetzen den heimischen Binnenmarkt, die Anbauflächen gehen von sieben Millionen Hektar auf eine Million zurück (vgl. Fritscher-Mundt 2001: 278ff).

Mexiko war einst ein Agrarland, das sich um seine landwirtschaftliche Produktion kümmerte. Mit dem NAFTA-Abkommen sind 1,5 Millionen Arbeitsplätze im Landwirtschaftssektor verloren gegangen. Mexiko ist zunehmend von Lebensmittelimporten abhängig (vgl. Ceceña 2012: Ö1-Interview).

Mexiko verfolgt die Strategie einer exportorientierten Industrialisierung. Man könnte meinen, dass aufgrund dieser Entwicklungsstrategie (NAFTA-Abkommen, Privatisierung, Exportförderung) eine Ausdehnung der Industrie zu verzeichnen sei. Die Zahlen widerlegen jedoch diese Annahme. Im Jahr 1988 beträgt der industrielle Anteil 23,86 % des BIP, zwei Jahrzehnte später (2008) sind es lediglich 18,10 % des BIP (vgl. INEGI nach Dussel 2009: 289). Die Industrie ist von sogenannten Maquiladora-Betrieben dominiert. Diese setzen auf Wettbewerbsvorteile durch Niedriglohnpolitik (vgl. Moreno-Brid, Ros 2004: 50).

Von der Dynamik des Intrafirmen- bzw. Intrabranchenhandels profitieren vor allem Großbetriebe. Es werden die temporären Einfuhren zur Wiederausfuhr gefördert, die dem mexikanischen Staat aber kaum Einnahmen bringen, da sie durch Steuervergünstigungen bevorzugt behandelt werden (vgl. Dussel 2001: 227). Mexiko ist es bisweilen nicht gelungen eine gemischte Industrie aufzubauen. Klein- und Mittelbetriebe bleiben isoliert und erfahren keine Verknüpfung zum Exportsektor (vgl. Salinas Callejas 2010: 405). Der Binnensektor wird zusätzlich durch eine verminderte Industriepolitik geschwächt. Die Investitionen gehen von 29,2 % des BIP (1980) auf 15,6 % (2000) zurück (vgl. Martinez 2010: 393).

Der Rückzug des Staates aus der Industrie kann mitunter durch die niedrigen Steuereinnahmen erklärt werden (vgl. Moreno-Brid, Ros 2004: 54f). Wie bereits erwähnt, entgeht dem mexikanischen Staat, durch diverse Steuervergünstigungen für den Exportsektor, ein beträchtlicher Teil der Einnahmen (vgl. Martinez 2010: 393). Der Erdölsektor stellt einen wesentlichen Teil der mexikanischen Einnahmen dar und erzeugt somit eine starke Abhängigkeit vom globalen Rohölpreis.

Wie auch der Agrarsektor kämpft die heimische Industrie mit fehlenden liquiden Mitteln. Die hohen Zinsen machen Kredite für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) unerschwinglich. Wer nicht im internationalen Handel tätig ist, kann keine ausländischen Lieferantenkredite in Anspruch nehmen. Kredite an Privatunternehmen verringern sich im Zeitraum von 1995–2007 auf ein Fünftel. Der Anteil der KMU geht in den 1990er Jahren um 10 % zurück (vgl. Dussel 2009: 233/287). Ein Fonds zur Hilfe von Klein- und Mittelbetrieben soll die schlimmsten Folgen abfedern (vgl. Yasuhara 2010: 438).

Die räumlich ungleiche Entwicklung zeigt sich in der Verschiebung der industriellen Zentren Mexikos. In Zentral- und Ost-Mexiko löst sich die traditionelle mexikanische Industrie (Textil) auf, dafür entstehen neue Technologie-Zentren entlang der US-amerikanischen Grenze (vgl. Pirker 2001: 262ff). Während sich der Norden stärker in den industriellen Import-Exporthandel integriert, verarmt der Süden zunehmend bei einer stagnierenden landwirtschaftlichen Produktion mit geringer Produktivität (vgl. Moreno-Brid, Ros 2004: 54f).

3.2.1.2 Produktivitätsregime

Mexiko wird von einigen AutorInnen als Musterbeispiel der produktiven Entwicklung herangezogen. Die Branchen Automobil und Elektronik befinden sich auf dem technologisch neuesten Stand (vgl. Shaiken 2001: 244). Volkswagen produziert in Puebla und Daimler-Chrysler und General Motors haben ihre Produktionsstätten in Toluca und Silao. Für die Fertigung werden hochtechnologische Zulieferprodukte (hauptsächlich aus den USA) importiert. Synergien zum heimischen Markt bleiben fast vollkommen aus. Schnatz (1996: 12) sieht eine Produktivitätsentwicklung lediglich in jenen Sektoren, die in internationale Produktionsketten eingegliedert sind

Maria Elena Tavera analysiert in einer Studie den Technologisierungsgrad der mexikanischen Handelsprodukte. Ihre Ergebnisse zeigen nur eine geringe Veränderung der Technologiestufe

der Im- und Exporte seit 1990. Einen gravierenden Anstieg bemerkt sie jedoch im Volumen der gehandelten Güter (vgl. Tavera 2010: 479f).

3.2.1.3 Beschäftigung

Die im OECD-Vergleich sehr niedrigen Arbeitslosenraten Mexikos können auf deren Berechnungsgrundlage zurückgeführt werden. Die Definition von Arbeitslosigkeit wird nach dem mexikanischen statistischen Amt (INEGI- Instituto Nacional de Estadística y Geografía) folgend definiert (sinngemäß): Eine Person gilt als arbeitslos, wenn sie ausdrücklich nach einer Beschäftigung sucht und nicht mehr als eine Stunde pro Woche in den letzten zwei Monaten gearbeitet hat (vgl. INEGI 2011b). Angesichts des fehlenden sozialen Sicherungsnetzes ist für den Großteil der Bevölkerung ein Überleben mit weniger als einer Arbeitsstunde pro Woche kaum möglich.

Die Analyse der Beschäftigungszahlen erscheint sinnvoller bei einer Aussage über die Lage der Beschäftigung bzw. der extensiven/intensiven Akkumulation. Die Beschäftigung im produktiven Bereich geht trotz Produktionsausweitung zurück; 5 % (Durchschnitt von 1993–1998) der Erwerbsbevölkerung werden von Großexporteuren angestellt. Diese wickeln allerdings 95 % der gesamten Exporte ab (vgl. Dussel 2001: 233). In den letzten beiden Jahrzehnten findet lediglich ein geringer Teil der Erwerbsbevölkerung (ca. 1/3) in der formellen Ökonomie eine Anstellung (vgl. Dussel 2009: 290). Für den Rückgang der bezahlten Lohnarbeit findet Bayón folgende Gründe: Die Reduktion der öffentlichen Ausgaben und Investitionen hat die Verkleinerung des öffentlichen Sektors und somit einen drastischen Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge. Die Schließung etlicher Kleinbetriebe (weniger als fünf Angestellte) wirkt sich ebenfalls negativ auf die Beschäftigungssituation aus (vgl. Bayón 2006: 142ff).

Mit dem wirtschaftspolitischen Umschwung Ende der 1980er Jahre verschiebt sich die Beschäftigungssituation zuungunsten der abhängig Beschäftigten. Der informelle Sektor erfährt einen starken Zuwachs (vgl. Burchardt 2003: 65ff). Dieser Teil der Bevölkerung kann weder arbeitsrechtliche Ansprüche noch Ansprüche auf soziale Absicherung geltend machen (vgl. Marchand 2002: 114).

Einen starken Anstieg erfährt hingegen die Teilzeitbeschäftigung (vgl. Dussel 2009: 290ff). Die sinkenden Reallöhne und die steigende Arbeitslosigkeit erfordern meist mehrere Einkommen zur familiären Existenzsicherung. Frauen steigen vermehrt in das formelle und informelle Erwerbsleben ein.

Die prekären Beschäftigungsverhältnisse und die schlechten Arbeitsbedingungen der mexikanischen Großbetriebe machen immer wieder Schlagzeilen in den internationalen Medien. Trotz Produktivitätssteigerungen in einzelnen Bereichen bleiben die Löhne auf einem niedrigen Niveau. Gewerkschaften, wenn überhaupt vertreten, haben kaum Möglichkeiten ihre Forderungen durchzusetzen. Ein Großteil der prekär Beschäftigten sowie der informelle Sektor bleiben gänzlich ohne gewerkschaftliche Vertretung. Die Gewerkschaften spielen im Mexiko eine bedeutende Rolle. Sie sind eng mit der Regierungspartei PRI verbunden, verlieren zunehmend durch politische Entscheidungen an Einfluss. Rentable Staatsbetriebe werden privatisiert und zahlreiche Gewerkschaften nicht öffentlich anerkannt (vgl. Pirker 2001: 263; Dussel 2001: 27). Gewerkschaftsführer, die den Liberalisierungs- und Privatisierungskurs nicht unterstützen, werden politisch ausgebootet und ihrer Macht entzogen; so zum Beispiel Joaquín Hernández Galicia, gewerkschaftlicher Führer des Ölsektors (vgl. Salinas Callejas 2010: 402; Pirker 2001: 262). Der Regierungswechsel im Jahr 2000 durch die PAN mit Vincente Fox Quesada als Präsident (PAN) schwächt PRI-nahe Gewerkschaften und betriebliche Formen der gewerkschaftlichen Organisation setzen sich durch. Im Vordergrund dieser Gewerkschaften steht die Verbesserung der Produktivität und Arbeitsorganisation in Kooperation mit dem Privatkapital (vgl. Pirker 2001: 258). Im Bezug auf Lohn- und Gehaltsverhandlungen kann die Strategie der neokorporatistischen Gewerkschaften keine Erfolge aufweisen. Seit der Schuldenkrise lassen sich massive Reallohnsenkungen feststellen. Zwischen 1982 und 1988 findet eine jährliche durchschnittliche Reallohn-Reduktion von 15,9 % statt; dieser Trend setzt sich unter der Regierungsperiode Salinas de Gortari fort (vgl. Martinez 2010: 386). Firmen versuchen, ihre Wettbewerbsfähigkeit über die niedrigen Löhne auszubauen. Während die Löhne von 1946–1976 um durchschnittlich 10,9 % steigen (vgl. Martinez 2010: 386), beträgt der reale Mindestlohn 2008 nur mehr 30 % des realen Mindestlohns von 1980 (vgl. Dussel 2009: 290ff). Die Primärverteilung der Einkommen ist in Mexiko besonders ungleich. Die Wirtschaftspolitik seit Ende der 1980er Jahre samt den Ausgabenkürzungen im Sozialbereich lässt die Sekundärverteilung ähnlich ungleich aussehen. Verschärft wird die Situation durch die Preiserhöhung von öffentlichen Gütern und Grundnahrungsmitteln (vgl. Lembeck 1996: 210). Bei der Verteilung der Einkommen gibt es sowohl geographische also auch demographische Divergenzen. Die Einkommen verteilen sich zuungunsten des Südens Mexikos, wobei Frauen zudem noch niedrigere Löhne erhalten als Männer (vgl. Marchand 2002: 112). Diese Ungleichheiten und die generelle Unterbeschäftigung führen zu einer verstärkten Emigration in die Vereinigten Staaten. Die Einkommenspolarisierung und

Abwanderung wirkt negativ auf die aggregierte Nachfrage ein und schwächt die mexikanische Binnenindustrie.

Die fehlende soziale Sicherung im informellen Sektor als auch das schlechte soziale Netz für formell Beschäftigte zeigen ihren Ausdruck in den hohen Armutsraten (vgl. Bayón 2006: 142/144). Die neoliberale Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre drängt eine aktive Arbeits- und Beschäftigungspolitik in den Hintergrund (vgl. Burchardt 2003: 65ff). Sozialpolitisch orientiert sich Mexiko an dem angloamerikanischen Fürsorgemodell; dieses bietet keine breite soziale Absicherung der arbeitenden Bevölkerung, sondern versucht eine gewisse Grundversorgung auf niedrigem Niveau sicherzustellen (vgl. Becker, Jäger, Fischer 2003: 12). Lediglich 63 % der formell Beschäftigten haben einen Anspruch auf Pension (vgl. Bayón 2006: 143).

3.2.2 Extravertierte und intravertierte Akkumulation in Mexiko

Dieser Abschnitt behandelt die Außen- bzw. Binnenorientierung des kapitalistischen Akkumulationsregimes. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Strategie der exportorientierten Industrialisierung gelegt. Wie bereits im theoretischen Teil dieser Arbeit besprochen, unterscheidet man zwischen aktiver und passiver Extraversion. Ich versuche hier die Unterschiede im Bezug auf Mexiko herauszuarbeiten.

3.2.2.1 Exportorientierte Industrialisierung

Mit dem politischen Kurswechsel Salinas de Gortari rückt eine neue Entwicklungsstrategie in den Vordergrund. Mittels exportorientierter Industrialisierung soll Wachstum und Wohlstand geschaffen werden. Diese Strategie wird durch internationale Handelsakteure und Finanzorganisationen forciert (vgl. Plehwe 2002: 249). Auch innerhalb Mexikos gibt es zivilgesellschaftliche Gruppen, die exportfördernde Maßnahmen und Strategien vorantreiben und umsetzen. Einflussreiche Personen im Bereich des Export- und Finanzkapitals, wie mexikanische Großindustrielle, RegierungspolitikerInnen und ÖkonomInnen, unterstützen diesen Wandlungsprozess (vgl. Dussel 2009: 292ff; Becker et al. 2003: 9). Der Exportanteil am BIP erfährt einen stetigen Anstieg und steigt von 1990 bis 2005 auf über ein Drittel der Wirtschaftsleistung (vgl. Dussel 2009: 292ff). Dies würde für eine aktive Extraversion sprechen. Jedoch ist der Großteil der Produktionsgüter aus importierten Halbfertigteilen zusammengesetzt. Dies verschlechtert die Leistungsbilanz und schmälert die Devisen. Yasuhara (2010: 431f) betont, dass das Exportvolumen stark von der Importfähigkeit Mexikos abhängt. 76 % der gesamten Exporte sind aus temporären Importen zusammengesetzt. Wenn man die Erdölexporte herausrechnet, bleibt lediglich ein geringer

Teil der Wertschöpfung, der auf den mexikanischen Binnenmarkt entfällt (vgl. Dussel 2009: 292ff). Das bedeutet, dass kaum eine Vernetzung zu mexikanischen Betrieben entsteht. Die Zulieferbetriebe befinden sich größtenteils in den USA. Über Intrafirmenhandel können transnationale Konzerne den grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalverkehr steuergünstig organisieren (vgl. Fischer, Parnreiter 2007: 114ff). Der Konjunkturzyklus der USA als Haupthandelspartner bestimmt die Exportperformance Mexikos, so Cuevas (vgl. 2010: 156). Die lokalen ProduzentInnen zeigen für den Exporthandel eine geringe Relevanz, ihre Integration in globale Handelsketten bleibt aus. Die Wertschöpfung der Exportindustrie kommt nur partiell der mexikanischen Wirtschaft zugute. TNK lagern die Hochtechnologiebereiche sowie diverse gut bezahlte Dienstleistungen wie Marketing, Forschung und Design in Länder des Zentrums aus (vgl. Fischer, Parnreiter 2007: 111ff).

Die Textilindustrie baut ihre Wettbewerbsfähigkeit auf niedrigen Löhnen auf. Diese Produktion findet vorwiegend in zollfreien Exportzonen statt und ist rein für den Export bestimmt. (vgl. Pirker 2001:262ff.)

Der Fokus des mexikanischen Außenhandels liegt eindeutig auf den USA. Im Jahr 2010 gehen 80 % aller Exporte in die USA und neben anderen wichtigen Importeuren stammen weiterhin 50 % der Importe aus den USA (vgl. UN-COMTRADE 2010). Die wichtigsten Exportgüter sind Autoteile, elektronische Waren, Automobile, optische Geräte und Rohöl (vgl. Dussel 2009: 292ff). Importprodukte sind vorwiegend Halbfertigteile der Automobil- und Elektroindustrie. Des Weiteren werden Kapitalgüter, wie Elektromaschinen und elektronische Ausrüstung, importiert (vgl. UN-COMTRADE 2010; Dussel 2001: 234).

Die steigenden Rohstoffpreise seit der Jahrtausendwende bringen Mexiko größere Einnahmen. Nicht nur die USA oder die EU sind bedeutende Abnehmer der mexikanischen Rohstoffe, sondern auch asiatische Staaten fragen vermehrt Rohöl aus Mexiko nach. Dies steigert die Exporteinnahmen, bringt allerdings kaum industrielle oder gar binnenwirtschaftliche Entwicklung. Profiteure sind lediglich die großen Rohstoffhändler. (vgl. Brand 2012: Ö1-Interview)

Die Erfolge der Exportorientierten Industrialisierung (EOI) lassen sich folgend zusammenfassen: Es kommt zu einer starken räumlichen Differenzierung der Wachstumserfolge; wenige Sektoren und Firmen können sich etablieren und hohe Gewinne bei zusätzlicher Steuerbegünstigung einstreifen. Dussel veranschaulicht die starke Konzentration des Exportsektors mit einigen Zahlen: 300 Unternehmen und 3500 Maquila-

Betriebe wickeln 95 % der gesamten Exporte ab. Den restlichen 3,1 Millionen mexikanischen Betrieben verbleiben 5 % der Exporte (vgl. Dussel 2001: 233). Die Exportförderung bringt letztendlich kein strategisches Konzept der öffentlichen Investitionen in Technologie oder Bildung mit sich.

3.2.2.2 *Freihandelsabkommen – NAFTA*

Mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen ergibt sich für Mexiko ein neuer Akkumulationsraum. Die institutionellen Rahmenbedingungen für Investitionen ändern sich. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten für Kapital- und Güterströme. Für Mexiko erschließt sich ein weit größerer Absatzmarkt, worauf die exportorientierte Wachstumsstrategie baut (vgl. Shaiken 2001: 242). Der erhöhte Konkurrenzdruck auf die mexikanische Binnenindustrie und ihre Produkte muss ebenfalls in Betracht gezogen werden. Fritscher-Mundt sieht folgende problematische Punkte im Bereich der Agrargüterproduktion: Die mexikanische Infrastruktur zur Verteilung der Lebensmittel im Inland ist äußerst schlecht. Das heißt, dass mexikanische Kleinbauern aus den peripheren Gebieten (eher im Süden) einen enormen logistischen Aufwand betreiben müssten, um ihre Produkte anbieten zu können. Das Importnetz sowie der Norden Mexikos sind hingegen infrastrukturtechnisch gut erschlossen und erleichtern den Vertrieb von US-amerikanischen Agrargütern. Die starke Subventionierung der US-Bauern wirkt für die mexikanischen AgrarproduzentInnen wettbewerbsverzerrend (vgl. Fritscher-Mundt 2001: 284ff). Die rechtlichen Regulierungen des NAFTA-Abkommens manifestieren eine neoliberale Politik und bieten Auslandsinvestitionen sowie grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Tätigkeiten einen institutionalisierten neoliberalen Rahmen (vgl. Becker, Fischer, Jäger 2003: 11).

3.2.2.3 *Handelsbilanz*

Ob es durch die Exportorientierung zu einer Akkumulation von Devisen kommt, kann man an der Handelsbilanz ablesen. Ab Ende der 1980er Jahre werden in Mexiko keine Exportüberschüsse erzielt. Stattdessen kommt es zu einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits. Zwar steigen die Exporte absolut in ihrer Summe, sie werden aber vom rasanten Anstieg der Importe überholt. Der Grund dafür ist, dass für die Exportprodukte ein hoher Importanteil notwendig ist; zusätzlich wird eine großes Maß an Lebensmitteln importiert (vgl. Yasuhara 2010: 431f; Tavera 2010: 478; Martinez 2010: 389). Mexiko gleicht sein Leistungsbilanzdefizit mit Kapitalimporten aus. Die verschiedenen Kapitalimportmöglichkeiten werden im folgenden Kapitel behandelt.

3.2.3 Fiktive und produktive Akkumulation in Mexiko

Die produktive Akkumulation setzt sich aus den oben genannten Faktoren zusammen. Die fiktive Akkumulation beschreibt die Anhäufung von Kapital auf Basis von Finanztiteln. Aus verschiedenen Gründen kann man in Mexiko den Trend hin zu einer finanzbasierten Akkumulation erkennen:

- Seit den 1970ern sinken in Mexiko die Profite im produktiven Bereich. Die Aussicht auf höhere Profite in neuen Sphären unterstützt die Verlagerung der Akkumulation auf die finanzielle Ebene.
- Ein externer Faktor ist das überschüssige Kapital, das in den Finanzzentren für Investitionen zur Verfügung steht. Eine Überakkumulationskrise veranlasst Auslandskapital dazu, neue profitable Investitionsfelder zu erschließen. In den 1990ern identifizieren Becker, Jäger und Fischer (2003: 8) einen solchen Überschuss von Kapital in den Zentren.
- Während in den 1970ern das überakkumulierte Kapital in Kredite investiert wurde, wird in den 1990er Jahren mit großteils kurzfristigen Anlagen auf den Finanzmärkten spekuliert. Dies äußert sich im hohen Anteil der Portfolioinvestitionen.
- Für eine finanzbasierte Akkumulation müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine solche ermöglichen. Diese werden im Kapitel zur mexikanischen Regulation unter „Änderung institutioneller Rahmenbedingungen“ ausführlich behandelt.

3.2.3.1 Auslandskapital in Mexiko

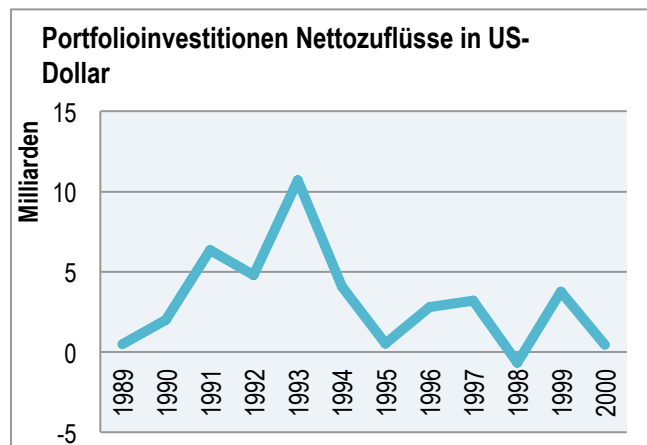
Die mexikanische Finanzmarktreform 1988/89 erwirkt gesetzliche Änderungen, die eine Auslandsbeteiligung an mexikanischen Unternehmen und Banken erleichtern (vgl. Soto 2010: 423). Die Liberalisierung des Handels mit festverzinslichen Wertpapieren und Schatzbriefen (Títulos Privados de Renta Fija, Certificados de Tesorería – CETES) erhöht den Anteil ausländischer Investitionen in jene Papiere erheblich. Außerdem wird ein Fonds eingerichtet (Fondo Neutro), der es AuslandsinvestorInnen ermöglicht, Mehrheitsanteile und Kontrollfunktionen in mexikanischen Unternehmen zu übernehmen (vgl. Penido, Magalhães 2000: 56).

In den 1990er Jahren ändert sich die Art der Kapitalströme, internationale Kredite an den öffentlichen Sektor verlieren an Bedeutung. Die privaten Bankkredite steigen und es wird vermehrt in den Privatsektor der „Emerging Markets“ investiert. Mexiko erweist sich zwischen 1990 und 1994 als zweitattraktivster „Emerging Market“ weltweit und erhält

12,4 % der privaten Finanzflüsse (vgl. Singh 1999:16). Die privaten Geldströme vervielfachen sich von 8,2 Mrd. US-Dollar (1990) auf 28,1 Mrd. US-Dollar (1996) (vgl. Singh 1999: 17).

Portfolioinvestitionen und Derivatmärkte

Die Reformen ziehen Kapitalflüsse in enormem Ausmaß an, zwischen 1990 und 1994 sind es 105 Mrd. US-Dollar (vgl. Buira 1996: 11). Der Großteil davon sind Portfolioinvestitionen (vgl. Singh 1999: 46; Schirm 1998: 4f; Penido, Magalhães 2000: 58). Portfolioinvestitionen streben eine schnelle Kapitalrendite an und legen keinen Wert auf Mitbestimmung im Unternehmen (vgl. Martinez 2010: 389). Sie bestehen in ihren Portfolios zur einen Hälfte aus mexikanischen Aktien und zur anderen Hälfte aus mexikanischen Schuldtiteln in Fremdwährung, so Boris (2000: 24).



Bis zum Jahr 1993 steigen die Portfolioinvestitionen auf einen Wert von über 10 Mrd. US-Dollar. Mit der Finanzkrise 1994 sinken die Portfolioinvestitionen massiv ab und pendeln sich in den Folgejahren auf bis zu max. 5 Mrd. US-Dollar ein.

Abbildung 1: Portfolioinvestitionen Nettozuflüsse in US-Dollar (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen - <http://data.worldbank.org/country/mexico>) [Zugriff: 13.7.2012]

Portfolioinvestitionen inkludieren die Nettozuflüsse aus Aktien, die nicht als FDIs (Erwerb eines Aktienanteils über 10% des Unternehmenswertes) oder Direktkäufe von Aktien sowie Hinterlegungsscheine (American und Global Depository Receipts) registriert wurden. Angaben in aktuellen US-Dollar. (vgl. Weltbank 2012)

Kredite oder Entwicklungshilfezuflüsse spielen eine geringe Rolle. Die Auslandsdirektinvestitionen sind bis 1995 noch gering und ziehen später stärker an (genauere Analyse im folgenden Kapitel).

Mit dem Boom der Derivatmärkte, also jenen Märkten, die Termingeschäfte wie Forwards, Optionen und Futures handeln, steigt der Einfluss auf das ökonomische System Mexikos (vgl. Correia, et al 2009: 8). Paradoxerweise werden mit der Antizipation negativer Entwicklungen Gewinne generiert. Ab dem Jahr 2000 meint Soto ein exponentielles Wachstum dieser Märkte zu erkennen; bereits 1978 werden in Mexiko die ersten Futures auf den mexikanischen Wechselkurs gehandelt. Der mexikanische Staat emittiert unterschiedliche hybride Finanzinstrumente, die zur Absicherung des instabilen Peso-Dollar-Wechselkurses dienen

sollten. Des Weiteren wird in den 1990er Jahren über mexikanische Zinsraten und Rohstoffpreise mittels Swaps und Forwards spekuliert (vgl. Soto 210: 427). Die realwirtschaftlichen Folgen jener Geschäfte sind bei geringen Investitionsvolumina noch absehbar. Mit zunehmender Liberalisierung und Deregulierung steigen die derivativen Transaktionen und stellen eine zunehmend stärkere Gefahr für das Finanzsystem dar.

Studart schätzt die Finanzkanäle der lateinamerikanischen Staaten als oberflächlich entwickelt ein. Ein plötzlicher Anstieg der Investitionen führt ihrer Analyse nach zu „Bubbles“, da AnlegerInnen kurzfristige Anlagen bevorzugen würden (vgl. Studart 2006: 185). Um schnelle Gewinne generieren zu können, werden Spekulationsgeschäfte im Aktien- und Versicherungsmarkt der mexikanischen Börse ausgeführt (vgl. Singh 1999: 46).

Auslandsdirektinvestitionen

Eine Änderung des Auslandsdirektinvestitions-Gesetzes (Ley de Inversión Extranjera) sowie die Erlassung neuer Investitionsgesetze im Zuge des NAFTA-Beitritts ermöglichen die Ausdehnung der FDIs. Die Investitionsbeschränkungen für bestimmte Branchen, die einen maximalen Anteil von 49 % vorsahen, werden aufgehoben. Für Auslandsdirektinvestitionen sind bereits fast alle Sektoren geöffnet. Finanzdienstleistungen, Schienenverkehrsnetz und Gas(verteiler)netz werden erst 1999 für den privaten Sektor zugänglich (vgl. Dussel 2000: 116f).

Die ausländischen Direktinvestitionen vervielfachen sich in den 1990er Jahren. Bis zum Krisenjahr 1994 steigen die Investitionen auf 10 Mrd. US-Dollar. Aufgrund der finanzwirtschaftlich unsicheren Situation der Folgejahre ist ein leichtes Minus bei den FDI-Zuflüssen zu verzeichnen. Die Auslandsdirektinvestitionen erholen sich nach der labilen Finanzsituation wieder. Sie ermöglichen den TNK und anderen Unternehmen ihre globale Wettbewerbsposition auszubauen und den Zugang zu neuen Märkten in Mexiko (vgl. Dussel 2000: 115). Ab 1997 steigen die Auslandsdirektinvestitionen massiv an, sie steigen von knapp 10 Mrd. Dollar auf beinahe 30 Mrd. US-Dollar im Jahr 2001. Mexiko gilt als eines der erfolgreichsten Investitionsländer der 1990er Jahre, so Dussel (2000: 73f).

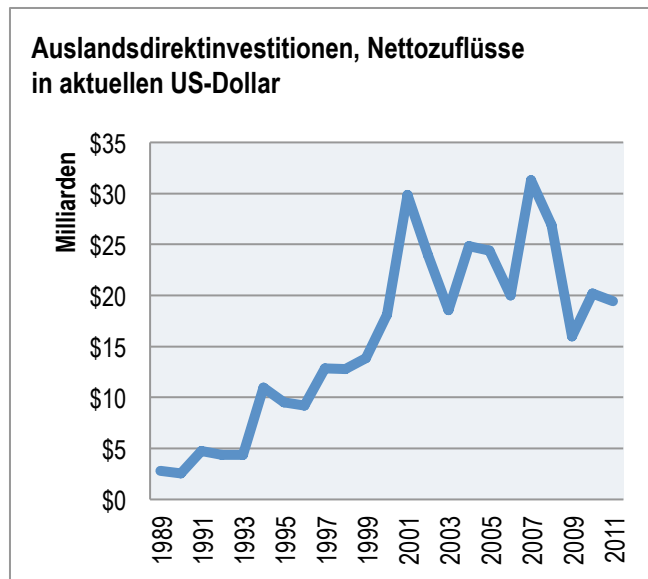


Abbildung 2: Auslandsdirektinvestitionen, Nettozuflüsse in US-Dollar (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten: <http://data.worldbank.org/country/mexico> [Zugriff: 13.7.2012])

Die Daten beziehen sich auf Nettoinvestitionszuflüsse, die auf eine Kontrollposition bzw. Mitsprache im Unternehmen abzielen. Konkret bedeutet dies ein Mindeststimmrecht von 10 % im Unternehmen. Die Daten sind in aktuellen US-Dollar angegeben (vgl. Weltbank 2012).

Das Platzen der New Economy Blase im Jahr 2000 zeigt ihre Auswirkung in den sinkenden Investitionszahlen der Folgejahre. Bis zur nächsten Finanzkrise erholen sich die Investitionen und steigen 2007 auf einen Wert von über 30 Mrd. US-Dollar. Ein erneuter Abfall der Investitionen auf knapp die Hälfte (16 Mrd. US-Dollar) ist die Folge der schweren US-Bankenkrise 2008.

Hauptinvestitionsziel der Auslandsdirektinvestitionen sind das verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungssektor, vernachlässigt werden Investitionen in den Landwirtschaftssektor, welche auf dem niedrigen Niveau von 2,1 % (1992/93) bleiben (vgl. Nunnenkamp 2000: 138). Die höchste Steigerung von Direktinvestitionen findet sich Anfang der 1990er im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Sie haben sich von 15 % (1988/89) auf 32,5 % (1992/93) verdoppelt.

2010 gehen 60 % der mexikanischen Auslandsdirektzuflüsse in die verarbeitende Industrie, 14,2 % in den Handel und zu 13,8 % in den Finanzdienstleistungssektor. Im Jahr 2010 wird die mexikanische Brauerei Cuauhtemoc-Moctezuma im Gesamtwert von 7 Mrd. US-Dollar von der niederländischen Firma Heineken übernommen. (vgl. CEPAL 2012). Dies macht einen beträchtlichen Teil der gesamten Auslandsdirektinvestitionen im Jahr 2010 aus. Die Investition ist lediglich auf einen Eigentümerwechsel beschränkt und schafft kaum produktive Entwicklung. Dies ist nur eines von vielen Beispielen für Direktinvestitionen in Mexiko, die zu keiner Ausweitung des Produktivsektors führen.

Im industriellen Bereich wird in folgenden Sektoren besonders stark investiert: Automobilteile, elektronisches Equipment, Chemie, Nahrungsmittel, Tabak und Getränke (vgl. Nunnenkamp 2000: 138). Der Kapitalimport bringt kaum neue Arbeitsplätze.

Bestehende Unternehmen werden gekauft und ihre Produktion rationalisiert (vgl. Toussaint 1999: 216). Die größten Investitionsvolumina kommen aus den Vereinigten Staaten (vgl. Dussel 2000: 119ff).

Mit der Volksrepublik China ist Mexiko bereits einer großen Konkurrenz in Exportsektoren wie Elektronikteile, Automobil, etc. ausgesetzt. Dies hat eine Reduktion der produktiven Investitionen zur Folge (vgl. Peterson 2012: Ö1-Interview).

Zum Unterschied der Portfolioinvestitionen haben FDIs einen direkten Einfluss auf den produktiven Sektor. Sie können Einfluss auf das Produktivitätswachstum sowie das Bruttoinlandsprodukte nehmen. Die FDIs der 1990er in Mexiko konzentrieren sich vermehrt auf den Erwerb von staatlichen Unternehmen und Banken. Es kommt also lediglich zu einem Eigentümerwechsel und bringt keine produktive Entwicklung, wie eine steigende Binnennachfrage oder Produktivitätswachstum. Im Zentrum stehen die fiktiven Werte (Aktienkurse), die den „Wert“ der Unternehmen determinieren sollen (vgl. Studart 2006: 185).

Anziehungspunkte für Direktinvestitionen sind die Größe und das Wachstumspotenzial des mexikanischen Marktes, die niedrigen Arbeitsstückkosten sowie die hohe Qualität der Arbeit. Mit diversen bilateralen Freihandelsabkommen und dem NAFTA-Abkommen verfügt Mexiko über eine strategisch gute Lage (vgl. Dussel 2000: 123). Dies lässt darauf schließen, dass amerikanische Firmen aufgrund von niedrigen Arbeitslöhnen, aufgrund der Aufhebung von Handelsbeschränkungen sowie aufgrund der Vergabe von staatlichen Garantien für FDIs unter NAFTA und aufgrund des Schutzes geistigen Eigentums investieren (vgl. Dussel 2000: 123). Den internationalen InvestorInnen bietet das NAFTA-Abkommen einen scheinbar sicheren institutionellen Rahmen (vgl. Singh 1999: 46). Einen weiteren Grund für die großen Investitionsvolumina sieht Singh in der Rückkehr der mexikanischen InvestorInnen nach der Schuldenkrise der 1980er (vgl. Singh 1999: 46).

Hohe Investitionsvolumina von Seiten der TNK in Form von FDIs erhöhen die politische und ökonomische Macht der Konzerne. US-Konzerne gewinnen massiven Einfluss in der mexikanischen Politik. Sie sind in den dynamischen Sektoren der mexikanischen Wirtschaft präsent und verzeichnen insgesamt einen hohen Anteil am BIP. Weitere wichtige Sektoren für FDIs sind außerdem energiebasierte Sektoren, wie Petrochemie, Gasvertrieb sowie Finanz-, Handels- und Verkaufsdienstleistungen (vgl. Dussel 2000: 139).

3.2.3.2 Tequila-Krise – Dezember 1994

Wie im Theorieteil bereits ausführlich erläutert, ist ein besonderes Merkmal der fiktiven Kapitalakkumulation ihre große Instabilität. In Mexiko findet sie ihren Ausdruck in der Finanzkrise 1994/95. Hier möchte ich einen kurzen Überblick über die Ursachen und den Verlauf der Finanzkrise im Dezember 1994 geben. Eine weitere Analyse der Ursachen wird später im Abschnitt der geld- und währungspolitischen Regulation Mexikos erläutert.

Ursachen

Die makroökonomischen Indikatoren kurz vor der Krise hält Dieter Boris für relativ passabel. Er stellt sich also die Frage, welche die wahren Ursachen der Krise sind: neoliberale Reformen, Zufall, oder innenpolitische Faktoren (vgl. Boris 2000: 21). Zufall scheidet für Boris als mögliche Option aus und innenpolitische Einflüsse, wie Korruption oder Missmanagement, sind nur unzureichende Gründe, um diese strukturelle Krise zu erläutern, so Boris (2000: 34). Politische Faktoren wie fehlende Transparenz oder Demokratie können zwar eine gewisse Plausibilität zugesprochen werden (zum Beispiel sind nur ungenügend Informationen über den Bestand der Devisenreserven verfügbar), allerdings argumentiert Boris (2000: 34), dass auch in einer transparenteren Demokratie die von Salinas durchgeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen möglich wären.

Die informelle Dollarisierung spielt außerdem eine bedeutende Rolle. Der Handel in Fremdwährung ist bis zum Jahr 1991 nur Firmen im Norden Mexikos an der US-Grenze erlaubt. Später fällt diese Restriktion und alle mexikanischen Unternehmen können ihre Konten in US-Dollar führen. Mexikanische Wertpapiere werden bereits in Fremdwährung emittiert. Die in US-Dollar indizierten mexikanischen Schatzbriefe (Tesobonos) verfügen über eine kurze Laufzeit von ein bis drei Monaten und substituieren zunehmend die Peso-Wertpapiere. (vgl. Penido, Magalhães 2000: 56)

1993 vergrößert sich das Leistungsbilanzdefizit auf 6–7 % des BIP. Finanziert wird es großteils mit Kapitalimport und mexikanischen Währungsreserven. Die instabile makroökonomische Lage verunsichert die AnlegerInnen und erfordert extrem hohe Zinsen um Kapital im Land zu halten, so werden die Zinsen für die mexikanischen Anleihen CETES und Tesobonos (Bonos del Tesoro) erhöht. Zusätzlich werden Garantien über eine gewisse Rendite zu einem fixen Peso-Dollar-Wechselkurs vergeben (vgl. Moreno-Brid, Ros 2004: 51f).

Das Scheitern des fixen Wechselkursregimes in Mexiko sieht Fodors außerdem mit einem labilen mexikanischen Bankensystem in Verbindung (2001: 15ff). Die Fremdwährungsverschuldung (Tesobonos und ausländische Kredite), bei gleichzeitig kurzen Anlagefristen, erschwert die finanzielle Situation. Das mexikanische Bankensystem und deren Finanzierungsstruktur über Auslandsverbindlichkeiten in Fremdwährung mit kurzen Laufzeiten ist ein weiterer Auslöser der Finanzkrise. Das fixe Wechselkursregime spielt eine tragende Rolle. Eine Abwertung scheint politisch bis Dezember 1994 unmöglich. Die internationalen Währungsreserven Mexikos schmälern sich kontinuierlich, um die Wechselkursparität aufrecht zu erhalten.

Das steigende Misstrauen der AnlegerInnen führt zu einer Verkaufswelle der in Fremdwährung indexierten Tesobonos. Die Währungsreserven reichen nicht aus, um der Kapitalflucht stand zu halten (vgl. Pendio, Magalhães 2000: 59).

Für die Krise auf dem mexikanischen Finanzmarkt macht Grabel (1996: 1768) neben den finanzwirtschaftlichen Ursachen noch die Chiapas-Revolution sowie die Ermordung des mexikanischen Präsidentschaftskandidaten verantwortlich. Auch für Singh (1999: 50) hat die Zuspitzung der Ereignisse 1994 weitere Gründe: Erstens steigen die Zinsen in den USA wieder; zweitens überschlagen sich die innenpolitischen Ereignisse, die das Vertrauen der AnlegerInnen ins Wanken bringen. Die Zapatisten kämpfen in Chiapas gegen die neoliberalen Reformen und die Ungleichverteilung der Einkommen.

Meines Erachtens können diese politischen Ereignisse nur einen weiteren Beitrag zu den bereits instabilen Verhältnissen beitragen. Die Vorkommnisse sind im Kontext einer bereits äußerst instabilen ökonomischen Struktur zu betrachten. Die mexikanische Wirtschaft baut zu diesem Zeitpunkt auf kurzfristige Investitionen von AnlegerInnen, die auf schnelles gewinnbringendes Kapital fokussieren. Sie investieren kaum in produktive Investitionsprojekte der heimischen Industrie, sondern spekulieren am Finanzmarkt mit unterschiedlichen Finanzprodukten, die sie jederzeit wieder verkaufen können. Portfolioinvestitionen machen einen Großteil des Investitionskapitals aus und sind auf eine Laufzeit von wenigen Monaten beschränkt. Das Wechselkursregime ist ein weiterer wichtiger Faktor dieser Krise und wird in den folgenden Kapiteln erläutert.

Auswirkungen

Mit Ernesto Zedillos Wahlsieg kommt es zu einer sofortigen Abwertung des Pesos. Die Abwertung erhöht die Verunsicherung der AnlegerInnen und die Flucht aus den

mexikanischen Staatsanleihen scheint vorprogrammiert. Die AnlegerInnen geraten in Panik und die zunehmende Kapitalflucht führt zu einem weiteren Wertverlust des Pesos. Innerhalb von drei Monaten verliert der Peso 50 % seines Wertes gegenüber dem US-Dollar. Zur Krisenbekämpfung gibt die mexikanische Zentralbank Anleihen (Tesobonos) im Wert von 29 Mrd. US-Dollar aus. Diese sind wiederum in US-Dollar indiziert. (vgl. Singh 1999: 52)

Zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeiten werden Kredite im Gesamtwert von ca. 50 Mrd. US-Dollar benötigt (vgl. Sangmeister 2000: 2). Für den Bail-out Mexikos investieren die USA 20 Mrd. US-Dollar; 30 Mrd. Dollar werden von IWF, Weltbank und den restlichen G7-Staaten finanziert (vgl. Singh 1999: 52f). Die Verschuldung steigt somit schlagartig um 20 % des BIP an (vgl. Morendo-Brid, Ros 2004: 51f). Die Abwertung führt dazu, dass der Schuldenberg in US-Dollar um ein Vielfaches ansteigt (vgl. Pendio, Magalhães 2000:59). Der IWF bindet die Kreditvergabe an die Zustimmung zu Austeritätsmaßnahmen (vgl. Babb 2005: 253). Die Kredite werden für die Zahlung der ausstehenden Zinsen und Tilgung der Schuldverschreibungen verwendet; allein 12 Mrd. Dollar für die Begleichung der mexikanischen Tesobonos (vgl. Singh 1999: 52f). Die Erdöleinnahmen der staatlichen Ölfirma PEMEX werden als Sicherheit der Kredite an die USA verpfändet (vgl. Grabel 1996: 1770). Im Fall einer Zahlungsverzögerung können die USA auf die Erdöl-Reserven Mexikos zurückgreifen. 1997 zahlt Mexiko die Verpflichtungen vollständig zurück (vgl. Toussaint 1999: 215). Die Verpfändung der Erdöleinnahmen für Hilfskredite der USA, IWF und BIZ lassen das strategische Interesse der internationalen Akteure in Mexiko deutlich werden. Für die USA gilt es, die Interessen der US-amerikanischen AnlegerInnen zu vertreten. Es wird versucht, den NAFTA-Prozess nicht zu gefährden und die entstandenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen USA und Mexiko stabil zu halten (vgl. Boris 2000: 40ff).

Der Bail-Out wird vom US-amerikanischen Finanzsekretär Robert Rubin, der einst in der Führungsriege der Goldman Sachs Investmentgesellschaft, die in Mexiko die Privatisierung des Telekomsektors vornimmt, propagiert (vgl. Singh 1999: 56).

Dussel merkt die Inkohärenz des Bail-Outs zur Liberalisierungsstrategie Mexikos an. Der Staat übernimmt ein großes Volumen an faulen Krediten des Finanzsektors und besichert diese im Gesamtausmaß von knapp 20 % des BIP (vgl. Dussel 2000: 54).

Ohne die Zahlungen des US-amerikanischen Finanzministeriums und der Finanzspritzen internationaler Geldgeberorganisationen (IWF, Weltbank, BIZ) hätte Mexiko kaum die in Dollar notierten Tesobonos bedienen können. Möglicherweise wäre es zu einem

Vertrauensverlust in das mexikanische Finanzsystem gekommen, eine schnelle Erholung des Systems wäre jedoch denkbar. Der Bail-out Mexikos führt gewiss zu einer stärkeren Abhängigkeit von Auslandskapital und zum massiven Anstieg der Auslandsverschuldung. Diesbezüglich gibt es Kritik von Seiten der US-SteuerzahlerInnen sowie mexikanischen NGOs und der Zivilgesellschaft (vgl. Singh 1999: 53ff). Die Folgen der Krisen sind die Erhöhung der Steuern, Ausgabenkürzungen im Sozialbereich, hohe Zinsraten und Reallohnsenkungen (vgl. Singh 1999: 57).

3.2.3.3 Von der produktiven zur fiktiven Akkumulation

In Mexiko kommt es zwar zu hohen Kapitalflüssen, weniger aber im produktiven als im fiktiven Bereich der mexikanischen Ökonomie. Die Investitionen sind nicht für den Aufbau der Industrie bestimmt, sondern das Kapital akkumuliert sich auf dem mexikanischen Finanzmarkt, so Singh (1999: 46).

In bestimmten Phasen erfährt aber auch die Exportproduktion einen Teil der Auslandsdirektinvestitionen, die Löhne bleiben allerdings auf einem niedrigen Niveau und vernachlässigen die binnenwirtschaftliche Nachfrage. Die produktive Entwicklung scheint außerdem zu gering zu sein, um genügend Arbeitsplätze zu schaffen. Migration oder Arbeit im informellen Sektor sind die Optionen der mexikanischen Bevölkerung; so erfahren informelle Jobs im Sicherheitsbereich und Drogenhandel regen Zuspruch (vgl. Ceceña 2012: Ö1-Interview).

In den letzten beiden Jahrzehnten ist in Mexiko der produktive Sektor von 34,7 % (1988) auf 23,8 % (2008) des BIP gesunken. Der Industriesektor nimmt um sechs Prozent des BIP ab, so eine Studie von Dussel (2009: 289). Finanzmarktinvestitionen lösen die Anlagen im produktiven Bereich ab (vgl. French-Davis 2010: 23).

Das Finanzkapital gewinnt zunehmend an Macht. Die Konzentration des Kapitals an der mexikanischen Börse ist beachtlich: 10 Gruppen halten über 2/3 des mexikanischen Börsekapitals (vgl. Toussaint 1999: 216). Laut Zeller ist die Konzentration des Kapitals bei institutionellen Anlegern, wie Versicherungen, Investment-, Anlage- und Pensionsfonds sowie Banken, besonders hoch (vgl. Zeller 2004: 327). Auslandskapital nimmt eine Machtposition in der mexikanischen Ökonomie ein und kann auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen (vgl. Zeller 2004: 326f). Die Transformation zu einer fiktiven Kapitalakkumulation wird von geopolitischen Interessen transnationalen Kapitals geleitet (vgl. Salinas-Callejas 2010: 402). Die Öffnung Mexikos macht die zuströmenden

Kapitalflüsse und Investitionen unübersichtlich und kann ihre destabilisierende Wirkung für die mexikanische Ökonomie nicht verleugnen (vgl. Ibarra 2005: 58). Die Profite aus den Finanzgeschäften fließen großteils wieder in den Finanzkreislauf zurück, anstatt eine produktive Entwicklung im Land zu fördern (vgl. Zeller 2004: 328).

Becker sieht vor allem eine Instabilität der mexikanischen Ökonomie in der Übernahme von mexikanischen Schlüsselsektoren durch ausländisches Anlagekapital (vgl. Becker 2011: 5f). Ffrench-Davis erklärt die Instabilität im produktiven Sektor durch die prozyklischen Finanzflüsse, die in Zeiten der Konjunktur massiv ansteigen und bei beginnender Wirtschaftsflaute schnell abgezogen werden. Für eine nachhaltige Entwicklung des Produktivsektors sind jedoch geradezu antizyklische Finanzströme von Nöten (vgl. Ffrench-Davis 2010: 15).

Die Gestaltung der Währungs-, Geld- und Finanzmarktpolitik wird zugunsten der KapitaleigentümerInnen ausgelegt. Diese Politiken werden im folgenden Kapitel der monetären Restriktion einer genaueren Analyse unterzogen.

Exkurs: Privatisierung sozialer Absicherung

In den letzten Jahren sind die Finanzmärkte von der Kapitalisierung sozialer Sicherungssysteme geprägt. Auch Mexiko hat bereits einen großen Teil seines Pensionssystems kapitalisiert. Damit steht ein immer größeres zu veranlagendes Kapital den Investmentfirmen zur Verfügung. Bereits 15–20 % der Gelder kommen aus privaten Pensionsversicherungssystemen. (vgl. Singh 1999: 38)

Dies kurbelt die fiktive Akkumulation zusätzlich an. Pensionsfonds, Investmentfonds und Lebensversicherungen gehören zu den größten institutionellen Anlegern und vermehren die Finanzmarktaktivitäten in Mexiko erheblich. Die soziale Absicherung der mexikanischen ArbeitnehmerInnen liegt in der Hand ausländischer Großbanken, die auf den internationalen Finanzmärkten hohe Renditen zu erzielen versuchen. Die Kapitalisierung des Pensionssystems versetzt die ArbeitnehmerInnen in die Position von FinanzinvestorInnen und führt letztendlich dazu, dass eine breite Masse der Zivilgesellschaft die Interessen der KapitalanlegerInnen vertritt (vgl. Zeller 2004: 327). LohnarbeiterInnen sehen somit die Möglichkeit, am Finanzmarkt eine hohe Rendite zu erzielen.

3.3 Monetäre Restriktion in Mexiko seit 1988

Das Geldverhältnis wird in dieser Arbeit in drei Kapitel gegliedert. Der erste Abschnitt befasst sich mit der Währungs- und Wechselkurspolitik, wobei die Wahl des Wechselkursregimes und die Währungsbewertung im Vordergrund stehen. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Geldregime, im speziellen mit der mexikanischen Zins- und Inflationspolitik. Das letzte Kapitel analysiert die Verschuldungssituation Mexikos sowie Veränderungen der Rahmenbedingungen im Finanz- und Bankensektor.

3.3.1 Währungs- und Wechselkurspolitik in Mexiko

In diesem Abschnitt wird die Währungs- und Wechselkurspolitik Mexikos der letzten beiden Jahrzehnte erläutert. Ein wichtiger Punkt ist die Wahl des Wechselkursregimes, welches von einer fixen Anbindung der Währung bis zu einem freien Floaten des Wechselkurses reicht. Das Wechselkursregime bestimmt die Währungsbewertung maßgeblich mit, die auf die makroökonomische Entwicklung Mexikos wirkt. Des Weiteren wird in diesem Teil der Arbeit die Frage eines einheitlichen Währungsraums mit den USA, also einer formellen bzw. informellen Dollarisierung Mexikos diskutiert. Die Betrachtung der Tequila-Krise aus wechselkurstheoretischer Sicht bildet den Abschluss des Kapitels.

3.3.1.1 Fixe Wechselkurse in Mexiko

Die hohen Inflationsraten und die generell instabile Phase nach der Zahlungsunfähigkeit Mexikos 1982 veranlasst die mexikanische Politik den nominellen Wechselkurs an den US-Dollar zu binden (vgl. Dussel 2000: 51f). Dies ist ein zentraler Punkt des Solidaritätspakts 1987. Der Solidaritätspakt wird unter Miguel de la Madrid (PRI) im Zuge einer Neugestaltung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik beschlossen. Die Währungen der lateinamerikanischen Staaten werden oft als „weiche Währungen“ bezeichnet; das heißt, ihnen wird eine geringere Stabilität des Außenwertes zugeschrieben (vgl. Studart 2006: 182). Die Anbindung des nominellen Wechselkurses an den US-Dollar soll stabilitätsfördernd wirken. Sie zeigt eine schnelle Wirkung und dämpft die Inflation zwischen 1987 und 1989 stark ein. Der fixe Wechselkurs ist allerdings mit einem kontinuierlichen Aufwertungsdruck des mexikanischen Pesos verbunden (vgl. Schnatz 1996: 19). Gesellschaftspolitisch bleibt der Solidaritätspakt unbeliebt und wird 1989 zum „Pacto para la Estabilidad y el Crecimiento Economico“ umgewandelt. Der Entwicklungsplan unter Salinas de Gortari sieht im Bereich des Wechselkursregimes ein Crawling-Peg-System vor (vgl. Bea 1995: 104f). Im Jänner 1989 unterwirft sich Mexiko diesem Soft-Peg, eine leichte Form der monetären Anbindung mit begrenzt veränderbaren Wechselkursen. Das Crawling-Peg System sieht eine tägliche

Abwertung um einen Peso vor. 1990 sind es nur mehr 0,8 Pesos täglich; 0,4 Pesos pro Tag 1991 und 0,2 bis Oktober 1992. Bis zur Finanzkrise 1994 steigen die Abwertungsraten noch gering bis 0,4 Pesos pro Tag (vgl. Galindo, Ros 2009: 159). Es wird eine geringe Schwankungsbreite für den Peso-Dollar Kurs eingerichtet. Die minimalen Abwertungsraten gegenüber dem Dollar liegen kontinuierlich unter der Inflationsdifferenz zwischen den USA und Mexiko (=aktiver Crawling Peg) (vgl. Schnatz 1996: 19). Die Inflation wird durch einen steigenden realen Wechselkurs verringert und führt so zur Aufwertung des Pesos (vgl. Schweikert 2000: 67; Galindo, Ros 2009: 159).

Die Anbindung der Währung dient dazu, das Vertrauen in die mexikanische Ökonomie zu stärken und Mexiko als attraktiven Finanzanlageort zu etablieren. Eine eigenständige Geldpolitik wird damit aufgegeben (vgl. Ibarra 2005: 57).

Unter dem Bretton-Woods-System (bis 1973) werden fixe Wechselkurse vereinbart, allerdings sind mittels Kapitalverkehrskontrollen die spekulativen Attacken gegen die Währung gering. Mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs verliert Mexiko ein bedeutendes Instrument der Währungsstabilisierung. Die Verteidigung des nominellen Währungsankers ohne Kapitalverkehrsbeschränkungen ist mit einem hohen Einsatz von Devisenreserven verbunden, um den fixen Wechselkurs zu verteidigen (vgl. Foders 2001: 15ff). Diese Form der Fixierung ist meist mit einem enormen Anstieg der externen Verschuldung sowie steigenden Leistungsbilanzdefiziten verbunden (vgl. Becker 2007b: 268). Dies liegt darin begründet, dass die Zentralbank das Haushaltsdefizit nicht durch frisches Geld finanzieren kann. Fiskalpolitisch wird meist der Weg über eine Reduktion der Staatsausgaben gewählt (vgl. Foders 2001: 15ff).

Die Entwicklung Mexikos zeigt die Unvereinbarkeit des in der Theorie beschriebenen Trilemmas der Wechselkursregimes. Nach Mundell und Flemming können lediglich zwei der drei wechselkurspolitischen Ziele (feste Wechselkurse/autonome Geldpolitik/freier internationaler Kapitalverkehr) erfüllt werden. In Mexiko wird bis 1994 die autonome Geldpolitik aufgegeben. Legitimiert wird dieser Souveränitätsverlust zumeist mit dem Argument der Inflationseindämmung.

3.3.1.2 Der optimale Währungsraum – formelle und informelle Dollarisierung

Mit dem NAFTA-Abkommen 1994 beginnen Überlegungen einer gemeinsamen Währungsunion. Diese hätte eine Senkung des Wechselkursrisikos zur Folge und würde die Transaktionskosten im Handel vermindern (vgl. Gruben, Koo 2006: 79).

Wie in der Theorie ausführlich erläutert, wird eine Vereinheitlichung des Währungsraums bei ähnlichen Konjunkturzyklen und hoher Arbeitsmobilität von einigen ÖkonomInnen empfohlen. Der steigende Handel zwischen den USA und Mexiko führt allerdings eher zu einer Spezialisierung und zeigt kaum eine Konjunkturangleichung. Trotz der historischen Bedeutung des Handels zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten kann man nicht von ähnlichen Konjunkturzyklen sprechen, so Gruben und Koo in ihrer Analyse (2006: 83).

Die *informelle* Dollarisierung verstärkt sich durch den steigenden Vertrauensverlust in die nationale Währung. Zur Dollarisierung Mexikos tragen die hohe Arbeitsmigration und die Rücküberweisungen der im Ausland lebenden Bekannten und Familienmitgliedern (Remittances) bei (vgl. Becker 2007b: 227).

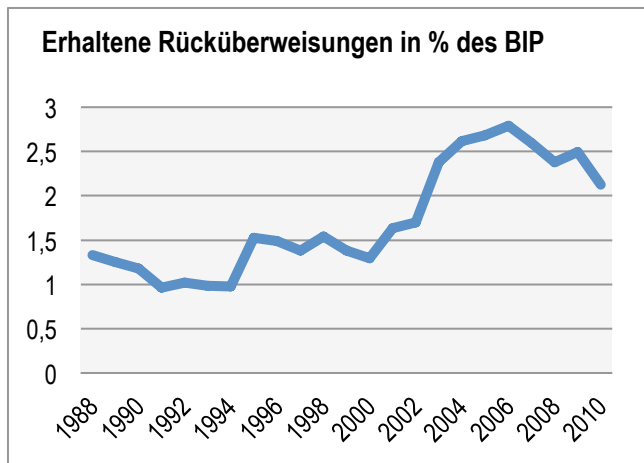


Abbildung 3: Erhaltene Rücküberweisungen in % des BIP (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten: <http://data.worldbank.org/country/mexico>) [Zugriff: 13.7.2012]

Zu den Rücküberweisungen werden Zahlungseingänge von MigrantInnen im Herkunftsland aufgezeichnet, die ihren Wohnsitz mind. ein Jahr unabhängig vom Aufenthaltsstatus im Ausland haben oder deren Absicht ein längerer Aufenthalt als ein Jahr ist bzw. deren Wohnsitz weniger als ein Jahr im Zielland war (vgl. Weltbank 2012).

Die erhaltenen Rücküberweisungen steigen vor allem in den 1980ern massiv an. Sie schwanken in den 1990er Jahren zwischen 1 % und 1,5 % des BIP. Bis zum Jahr 2006 steigen sie auf 2,78 % des BIP und erreichen eine relevante Größenordnung.

Nicht nur der Privatsektor erfährt eine zunehmende Dollarisierung, sondern auch öffentliche Schulden (Anleihen) werden in US-Dollar gehandelt. Die Dollarisierung der öffentlichen Schulden trägt zur Instabilität des Währungs- und Finanzsystems bei, so Siegman (vgl. 1996: 32).

In Mexiko kommt es zu keiner vollkommenen Dollarisierung, allerdings ist die informelle Dollarisierung nicht zu unterschätzen. Fremdwährungskredite und der rege Handel mit US-Dollar sind ein Zeichen dafür. Die Etablierung einer Zweitwährung entzieht der mexikanischen Zentralbank entsprechende Handlungskompetenz und ist dadurch nur beschränkt in der Lage, die Ökonomie liquide zu halten.

Das Exportkapital stellt eine Kraft dar, das in einer Ökonomie gegen eine vollkommene Dollarisierung wirken kann (vgl. Becker 2007b: 268). Mit einer Abwertungsoption hat der Exportsektor bessere Chancen auf ausländischen Märkten und ist im Inland geringerer Importkonkurrenz ausgesetzt.

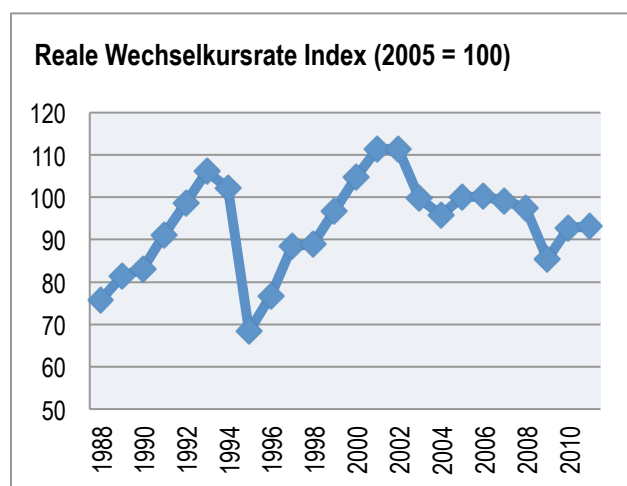
3.3.1.3 *Flexibles Wechselkursregime*

Mit der schweren Finanzkrise 1994 fällt die fixe Wechselkursparität in Mexiko. Unter Präsident Ernesto Zedillo wird ein System der flexiblen Wechselkurse eingeführt (vgl. Boris 2000: 27f). Mexikos währungspolitische Strategie ist zu einem „Managed Floating“ übergegangen (vgl. Foders 2001: 43). Das „Managed Floating“ soll den AnlegerInnen eine mögliche Abwertung verdeutlichen und so übermäßige Kapitalzuflüsse, vor allem spekulativer Art verhindern (vgl. Nafziger 2012: 619).

Teile der mexikanischen Industrie können sich mit dem globalen Produktionsnetzwerk verbinden. Diese können relativ unabhängig von Wechselkursschwankungen agieren, weil der Handel in US-Dollar abgewickelt wird. In der Maquiladora-Industrie sowie in anderen Exportsektoren der Automobil und Elektronikbranche findet nur eine geringe Vernetzung zum mexikanischen Binnenmarkt statt. Dies macht jene Sektoren unabhängig von der binnenwirtschaftlichen Entwicklung Mexikos (vgl. Dussel 2000: 137).

3.3.1.4 *Währungsbewertung*

Die reale Aufwertung des Wechselkurses beginnt für Dussel im Jahr 1988. Die Strategie, die Inflation mittels Wechselkursfixierung unter Kontrolle zu bringen, führt zu diesem Aufwertungsdruck. Eine Abwertung des Pesos bei bestehenden hohen Importquoten hätte einen Preisanstieg hervorgerufen und die Inflation angekurbelt (vgl. Dussel 2000: 79).



Der Peso steigt also bis 1994, verliert im Zuge der Finanzkrise an Wert und beginnt bereits 1996 wieder zu steigen. Der Peso erfährt bis zum Jahr 2002 eine stetige Aufwertung und pendelt sich ab 2002 auf einem hohen Niveau ein.

Abbildung 4: Reale Wechselkursrate Index 2005 = 100 (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten : <http://data.worldbank.org/country/mexico>) [Zugriff: 13.7.2012]

Die reale Wechselkursrate ergibt sich aus dem nominellen effektiven Wechselkurs, bereinigt durch den Preisdeflator (vgl. Weltbank 2012).

Aufgrund eines anfangs unterbewerteten Pesos (Anfang der 1980er Jahre) und der Produktivitätssteigerungen meinen einige AnalystInnen, dass Mexiko dazu in der Lage war, einen beträchtlichen Teil der Aufwertung des Pesos zu absorbieren. So sieht Buira die Aufwertung teilweise kompensiert durch Verbesserungen in der totalen Faktorproduktivität. Laut seinen Berechnungen führt der verstärkte Wettbewerb der handelbaren Güter zu einem merklichen Anstieg der Arbeitsproduktivität, jährlich um 6,7 % zwischen 1991 und 1994 (vgl. Buira 1996: 15ff).

Unbestreitbar scheint allerdings, dass der Peso im Laufe der Zeit eine Überbewertung erfährt. 1994 hat die Währung einen beträchtlichen Teil an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt und ein großes Leistungsbilanzdefizit hinterlassen (vgl. Siegman 1996: 28). Die Importe wachsen über die Exporte hinaus; die Importquoten für Konsumgüter steigen von 4,1 % auf 12 % (vgl. Boris 2000: 38f/24). Selbst die Beschäftigung im industriellen Sektor nimmt ab. Der Sektor der handelbaren Güter ist durch den fixen Wechselkurs und international kaum flexible Preise beschränkt (vgl. Siegman 1996: 28). Im Bereich nicht handelbarer Güter (Gesundheitswesen, Immobilien, Transport und Logistik) kommt es kaum zu technologischen Fortschritten; eine Folge dieser Entwicklung ist die natürliche Aufwertung der Währung. Steigende Auslandskapitalzuflüsse erhöhen das Angebot an Fremdwährung am heimischen Finanzmarkt und führen zu einer realen Aufwertung (vgl. Buira 1996: 15). Die Liberalisierung hat also über eine veränderte Handelspolitik zu einer Überbewertung der Währung geführt. Die kontinuierlichen Kapitalzuflüsse haben es ermöglicht, die Währung überbewertet zu halten, so Dussel (2000: 79). Die Höhe der Kapitalzuflüsse, die ein Staat produktiv verarbeiten kann, hängt von seiner ökonomischen Kapazität ab (vgl. Studart 2006: 184). Die Kapitalzuflüsse hätten produktiv genutzt werden müssen, um eine nachhaltige Stabilität zu gewährleisten, so Boris (2000: 38f). Anstatt dessen wird den Kapitalströmen ein starker Konsumbias zugeschrieben. Das zuströmende Auslandskapital wird für Güterimporte und die Akkumulation von internationalen Währungsreserven bzw. für die Rückzahlung der Schulden und Zinsen verwendet (vgl. Ruiz-Nápoles 1996: 57). Diese Währungspolitik widerspricht der exportorientierten Wachstumsstrategie, so Dussel (2000: 79).

Exkurs: Dilemma einer Abwertung

Aus ökonomischer Perspektive kann eine Abwertung durchaus kritisch betrachtet werden. Die hohen Importquoten Mexikos hätten zu einer Verteuerung der Zulieferprodukte geführt und langfristig keine verbesserte Konkurrenzfähigkeit gebracht, meint Boris (2000: 31). Becker betont allerdings, dass die Abwertung der nationalen Währung ein Schlüsselmoment der

produktiven Wende sei, da zwar Importteile für die Produktion teurer würden, es allerdings zu einer stärkeren Inlandsnachfrage kommen könne (vgl. Becker 2011: 5f). Die Wirkung einer Abwertung hängt von den jeweiligen Sektoren ab: je größer der Anteil der importierten Vorleistungen, umso geringer die Auswirkung einer Abwertung auf den jeweiligen Sektor. Aus politischer Sicht hätte es für Präsident Salinas fatale Folgen gehabt. Seine Popularität beruht auf einer niedrigen Inflation und billigen Dollars (vgl. Boris 2000: 31f).

Leistungsbilanzdefizit als Indikator der Währungsbewertung

Während der 1980er Jahre ist die Abwertung des Pesos gegenüber dem US-Dollar eine gängige wirtschaftspolitische Maßnahme. Mexiko versucht mit den steigenden Inflationsunterschieden zu den USA mitzuhalten und erwirtschaftet positive Ergebnisse in der Leistungsbilanz.

Die Fixierung des Wechselkurses führt, wie bereits erläutert, zu einer Überbewertung des Pesos. Als ein Indikator der überbewerteten Währung gilt das Leistungsbilanzdefizit. Die Überbewertung lässt die heimische Exportindustrie an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen, während Importe immer günstiger werden. Dies führt schließlich zu einem Anstieg des Leistungsbilanzdefizits (im Schnitt 6,7 % zwischen 1990 und 1994) (vgl. Banco de México nach Buira: 12 – Chart 1 und 2).

Das Leistungsbilanzdefizit übt Druck auf die Währung aus. Es kommt zu einem akuten Abfluss von Devisenreserven, um die Währungsparität aufrecht zu erhalten (vgl. Boris 2000: 26).

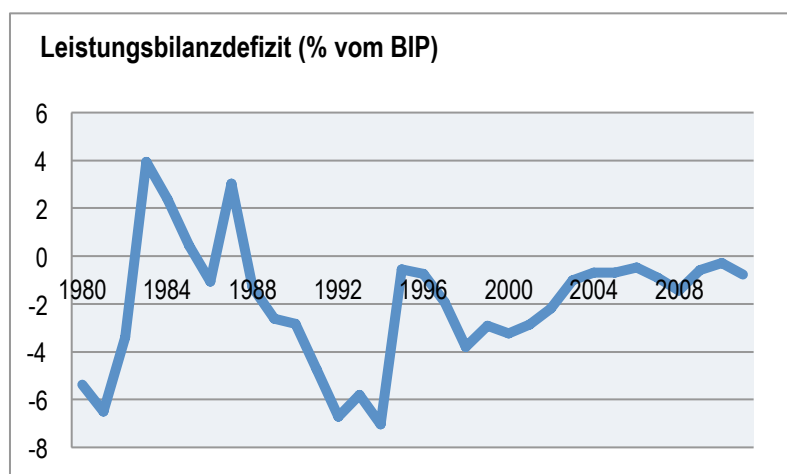


Abbildung 5: Leistungsbilanzdefizit in (% des BIP) (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten: <http://data.worldbank.org/country/mexico>) [Zugriff: 13.7.2012]

Nach den Berechnungen der Weltbank zeigt das Leistungsbilanzdefizit die Summe der Netto-Exporte, Dienstleistungen, Nettoeinkommen und Netto-Transfers (vgl. Weltbank 2012).

Im Jahr 1994 beträgt das Leistungsbilanzdefizit rund 7 % des BIP, das sind 30 Mrd. US-Dollar. Finanziert wird es mit volatilen Auslandsverbindlichkeiten (vgl. Siegman 1996: 32). Die starke Abhängigkeit von Fremdkapital führt generell zu einer höheren Instabilität der

Ökonomie, im speziellen bei kurzfristigen spekulativen Portfolioinvestitionen (vgl. Martinez 2010: 390ff).

Ohne Abwertungsoption wird das Defizit durch eine sinkende Binnennachfrage (sinkende Reallöhne) korrigiert (vgl. Vernengo 2006: 250).

Das Leistungsbilanzdefizit verzeichnet auch nach der Finanzkrise einen wiederkehrenden Anstieg (siehe Grafik). Dies spricht für eine Weiterführung der Überbewertungsstrategie auch in den Folgejahren der Krise.

Galindo und Ros zeigen in einem ökonometrischen Modell die langfristig negativen Effekte einer realen Aufwertung des Pesos auf das Wirtschaftswachstum in Mexiko. Die reale Wechselkursrate bestimmt demnach die Inflation und das Wirtschaftswachstum mit. Als weitere Einflussfaktoren des BIPs sehen sie Investitionen sowie den US-Output (vgl. Galindo, Ros 2009: 163ff). Die mexikanische Ökonomie ist maßgeblich von der US-amerikanischen Konjunktur beeinflusst.

3.3.1.5 Die Tequila-Krise aus wechselkurs-theoretischer Sicht

Die Aufrechterhaltung der Wechselkursparität des in Bedrängnis geratenen Pesos scheint sich auf folgende Möglichkeiten zu beschränken: Die Durchführung einer restriktiven Fiskal- und Geldpolitik, die Verwendung von Fremdwährungsreserven, die Aufnahme von Krediten zur Ergänzung der Währungsreserven oder die Anpassung des Wechselkurses. Mexikos PolitikerInnen entscheiden sich für die massive Verwendung der Währungsreserven mit zusätzlich kurzfristigen Krediten. Mittels wirtschaftspolitischer Reformprogramme wird eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik angestrebt. (vgl. Siegman 1996: 29)

Die geringen Abwertungsraten des Crawling-Peg-Systems sowie die Stabilisierungs- und Sterilisierungspolitik (wurde im Theorieteil erläutert) reichen nicht aus, um die Krise Mitte der 1990er Jahre abzuwenden (vgl. Boris 2000: 24/37f).

Des Weiteren führt die fixe Anbindung des Pesos zu steigenden Leistungsbilanzdefiziten und ist für Dussel Hauptverursacher der Krise im Dezember 1994 (2000: 79). InvestorInnen erkennen die reale Überbewertung des Pesos und ziehen schließlich ihre Konsequenzen, indem sie ihr Kapital zurückziehen. Im Zuge der mexikanischen Finanzkrise verliert der Peso massiv an Wert. Boris argumentiert die Abwertung unter anderem durch die Indiskretion von hohen RegierungspolitikerInnen, die Informationen weitergeben und somit zu einem

verstärkten Abfluss des Kapitals bzw. die Flucht in den US-Dollar führen (vgl. Boris 2000: 27).

Siegmán meint, dass ein frei schwankender Wechselkurs im Vorhinein eine höhere Volatilität des Wechselkurses gebracht hätte, der abrupte Schock im Dezember 1994 allerdings vermieden hätte werden können. Die Fixierung des Wechselkurses, in Form von Bandbreiten und Crawling-Peg, hält er für eine ungenügende Maßnahme um eine Ökonomie nachhaltig über die Stabilisierung der Inflationsrate zu begünstigen (vgl. Siegmán 1996: 31).

Laut Einschätzung von Galindo und Ros wertet der Peso ab 1995 wieder auf und führt bis 2002 zu einer Aufwertung von 35 % des realen Wechselkurses (vgl. Galindo, Ros 2009: 162/171). Die nominelle Wechselkursrate bleibt relativ stabil. Die Kontinuität der Aufwertung hält weiter an, mit den Ausnahmejahren 2002 und 2003 (vgl. Galindo, Ros 2009: 171).

Das Problem der Überbewertung der mexikanischen Währung bleibt also nach 2000 aktuell. Wenn es zu einer Abwertung der Währung kommt, greift das „Inflation Targeting“ Regime straffend ein, während es bei einer Aufwertung zu keiner Intervention kommt (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 22). Das „Inflation Targeting“ System wird im folgenden Abschnitt erläutert.

Galindo und Ros fordern eine gezielte Wechselkurspolitik, die mittels Interventionen der Zentralbank gewährleistet wird und somit die Wettbewerbsfähigkeit des Wechselkurses garantiert. Dies könnte über die Eindämmung spekulativer kurzfristiger Kapitalzuflüsse erfolgen (vgl. Galindo, Ros 2009: 173).

Die Währungspolitik ist ein wichtiges Steuerungsinstrument der Ökonomie. Durch die zunehmende Liberalisierung kann der Wechselkurs nur mehr gering durch Produktivität, Innovation und Investition im Import- und Exportbereich gesteuert werden. Rent-seeker am Kapitalmarkt, darunter die großen institutionellen Anleger, wie Investmentfonds, Pensionsfonds und Banken, bestimmen den flexiblen Wechselkurs maßgeblich mit (vgl. Ffrench-Davis 2010: 22).

3.3.2 Das mexikanische Geldregime

Dieses Kapitel beschreibt die Funktionsweise des mexikanischen Geldregimes, dessen Zins- und Inflationspolitik eine zentrale Rolle für die Regulation von Geld darstellt. Anhand von Grafiken wird deren Entwicklung erläutert und Steuerungsorgane der Geldpolitik, wie die Zentralbank, analysiert.

3.3.2.1 Zinsentwicklung und Wachstum

Die Daten der Weltbank zeigen folgendes Bild: Die Profite für Kapitalanlagen im finanzbasierten Bereich können als „Spread“ (Differenz der Deposit- und Kreditzinsen) errechnet werden. In dieser Arbeit werden die Profitraten im produktiven Bereich, repräsentiert durch die BIP-Wachstumsraten, den Zinsgewinnen des Finanzsektors gegenübergestellt. Die Abbildung zeigt BIP-Wachstumsraten, die meistens über der Zinsdifferenz liegen. Die Differenzen sind vor allem bis 2003 relativ groß. Im Zuge der amerikanischen Bankenkrise von 2008 und den Folgejahren erfährt Mexiko einen drastischen Wachstumseinbruch. Die Profite im finanzbasierten Bereich liegen stets über jenen der produktiven Kapazitäten. Die hohe Profitrate im finanziellen Bereich im Gegensatz zum Produktivsektor führt zu einem Anreiz, in finanzbasierte Produkte zu investieren. Dies spiegelt allerdings auch das Faktum wieder, dass die realen und fiktiven Werte immer wieder auseinanderklaffen.

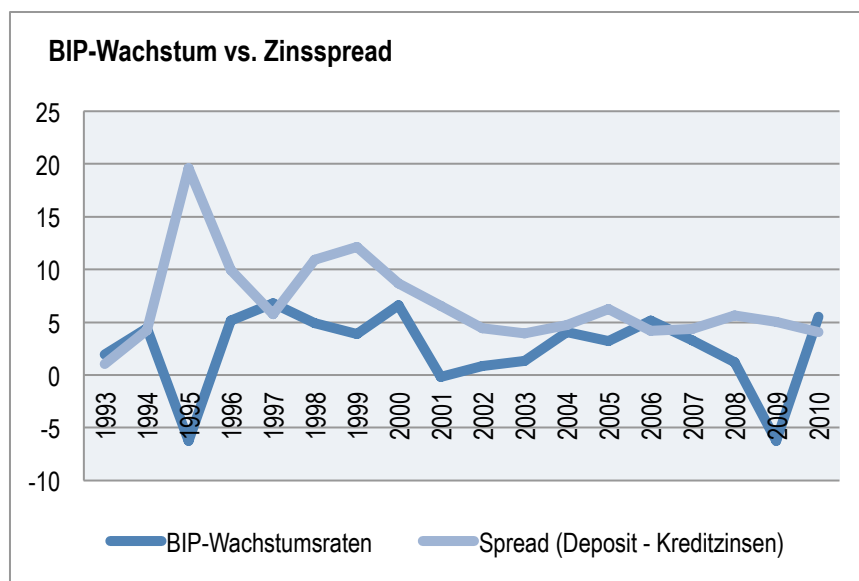


Abbildung 6: Zinsspread (Depositzins minus Kreditzins) und BIP-Wachstumsraten (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten: <http://data.worldbank.org/country/mexico>) [Zugriff: 13.7.2012]

Der Spread zeigt die Zinsdifferenz, die Geschäftsbanken für Spareinlagen minus Kredite bezahlen. Das jährliche BIP-Wachstum wird zu Marktpreisen mit Basisjahr 2000 in US-Dollar berechnet (vgl. Weltbank 2012).

Zinspolitik

Dussel (2000: 78) schätzt die nominellen und realen Zinssätze, trotz sinkender Inflation, als relativ hoch ein. Für ihn erweist sich dies als größtes Manko der mexikanischen Liberalisierungsstrategie. Dies hat zur Folge, dass der heimische Bankensektor unfähig ist, genügend Liquidität zur Verfügung zu stellen, um die mexikanische Wirtschaft in Schwung zu bringen und binnenwirtschaftliches Wachstum zu fördern. Der Glaube an ein stabiles ökonomisches System reicht nicht für langfristig niedrig verzinste Kredite aus. Auch Wyplosz schätzt die Zinsraten als zu hoch ein. Er identifiziert dieses Phänomen als kein speziell mexikanisches, viel mehr liegen die Wurzeln des Problems im System selbst (vgl. Wyplosz nach Buira 1996: 36).

Die hohen Zinsen bremsen die Prosperität des Binnenmarktes und verknappen die Kredite für heimische InvestorInnen empfindlich. Mexikos Politik baut auf die Anziehung von Auslandsinvestitionen, die mittels Hochzinspolitik gefördert werden soll. Die hohen Zinsen schaffen einen Anreiz für kurzfristige Investitionen und versuchen der befürchteten Abwertung entgegenzusteuern (vgl. Ibarra 2005: 58).

Wie bereits erwähnt sind mexikanische Firmen vom mexikanischen Finanzsystem abhängig; wenn dieses nur ungenügend Liquidität zur Verfügung stellen kann, brechen ausländische Firmen den Handel mit mexikanischen Partnern ab oder übernehmen diese, um mit ihnen Handel treiben zu können (vgl. Dussel 2000: 139).

Das Angebot des heimischen Bankensektors ist also beschränkt und erschwert das wirtschaftliche Überleben für einige Sektoren. Die Banken fokussieren auf kurzfristige Bankgeschäfte und staatliche Schuldenfinanzierung (vgl. Studart 2006: 180ff). Die Kreditklemme der Banken wirkt sich negativ auf die Unternehmen aus, die weder Investitionen tätigen noch Verbindlichkeiten begleichen können. Die Illiquidität der Banken führt zu Produktionseinstellungen und Konkursen etlicher Unternehmen (vgl. Boris 2000: 27).

Im Zuge der Finanzkrise steigen die Zinsen enorm an. Für die mexikanischen Anleihen (CETES) mit einer 28-tägigen Frist werden 1994 Zinsen in der Höhe von 18 % bezahlt (vgl. Buira 1996: 20f). Die realisierten Zinssätze spiegeln nicht die mexikanische Produktivität wieder, sondern werden von den internationalen Finanzmärkten determiniert (vgl. Soto 2010: 421f). Ein kleiner Finanzmarkt wird von den Handlungen großer Finanzmarktakteure beeinflusst (vgl. Eichengreen, Wyplosz 1996: 94), so hat der Anstieg der US-amerikanischen Leitzinsen Auswirkungen auf den mexikanischen Zinssatz. Die Kreditzinsen der Industriestaaten liegen jedoch grundsätzlich unter denen Mexikos (vgl. Studart 2006: 180ff). Die Differenz der mexikanischen Zinsraten zu den US-amerikanischen reduziert sich im Laufe der 1990er Jahre. Nichtsdestotrotz steigen die Auslandsinvestitionen in Mexiko, was mit einem steigenden Vertrauen in die mexikanische Ökonomie zusammenhängt, vermutet Boris (2000: 24).

3.3.2.2 Inflationsentwicklung

Bereits in den 1970ern beginnt der Verbraucherpreisindex in Mexiko stärker zu steigen. Mit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos 1982 erreicht er seinen Höhepunkt (vgl. Martinez 2010: 386). In den 1980er Jahren bleiben die Inflationsraten auf einem hohen Niveau und sind extremen Schwankungen ausgesetzt (vgl. Dussel 2000: 71ff).

1987 beginnt Mexiko mit der Anbindung des Peso-Wechselkurses an den US-Dollar. Dieses System der wechselkursbasierten Stabilisierung folgt der grundsätzlichen Idee, dass durch die Einschränkung der monetären Souveränität, in Form einer Anbindung an eine stabile Ankerwährung, das Vertrauen gegenüber der heimischen Währung zu steigen beginnt. Gleichzeitig steigt der Druck auf die heimische Preisbildung durch begünstigte Importe. Die Geldpolitik wird an die Zentralbank der Ankerwährung ausgelagert (vgl. Schweikert 2000: 63). Die Daten der Weltbank zeigen eine deutliche Reduktion der Inflation im Zuge der Währungsanbindung. Allerdings ist die Inflationseindämmung durch eine instabile ökonomische Struktur gekennzeichnet. Im Krisenjahr und in den Folgejahren springt der Verbraucherpreisindex (VPI) auf knapp 35 %. Bis zum Jahr 2002 sinkt die Inflation auf ca. 5 % und bleibt bis 2011 um diesen Wert (siehe Grafik).

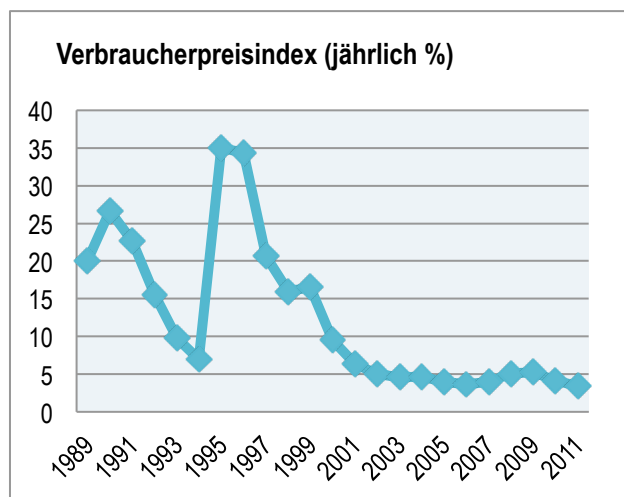


Abbildung 7: Verbraucherpreisindex (jährlich %);
Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten:
<http://data.worldbank.org/country/mexico> [Zugriff:
13.7.2012]

Der Verbraucherpreisindex zeigt die jährliche prozentuelle Veränderung der durchschnittlichen Kosten eines Warenkorbs aus Gütern und Dienstleistungen eines Konsumenten/einer Konsumentin. Die Weltbank verwendet die Laspeyres Preisindex Formel (vgl. Weltbank 2012).

„Monetary Targeting“ 1995–1999 in Mexiko

Nach der Finanzkrise wendet Mexiko die Strategie der Geldmengensteuerung („Monetary Targeting“) an (vgl. Galindo, Ros 2009: 159). Hierbei geht es um die Steuerung der M1/M2-Geldmenge (M1: Bargeld, Girokonten, Sichteinlagen; M2: M1 + inländische Finanzaktiva von mexikanischen Staatsbürgern – siehe Def.: Banco de Mexico) durch die Zentralbank. Die Geldmengensteuerung ist ein schwieriges Unterfangen, da es der Zentralbank nur beschränkt möglich ist, die Informationen über die vorhandene Geldmenge in Erfahrung zu bringen. Altvater (1997: 108f) nennt hier die neuen Zahlungsgewohnheiten (Kreditkarte, Bankomat etc.), die eine Einschätzung der Zentralbank für die optimale Geldmenge erschweren.

Mit der Limitierung des Kreditwachstums und somit einer Deckelung des Geldangebots sollen die Inflation und die starke Abwertung des Pesos unter Kontrolle gebracht und das Vertrauen in die mexikanische Zentralbank gestärkt werden (vgl. Galindo, Ros 2009: 159f). Voraussetzung ist, dass es zu keiner Anhäufung von internationalen Währungsreserven

kommt. Das System kann allerdings weder die mexikanische Inflationserwartungen erfüllen noch die flexiblen Wechselkurse stabilisieren. Galindo und Ros führen dies auf die Instabilität der Beziehung zwischen Geldmenge und Inflation zurück. Die Zentralbank hat auf kurze Frist keinen Einfluss auf die Geldmenge, da die Nachfrage nach Geld kurzfristig relativ zinsunabhängig ist, so deren Argumentation (vgl. Galindo, Ros 2009: 160).

„Inflation Targeting“ ab 2000 in Mexiko

Der Übergang zur „Inflation Targeting“ Politik beginnt im Jänner 1999. Die mexikanische Zentralbank gibt ein mittelfristiges Inflationsziel vor und veröffentlicht vierteljährlich einen Inflationsreport. Dies soll die Transparenz und Glaubwürdigkeit des „Inflation-Targeting“ bekräftigen (vgl. Eichengreen 2006: 166).

Bei der Inflationssteuerung soll die Inflation kontinuierlich und nachhaltig auf einem niedrigen Niveau gehalten werden. Die Steuerung der Geldpolitik über Fremdwährungsreserven und Zinssätze gerät in den Hintergrund (vgl. Galindo, Ros 2009: 159).

Mexiko übernimmt vollständig das Programm des „Inflation Targetings“ im 1. Quartal des Jahres 2001. Es weist zu diesem Zeitpunkt eine durchschnittliche jährliche Inflationsrate von 8,1 % auf und setzt sich ein Inflationsziel von 3 % mit einer Schwankungsbreite von 1 %. Als Instrument dienen mexikanische Anleihen (91-Tage CETES) (vgl. Epstein, Yeldan 2009: 6).

Die Hauptkomponente der mexikanischen „Inflation Targeting“-Politik ist die Unabhängigkeit der mexikanischen Zentralbank mit dem einzigen Ziel der Preisstabilität; Flexible Wechselkurse sollen außerdem unterstützend wirken (vgl. Galindo, Ros 2009: 160).

Epstein und Yeldan vergleichen zwei fünfjährige Zeitabschnitte in Mexiko: „Monetary Targeting“ (1994–1999) und „Inflation Targeting“ (2000–2005). Ihre Ergebnisse zeigen, dass es zu einer stärkeren Reduktion der Inflation in der zweiten Periode kommt. Gleichzeitig erfährt aber das Handelsbilanzdefizit eine Vervierfachung und sie schätzen den mexikanischen Peso als noch stärker überbewertet ein (genaue Zahlen siehe: Epstein, Yeldan 2009: 13).

Die Zahlen zeigen ein Absinken der Inflationsrate ab dem Jahr 2001. Bis 2000 liegen die Inflationsraten weit über 10 %, während die BIP-Wachstumsraten allerdings zwischen 1996 und 2000 um die 5 % und mehr liegen (vgl. Galindo, Ros 2009: 162/171). Später unter der

Regentschaft von Vincente Fox Quesada 2000–2003 liegt die Wachstumsperformance auf einem äußerst niedrigen Niveau bei 1 % bis 0,6 % pro Kopf (vgl. Martinez 2010: 386).

Mit dem Programm des „Inflation Targeting“ und der Aufwertung des Wechselkurses werden die importierten Waren günstiger und heimische Produkte im Verhältnis teurer; folglich sinkt der Output (vgl. Galindo, Ros 2009: 163). Der Zugang zu den mexikanischen Märkten wird noch stärker liberalisiert und der Wettbewerbsverlust der mexikanischen Produktion führt schließlich zu mäßigen Wachstumsraten (vgl. Galindo, Ros 2009: 171). Als Problem stellt sich diese geldpolitische Strategie für die Beschäftigung über eine schlechte Wachstumsperformance heraus.

3.3.2.3 Zentralbankpolitik - „Banco de México“

Die Politik der mexikanischen Zentralbank wird seit 1982 wesentlich von der ITAM, die eine ultraliberale Position in geldpolitischen Fragen vertritt, mitbestimmt, während sich das Wirtschaftsministerium in den 1980ern noch mehr für einen aktiven Staat einsetzt und eine gemischte Ökonomie favorisiert (vgl. Babb 2005: 254f).

Im Zuge des Pacto de Solidaridad Económico 1987 wird die Inflationskontrolle und Kontrolle des Fiskaldefizits in den Vordergrund gestellt, mit dem Ziel einen Primärüberschuss (die Schuldentilgung und Zinszahlungen werden bei den Berechnungen des Fiskaldefizits exkludiert) zu erreichen. Der mexikanischen Regierung ist es nicht erlaubt, die Geldmenge über das Wirtschaftswachstum auszudehnen und somit das Haushaltsbudget zu finanzieren (vgl. Dussel 2000: 66).

Auch laut Boris kommt es Ende der 1980er Jahre zu einer Änderung der Geldpolitik (vgl. Boris 2000: 40f). Die Finanzmarktreform 1988/89 hebt die Mindestreserven für Geschäftsbanken bei der mexikanischen Nationalbank auf. Die mexikanische Zentralbank verliert die Kapazität, die mexikanische Wirtschaft mit finanziellen Mitteln zu versorgen (vgl. Soto 2010: 423ff).

Im Laufe der 1990er Jahre wird die Geld- und Kreditpolitik restriktiver. Mit der verfassungsmäßigen Unabhängigkeit der Nationalbank 1993 wird die Inflationskontrolle zum obersten Ziel ihrer Tätigkeit (vgl. Dussel 2000: 68). Iberra (2005: 57f) sieht mit der gesetzlichen Verankerung der Autonomie der „Banco de México“ einen weiteren Verlust der ökonomischen Souveränität Mexikos. Mit der Unabhängigkeit wird sie ihrer demokratischen Legitimation beraubt (vgl. Becker, Jäger, Fischer 2003: 11).

Die Stabilisierung der makroökonomischen Situation wird durch folgende geldpolitische Strategien angestrebt: Inflationskontrolle, Anziehung von Auslandsdirektinvestitionen und Kontrolle des Haushaltsdefizits (vgl. Dussel 2000: 51f). Grabel argumentiert dahingehend, dass eine restriktive Geldpolitik, also hohe Zinsen und eine überbewertete Währung, im Vordergrund stehen, um das Vertrauen der ohnehin skeptischen InvestorInnen zu gewinnen (vgl. Grabel 1996: 1764).

Mit dem System des „Corto“ bzw. „Largo“ soll erreicht werden, dass Geschäftsbanken bei ihren Zentralbankkonten einen Saldo von Null aufweisen. Sollten sie ihre Konten überziehen (negativer Wert), werden Strafen verhängt. Bei einem positiven Saldo werden keine Auszahlungen mehr gewährt (vgl. Galindo, Ros 2009: 160).

In Mexiko kommen folgende Mechanismen zu Anwendung: Bei einer Abwertung des Pesos erhöht die mexikanische Zentralbank die Zinsrate. Dies geschieht mittels kurzfristigen Staatsanleihen (3-monatigen CETES). Die kontraktive, geldpolitische Maßnahme wird als „Corto“ verstanden. Bei einer realen Aufwertung des Pesos werden hingegen keine Zinssenkungen vorgenommen, was als „Largo“ bezeichnet werden würde (vgl. Galindo, Ros 2009: 167ff). Zwischen 1996 und 2005 führt das mexikanische Bankensystem 34-mal einen „Corto“ durch, niemals einen „Largo“ (vgl. Galindo, Ros 2009: 168). Die übermäßigen „Corto“-Interventionen sprechen für eine restriktive Geldpolitik. Unter Präsident Zedillo (1994–2000) kommt es zu einer Erhöhung der Mindestreserven für Banken (vgl. Boris 2000: 27f). Seine Strategie basiert auf Inflationskontrolle und der Anziehung von Auslandskapitalien gekoppelt mit einem minimalen Fiskaldefizit (vgl. Dussel 2000: 53).

3.3.3 Verschuldungs- und Finanzmarktpolitik Mexikos

Dieses Kapitel soll die Entwicklung der mexikanischen Verschuldung sowie die Änderung der Rahmenbedingungen der mexikanischen Wirtschaftspolitik darstellen. Die externen und internen Akteure, die in Mexiko zu einer verstärkten Finanzialisierung beitragen, werden im folgenden Abschnitt erläutert. Dies knüpft an der fiktiven Akkumulation an und soll abschließend zu einem kohärenten Bild der mexikanischen Akkumulation und monetären Restriktion führen.

3.3.3.1 Verschuldungspolitik Mexikos

Mit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos 1982 wird ein Großteil der mexikanischen Schulden auf IWF und Weltbank-Kredite umgeschuldet. Zuungunsten des Schuldners werden nur geringe Abschläge von 30–35 % gewährleistet. Der internationale Finanzmarkt errechnet zu

diesem Zeitpunkt einen deutlich niedrigeren Wert für mexikanische Schuldtitel (Abschläge bis zu 70 %). Die Umschuldung durch IWF und Weltbank zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit erfordert die Einwilligung in zahlreiche Reformpakete des öffentlichen Sektors (vgl. Lembeck 1996: 217). 1982 beträgt der Schuldenstand 86 Mrd. US-Dollar; bis zum Jahr 1988 steigen diese auf 99 Mrd. (vgl. Weltbank Datenbank: 2012). Die US-Regierung schlägt den sogenannten Brady-Plan vor. Der Brady-Plan, benannt nach dem ehemaligen US-amerikanischen Finanzminister (1988) Nicholas Brady, setzt sich zum Ziel, in US-Dollar indizierte Wertpapiere auf den internationalen Finanzmärkten zu verkaufen. Die mexikanische Regierung garantiert den AnlegerInnen ihre Kapitalforderungen und Zinszahlungen. Dies führt zu einer weiteren Neuverhandlung der Schulden (vgl. Soto 2010: 427). Die Privatisierung von Staatsbetrieben spielt dabei die Schlüsselrolle. Die Schuldnerländer können sich mit dem Verkauf von ganzen Industriezweigen, rentablen Staatsbetrieben oder mit dem Verkauf staatlicher Banken entschulden (vgl. Toussaint 1999: 85f).

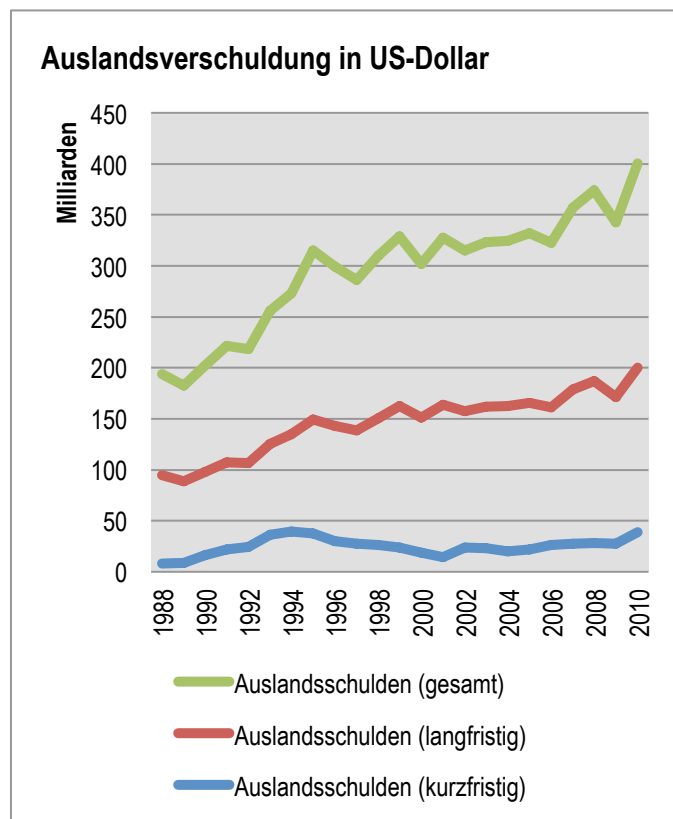


Abbildung 8: Auslandsverschuldung absolut
(Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten:

<http://data.worldbank.org/country/mexico>
[Zugriff: 13.7.2012]

Zu den *gesamten Auslandsschulden* zählt die Weltbank Schulden gegenüber ausländischen Akteuren, die in Devisen, Waren oder Dienstleistungen rückzahlbar sind. Sie beinhaltet öffentliche und öffentlich garantierte sowie private nicht garantierte langfristige Schulden. Außerdem werden IWF-Kredite und kurzfristige Schulden eingerechnet. Die *langfristige Auslandsverschuldung* verzeichnet eine Laufzeit von mindestens einem Jahr und umfasst ebenfalls öffentliche und öffentlich garantierte Schulden sowie private nicht garantierte Schulden. Die *kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten* enthalten alle Schulden mit einer Laufzeit kürzer als ein Jahr. Alle Daten sind in aktuellen US-Dollar angegeben.

Bis zum Jahr 1994 steigen die Schulden auf 138 Mrd. US-Dollar. Brasilien verfügt zum Vergleich zu dieser Zeit über einen Gesamtschuldenstand von 111 Mrd., China über 125,3 Mrd. US-Dollar (vgl. Toussaint 1999: 74f).

Die *gesamte Auslandsverschuldung* Mexikos steigt bis zum Jahr 1994 steil an, sinkt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kurz ab um bis 2010 einen Anstieg der Schulden zu verzeichnen. Relevant für die systemische Stabilität sind die *kurzfristigen Auslandsschulden*. Sie erfahren im Jahr 1994 ihren Höhepunkt und sinken nach der Finanzkrise bis zum Jahr 2001 wieder ab, um im Jahr 2010 wieder auf einen ähnlich hohen Wert (absolut) wie 1994 zu gelangen. Gemessen an der gesamten Auslandsschuld ist die kurzfristige Auslandsverschuldung im Verhältnis gesunken.

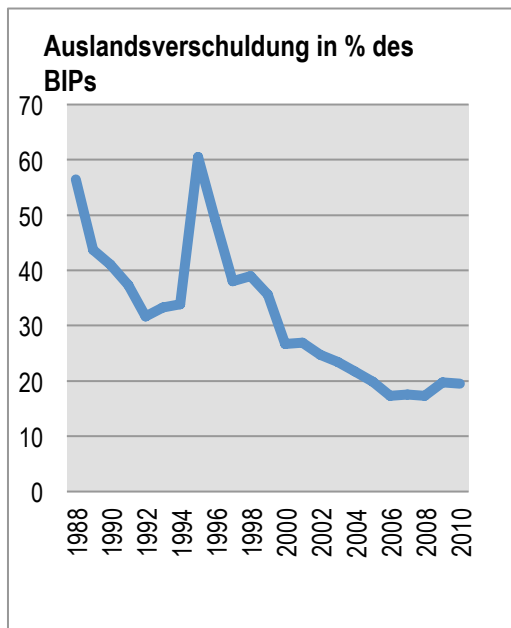


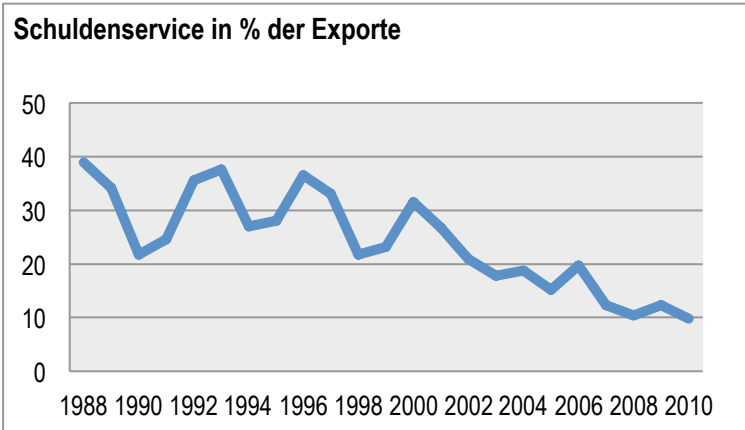
Abbildung 9: Auslandsverschuldung in % des BIP
(Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten - <http://data.worldbank.org/country/mexico>) [Zugriff: 13.7.2012]

Während die absolute Auslandsverschuldung steigt, sinkt sie im Verhältnis zum BIP seit 1996 drastisch. Die Auslandsschulden steigen also langsamer als das BIP. Verschuldung kann für produktive Investitionen notwendig sein, um eine Industrialisierung erst in Gang zu bringen. Es kommt also wesentlich auf die Verwendung der Schulden an (vgl. Küblböck, Staritz 2007: 160ff).

Der Schuldendienst in Prozent der Exporte ist in Mexiko von einer großen Schwankungsbreite gekennzeichnet, er reicht von 10–40 %. Dies deutet auf eine große Volatilität der Devisen hin. Wenn rund 40 % der Deviseneinnahmen gebraucht werden, um den Schuldenservice zu begleichen, schränkt dies den ökonomischen Handlungsspielraum massiv ein.

Abbildung 10 Schuldenservice in % der Exporte (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten: <http://data.worldbank.org/country/mexico> [Zugriff: 27.9.2012])

Die Summe des Schuldenservices umfasst die Tilgung als auch die Zinsen von langfristigen Schulden, Zinszahlungen von kurzfristigen Schulden sowie Rückzahlungen und Gebühren an den IWF in Fremdwährung, Gütern oder Dienstleistungen (vgl. Weltbank 2012).



Wenn die Schuldendienstzahlungen auf Kosten öffentlicher Investitionen und Sozialausgaben gehen, erweist sich dies als äußerst negativ für die produktive Akkumulation (vgl. Küblböck, Staritz 2007: 175).

Schuldenstruktur

Die *öffentliche Auslandsverschuldung* ist mit Ausnahme der Krise 1994 relativ stabil geblieben, wo die heimische Verschuldung in US-Dollar indexierte Tesobonos umgewandelt werden. Die *private Auslandsverschuldung* steigt von 5,9 Mrd. im Jahr 1988 auf 43,7 Mrd. US-Dollar im Jahr 1998. Im Jahr 2000 beträgt sie 11,7 % des BIP. Dies birgt ein hohes Risikopotenzial für den privaten Sektor und kann bei einer hohen Fluktuation der Kapitalflüsse zu einer erneuten Zahlungsunfähigkeit führen (vgl. Dussel 2000: 80). Aufgrund der überbewerteten Währung und die anfängliche Anbindung des Wechselkurses verlockt private Haushalte sich in Fremdwährung zu verschulden (vgl. Becker, Fischer, Jäger 2003: 13).

Wie bereits erwähnt, kann das mexikanische Budgetdefizit nicht mittels Ausdehnung der Geldmenge finanziert werden, stattdessen stellen Anleihen die liquiden Mittel zur Verfügung: „Bond-financed-budgets“ (vgl. Eichengreen, Wyplosz 1996: 91).

Der mexikanische Anleihenmarkt vergibt größtenteils kurzfristige Schuldverschreibungen mit extrem hohen Zinsen. CETES, mexikanische Peso-Anleihen werden mit einer Laufzeit von ein bis drei Monaten gehandelt und erreichen horrende Zinsraten, bis zu 96 % im Jahr 1987 (vgl. Grabel 1996: 1769). 1994 werden die auf Peso lautenden Staatsanleihen, in „Tesobonos“ (in Dollar indexiert) mit einer Laufzeit von ein bis sechs Monaten getauscht (vgl. Boris 2000: 24). 30 Mrd. US-Dollar, das sind ca. 10 % des BIPs, werden durch Tesobonos finanziert. Sie sind zu 90 % in ausländischer Hand (vgl. Boris 2000: 40).

Mexiko legt im Jahr 1996 ein Anleihen-Kontingent von 6 Mrd. US-Dollar auf. Die Bonds sind in US-Dollar indiziert und werden weltweit verkauft (vgl. Singh 1999: 32ff). Die Höhe der Anleihezinsen hängt vom Rating ab und somit ist Mexiko nach der schweren Finanzkrise gezwungen, hohe Zinszahlungen in Kauf zu nehmen.

Zur Abwehr von potenziellen Krisen handelt Mexiko 1999 mit den USA ein Stand-by-Abkommen über 24 Mrd. US-Dollar aus (vgl. Boris 2000: 43). Die USA treten als ein bedeutender Kreditgeber für mexikanische Firmen und die mexikanische Regierung auf (vgl. Gruben, Koo 2006: 79).

Die Schwankung von ausländischen Kapitalzuflüssen und die starke Abhängigkeit der mexikanischen Regierung von diesen bringt die politische Führung in eine diffizile Lage. Das Umwerben von internationalen AnlegerInnen wird zu einer notwendigen Politikstrategie. Der Staat gewährt hohe Gewinne und Garantien für die InvestorInnen. Dies ermöglicht eine scheinbare Unabhängigkeit der heimischen Spar- und Investitionsquote (vgl. Boris 2000: 29).

3.3.3.2 Änderung institutioneller Rahmenbedingungen

Die Restrukturierung der mexikanischen Ökonomie beginnt unter Salinas de Gortari 1988–1994 und bringt institutionelle Änderungen mit sich. Die Medien führen den Begriff der „Salinastroika“ ein; dieser bezeichnet die ökonomische Umstrukturierung durch das Regierungsteam Salinas bei gleichzeitig fehlender Demokratisierung.

Der in den späten 1980er Jahren beginnende Prozess der Strukturreformen umfasst die Deregulierung von wirtschaftlichen Aktivitäten, Privatisierungen, Finanzmarktreform, die Restrukturierung der Auslandsverschuldung mit Hilfe von ausländischen Geschäftsbanken, eine Handelsliberalisierung und die Vorbereitung zum NAFTA-Abkommen (vgl. Buira 1996:11).

1989 implementiert Mexiko die ökonomischen Reformen des Brady-Plans. Neben den bereits behandelten Strategien, wie die Anbindung des Pesos an den Dollar und die strikte Inflationskontrolle, werden im ordnungspolitischen Bereich Strukturen für eine Finanzialisierung der Ökonomie gelegt. Hierfür werden die Gesetze im Bereich der Investitionen und Finanzmärkte umgestaltet, liberalisiert und dereguliert. Ein wichtiger Fokus liegt auf der Privatisierung staatlicher Betriebe, die eine Konsequenz der Umstrukturierung der Schulden ist. Ordnungspolitische Änderungen führen zu einer Neudefinition staatlicher Kompetenzen.

Das NAFTA-Abkommen bietet den institutionellen Rahmen, der eine neoliberale Strategie manifestiert (vgl. Grabel 1996: 1768). Der positive Diskurs zum NAFTA-Beitritt lässt auf eine Institutionalisierung der neoliberalen Wirtschaftspolitik schließen (vgl. Boris 2000: 23f). Das NAFTA-Projekt bringt außerdem verfassungsrechtliche Änderungen im Bereich der Kapitalmobilität; im Bereich des freien Personenverkehrs zwischen Mexiko und den USA gibt es im Gegensatz dazu nur eine partielle Liberalisierung (vgl. Ruiz-Nápoles 1996: 57).

Die Öffnung des mexikanischen Wertpapiermarktes, zahlreiche Privatisierungen und die Liberalisierung des Investitionsgesetzes ermöglichen einen enormen Anstieg der

Auslandsinvestitionen (vgl. Boris 2000: 24). Wie sich jene Investitionen strukturieren, wurde bereits im Kapitel der fiktiven Kapitalakkumulation dargelegt.

Mexiko wird von internationalen Finanzorganisationen (Weltbank, BIZ, IWF) als Musterbeispiel für ökonomische und institutionelle Reformen gelobt (vgl. Toussaint 1999: 65; Singh 1999: 45). In den frühen 1990ern wird es als attraktiver Investitionsstandort in den internationalen Wirtschaftsmagazinen gehypt. Die Privatisierungen sowie neue Finanzinstrumente bieten den AnlegerInnen zahlreiche Möglichkeiten, ihre Portfolios zu diversifizieren (vgl. Grabel 1996: 1768).

Die Deregulierung der mexikanischen Finanzmärkte prägt die ökonomische Entwicklung Mexikos massiv, so Charles Wyplosz. Die Folgen sind die Verringerung des Sparvolumens, die Verschlechterung der Leistungsbilanz sowie eine Finanzierung des steigenden Privatkonsums durch Fremdkapital anstatt vermehrter Investitionen im produktiven Bereich (vgl. Wyplosz nach Buira 1996: 35).

Die Liberalisierung von grenzüberschreitenden Kapitalflüssen führt dazu, dass große institutionelle Fonds ihre Investitionen in Mexiko veranlagten. Mit dem Beitritt zur OECD 1993 wird eine vollkommene Eliminierung der Restriktionen von Kapitalflüssen durchgesetzt (vgl. Buira 1996: 24).

Nach der Regierungsperiode Salinas führt Präsident Zedillo eine orthodoxe Orientierung der Wirtschaftspolitik weiter. Um das Vertrauen der AnlegerInnen wiederzugewinnen, nimmt die Herstellung der Schuldendienstfähigkeit oberste Priorität ein. Lohnstopp, Erhöhung der Zinsen, restriktive Ausgabenpolitik des öffentlichen Haushalts, Mehrwertsteuererhöhung, Bankensanierung mittels staatlicher Hilfe und die Ermöglichung des Bankenerwerbs durch ausländische InvestorInnen, werden von der Regierung Zedillos propagiert (vgl. Boris 2000: 27f). Mit dem Wahlsieg der konservativen PAN im Jahr 2000 wird das neoliberale Wirtschaftsmodell Mexikos fortgesetzt. Sie führt mit dem Programm des „Inflation Targeting“ noch einen stärkeren Fokus auf eine Niedriginflationpolitik.

Privatisierungen

Die mexikanische Wirtschaftspolitik legt ihren Fokus auf die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Unternehmen (vgl. Becker, Fischer, Jäger 2003:7). Im infrastrukturellen Bereich wie Eisenbahn, Straßen, Luftfahrt und Seetransport werden rentable Versorgungsbetriebe und Staatsunternehmen privatisiert und Auslandskapital zugänglich gemacht. Mit der Privatisierung von Minen wird der Fremdzugang zu natürlichen Ressourcen

gesichert. Im Dienstleistungsbereich führen Reformen im Bereich der Energieversorgung, Telekommunikation und Finanzdienstleistung zu einem höheren Einfluss ausländischer Unternehmen (vgl. Salinas Callejas 2010: 403; Lembeck 1996: 217ff). 1999 beginnt Zedillo mit der Privatisierung des mexikanischen Elektrizitätssystems (vgl. Dussel 2000: 68).

Die Privatisierung wird durch sogenannte Debt Equity Swaps forciert. Mexiko verwandelt seine Schulden in Beteiligungskapital und ermöglicht den Einstieg von Großkonzernen in zahlreiche Staatsbetriebe und Versorgungsdienstleistungen (vgl. Lembeck 1996: 217ff). Dies bedeutet eine enorme Ausweitung des Einflusses von Auslandskapital.

Ausländische InvestorInnen können über internationale Organisationen, wie der International Finance Corporation (IFC) oder der Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA), Anteile an öffentlichen Dienstleistungsunternehmen erwerben und als Investitionen des internationalen Kapitals (Weltbankgruppe) deklarieren; hierfür gilt internationales Recht vor den heimischen Schutzbestimmungen (vgl. Lembeck 1996: 220).

Privatisierung der Banken

Die Reprivatisierung der mexikanischen Banken beginnt in den 1990er Jahren. Diese wurden im Zuge der Verschuldungskrise 1982 verstaatlicht (vgl. Dussel 2001: 227) und eine Beteiligung von ausländischen Banken per Gesetz bis 1990 verboten (vgl. Penido, Magalhães 2000: 61).

Eine Gesetzesänderung kommt im Juli 1990 zustande. Diese erleichtert den Zugang ausländischer Finanzinstitute am heimischen Markt. Mit dem Beitritt zur NAFTA wird erstmals die Niederlassung ausländischer Bankinstitute ermöglicht. Außerdem wird eine schrittweise Übernahme mexikanischer Bankaktien zugelassen. 1998 ist eine vollkommene Übernahme und Kontrolle mexikanischer Banken mittels Auslandskapital möglich. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre übernehmen die spanischen Banken „Santander“ und „Banco Bilbao Vizcaya“ Mehrheitsanteile an der mexikanischen Probursa Gruppe und der „Banco Mexicano“. Weitere Übernahmen und Beteiligungen an mexikanischen Banken gibt es von Seiten der USA, Großbritannien und Kanada. Der Anteil der ausländischen Banken steigt von 1,2 % 1994 auf 40 % 1998. (vgl. Penido, Magalhães 2000: 64; Soto 2010: 424f)

Die reprivatisierten Banken zeigen keinen verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzgeschäften; geringe Erfahrung mit Marktrisiken und Kreditbonität führen zu spekulativen Geschäften im Wohnungsbau, Immobilien- und Aktienhandel, so Boris (vgl. 2000: 40). Ein externer Faktor für die Ausdehnung der ausländischen Banken in Mexiko ist

die verschärfte Wettbewerbssituation der Banken durch Finanzintermediäre in industrialisierten Staaten. Mexiko als aufstrebender Markt bietet neue Anlagemöglichkeiten, um die Geschäfte zu stimulieren (vgl. Penido, Magalhães 2000: 60f).

Es kristallisieren sich große Finanzinstitute heraus, die hauptsächlich mit GroßinvestorInnen und Großbanken handeln. Damit ist die Funktion des Finanzsystems von einigen wenigen Akteuren abhängig (vgl. Correia, et al 2009: 15). Ein geringes Eigenkapital der Banken und Investmentfonds steht hohen Verbindlichkeiten gegenüber. Die unterschiedlichen Laufzeiten und Fristen der Forderungen und Verbindlichkeiten stellen ein weiteres Risiko dar. InvestorInnen stellen oft nur schnell liquidierbares Anlagekapital (auf kurze und mittlere Frist) zur Verfügung, während der mexikanische Staat langfristig verfügbares Kapital zur Finanzierung von Investitionsprojekten benötigt. Außerdem wird mit Fremdwährungskrediten das Risiko der AnlegerInnen minimiert (vgl. Correia, et al 2009: 8).

Die restriktive Geldpolitik erschwert die Kreditaufnahme für den mexikanischen Privatsektor.

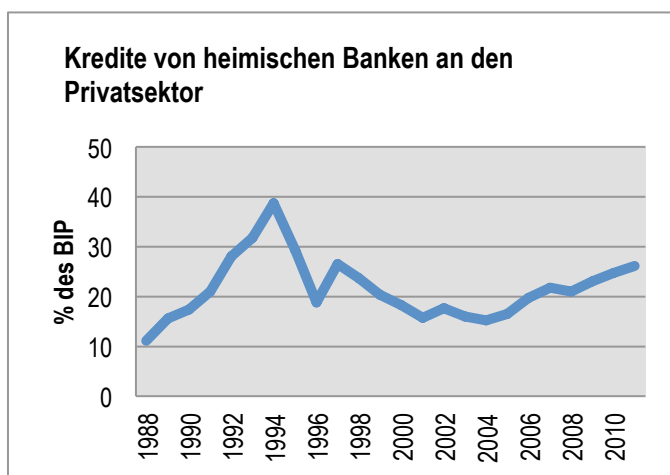


Abbildung 11: Kredite von heimischen Banken an den Privatsektor (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten: <http://data.worldbank.org/country/mexico>) [Zugriff: 13.7.2012]

Die heimischen Kredite für den Privatsektor beziehen sich auf finanzielle Ressourcen, wie Kredite, Nichtdividenden Wertpapiere, Handelskredite und andere Forderungen, die eine Rückzahlung erfordern (vgl. Weltbank 2012).

Die Kredite der heimischen Banken an den Privatsektor liegen generell auf einem sehr niedrigen Niveau. Seit 1994 sind sie aber drastisch gefallen und erfahren seit 2003 einen leichten Anstieg. Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre lagen die Werte bereits über 30 % des BIP (vgl. Weltbank Datenbank 2012).

3.3.3.3 *Neoliberaler Diskurs in Mexiko*

Internationale InvestorInnen forcieren eine neoklassische Expertise in den Investitionsländern. Um die Glaubwürdigkeit in ein stabiles Investitionsklima und einer gelungen Wirtschaftspolitik in einem Emerging-Market zu stärken, werden hochrangige Positionen mit AbsolventInnen von US-amerikanischen neoklassischen Ökonomieinstituten besetzt.

Die radikale Marktgläubigkeit der Führungsriege Salinas bezeichnet Boris als ideologische Falle. Monopole und Oligopole bleiben bestehen und der Preis der Währung wird von der Regierung manipuliert (vgl. Boris 2000: 30f).

Die liberalen Marktreformen werden von Personen durchgeführt, die einer neuen Generation von ÖkonomInnen angehören. Sie werden in den Vereinigten Staaten ausgebildet und setzen ihre liberalen Reformen in den Heimatländern um. Ein Netzwerk aus Harvard-, Yale-, Chicago- und Stanford-AbsolventInnen lässt die mexikanische Ökonomie eine Amerikanisierung erfahren. Der mexikanische Präsident von 1982–1988, Miguel de la Madrid studierte in Yale (vgl. Babb 2005: 244); Salinas de Gortari (1988-1994) und Ernesto Zedillo (1994–2000) sind beide Ökonomen, die ihre Ausbildung und Ideologie der US-amerikanischen Schule verdanken (Harvard/Stanford) (vgl. Boris 2000: 29).

Sieben Privatbanken, die mexikanische Zentralbank und andere große Unternehmen gründen 1946 das „Instituto Tecnológico Autónomo de México“ (ITAM). In den 1960/70er Jahren kommt es zu einer verstärkten Amerikanisierung von ITAM. DirektorInnenposten werden von US-Absolventen (Gustavo Petricioli – Harvard; Francisco Gil Díaz – Chicago) besetzt. Die Absolventen des ITAM werden in der Führungsriege der mexikanischen Politik positioniert, darunter drei Finanzminister und einflussreiche Posten in der mexikanischen Zentralbank (vgl. Babb 2005: 247).

4 Positionierung der mexikanischen Ökonomie

In diesem Abschnitt soll die mexikanische Akkumulation anhand der drei Typisierungsachsen positioniert werden, um anschließend die Ausgestaltung der Regulation im Bereich des Geldverhältnisses diskutieren zu können.

4.1 Akkumulation

Bei der Unterteilung zwischen **extensiver und intensiver Akkumulation** sind in Mexiko die niedrigen Reallöhne ein Hinweis für eine extensive Akkumulationsstrategie. Zwar sind Produktivitätssteigerungen in einzelnen Exportsektoren zu verzeichnen, allerdings werden diese nicht an die Beschäftigten in Form von Lohnerhöhungen weitergegeben. Die prekären Arbeitsverhältnisse und eine steigende Einkommensungleichheit wirken sich negativ auf die Inlandsnachfrage aus, da der relative Konsum hoher Einkommen wesentlich geringer ist. Die Wertschöpfung am mexikanischen Binnenmarkt ist gering und der industrielle Sektor tendenziell schrumpfend. Ebenso hat der Agrarsektor in den letzten Jahrzehnten massiv an Bedeutung verloren. Landwirtschaftliche Produkte werden zunehmend durch Lebensmittelimporte ersetzt. Eine Vernetzung von Produktionsgüter- und Konsumgüterindustrie ist in Mexiko kaum vorhanden. Die veränderte Branchenstruktur sowie die Beschäftigungssituation sprechen für eine extensiv organisierte Akkumulation in Mexiko.

Die **extra- bzw. intravertierte Akkumulation** zeigt sich durch die Außenorientierung einer Ökonomie. Mexiko forciert die Strategie einer Exportorientierten Industrialisierung. Die Liberalisierung des Güterverkehrs fördert den Anstieg des Exportvolumens in Mexiko. Gleichzeitig steigen die Importe, die zur Exportproduktion notwendig sind, da es kaum eine Vernetzung zur Binnenwirtschaft gibt. Die unzureichende Verbindung von Export- und Binnenmarkt schafft zu wenig Beschäftigung um die binnenwirtschaftliche Nachfrage zu stimulieren. Die Exportbranche richtet sich ausschließlich nach den Interessen ausländischen Kapitals und institutionalisiert diese mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen. Die Handelsbilanzdefizite sprechen für eine passive Extraversion. Zwar werden die Exportquoten enorm angehoben, allerdings geht dies mit noch stärker steigenden Importquoten einher. Von industrieller Entwicklung aufgrund der Exportorientierung kann nicht gesprochen werden. Die Handelsbilanzdefizite müssen durch ausländische Kredite finanziert werden. Dies führt mich zur Unterscheidung von **finanzbasierter und produktiver Akkumulation**.

Hier gilt es die Frage zu beantworten, ob es zu einer finanzbasierten Akkumulation aufgrund einer Blockade im produktiven Bereich kommt (vgl. Becker 2012: 1). Das bedeutet, nach

profitablen Investitionsmöglichkeiten in Mexiko zu suchen. In Kapitel 3.3.2.1 Zinsentwicklung und Wachstum wird gezeigt, dass die Zinsspanne (Deposit- minus Kreditzins) über den BIP-Wachstumsraten liegt. Dies weist auf höhere Profitmöglichkeiten bei der Akkumulation von Finanzkapital hin. Die ausbleibenden Investitionen im Industrie- und Agrarsektor sprechen für eine phasenweise sehr geringe produktive Entwicklung in Mexiko.

Das große Volumen der Portfolioinvestitionen bis zur Finanzkrise 1994 deutet ebenfalls auf eine fiktive Akkumulation von Kapital hin. Der Zufluss von Auslandskapital erreicht horrende Summen, später werden ausländische Investitionen häufiger in Form von FDI's getätigt. Je nach Verwendung der Auslandskapitalzuflüsse kommt es zu Industrialisierungsmomenten in Teilbereichen des Exportsektors auf Basis von ausländischen Krediten. Becker spricht hier von einer produktiven Entwicklung durch eine „verschuldete Industrialisierung“ (Becker 2012: 2). Faktoren, die definitiv gegen die produktive Entwicklung sprechen, sind eine niedrige Investitionsquote und die sinkenden mexikanischen Reallöhne, welche die Inlandsnachfrage beschränken.

Das Aufblasen der Finanzmärkte durch die Etablierung diverser innovativer Finanzinstrumente, die Kapitalisierung von staatlichen Unternehmen bzw. sozialer Dienstleistungen (Pensionssystem) und die Verbriefung öffentlicher Schulden tragen einen wesentlichen Teil zur finanzbasierten Akkumulation bei. Eine hohe Auslandsverschuldung kann ein Indikator für eine „kreditbasierte Finanzialisierung“ (Becker 2012: 4) sein.

Das mexikanische Wirtschaftssystem fokussiert sich 1988–1994 verstärkt auf die finanzbasierte Akkumulation von Kapital. Später kommt es zwischenzeitlich zu Phasen industrieller Entwicklung, allerdings bleiben diese schwach und finanzbasierte Akkumulationsformen stehen immer wieder im Vordergrund. Die Entwicklung wird im Bereich der monetären Restriktion durch die im folgenden Kapitel angeführten Maßnahmen deutlich.

4.2 Monetäre Restriktion

Geld gilt als Beschränkung der kapitalistischen Ökonomie. Es ist die alleinige Antriebskraft der Akkumulation; die Profite müssen sich in Geld realisieren lassen (vgl. Imhof, Jäger 2007: 143). Das System findet ihre Ausgestaltung in einem monetären Rahmen, von dem es gleichzeitig beschränkt ist.

Wie in der Theorie bereits erläutert, gilt Geld nicht nur als allgemeines, sondern auch als spezielles Äquivalent. Die Untersuchung zeigt, dass in Mexiko der Zugang zum speziellen Äquivalent (US-Dollar) nur bestimmten gesellschaftlichen Gruppen vorbehalten ist. Einerseits ist das Finanzkapital zu nennen und andererseits das Exportkapital, welches durch internationale Handelspartner leichten Zugang zu Dollar-Krediten (z. B. über Lieferantenkredite) hat.

Die zeitliche Dimension von Geld spielt in Mexiko durch die volatile Geldwertentwicklung eine bedeutende Rolle. Immer wieder werden in Phasen der Krise (Geld-)Vermögen auf ihre realen Werte zurückgeholt. Mächtige AkteurInnen, die ihre Vermögen in der Parallelwährung halten, schützen sich so vor einer Entwertung; betroffen von einer Entwertung sind vorrangig Peso-Vermögen.

Die räumlichen Grenzen des Geldes werden in Mexiko bis 1994 durch die fixe Anbindung an den US-Dollars durchbrochen. Durch die informelle Dollarisierung wird außerdem versucht, die räumlichen Grenzen des Pesos zu erweitern bzw. zu umgehen.

Wechselkurse

Mexiko hält bis 1994 an einer Fixierung des Wechselkurses fest und dämmt somit die Inflation ein. Mit der Anbindung des Pesos an den US-Dollar verliert Mexiko eine autonome Geldpolitik, ähnlich einer Dollarisierung werden die Instrumente der Geldpolitik massiv beschränkt und an die Zentralbank der USA ausgelagert. Aufgrund des Vertrauensverlustes in die mexikanische Währung kommt es zu einer schleichenden Dollarisierung. Der Peso wird nie vollständig substituiert, aber die Indexierung von Anleihen erfolgt zum Teil in US-Dollar; so werden Verträge und der internationale Import-Exporthandel in Dollar abgewickelt. Die Schaffung einer Parallelwährung führt zur Polarisierung gesellschaftlicher Gruppen Mexikos und begünstigt das Finanzkapital. Den mit Auslandskapital in Verbindung stehenden Gruppen ist der Zugang zu einer sicheren, stabilen Zweitwährung möglich, während einfache LohnarbeiterInnen dem mexikanischen Peso und seinen Schwankungen ausgesetzt sind. Die Kredite in Fremdwährung stellen für die Wechselkurspolitik eine besondere Herausforderung dar. Demnach sollte die Wechselkursparität stabil bleiben um die privaten und öffentlichen Schulden in US-Dollar nicht zu erhöhen.

Im Bereich der Währungs- und Wechselkurspolitik wird auf einen überbewerteten Peso gesetzt. Die hohen Kapitalzuflüsse, die auf kurzfristigem Auslandskapital basieren, verzerren die Währungsbewertung und erhöhen zunehmend die Instabilitäten des Systems. Die

Überbewertung des Pesos schädigt die produktive binnenwirtschaftliche Entwicklung Mexikos und bleibt auch nach dem Jahr 2000 bestehen, so die Einschätzung von Epstein und Yeldan (vgl. 2009: 22). Ein Indikator, der in dieser Arbeit für die Überbewertung des Pesos verwendet wird, ist das Leistungsbilanzdefizit, welches 1994 am höchsten Stand ist. Die strukturellen Instabilitäten des Wechselkursregimes führen 1994 zur Finanzkrise. Die Finanzflüsse nehmen eine abrupte Wende. Der Übergang zu einem flexiblen Wechselkursregime ruft andere wirtschaftspolitische Instrumente, wie „Inflation Targeting“ und „Monetary Targeting“, auf den mexikanischen Aktionsplan.

Geldregime

Die geldpolitische Regulation des mexikanischen Akkumulationsregimes ist durch hohe Zinsen und einer strikten Antiinflationspolitik geprägt. Der Schwerpunkt der mexikanischen Geldpolitik liegt auf der Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas; die Senkung der Inflation mit einer unabhängigen Nationalbank erhalten oberste Priorität. Die Inflation wird mit der Anbindung an den US-Dollar bis 1994 massiv eingedämmt. Unter der Strategie des „Monetary Targeting“ verzeichnet Mexiko bis ins Jahr 2000 hohe Inflationsraten von bis zu 10 %. Mit der Wende hin zu einem „Inflation Targeting“-Regime sinkt die Inflationsrate. Gleichzeitig sieht sich Mexiko der Gefahr einer binnenwirtschaftlichen Stagnation gegenüber. Die Konzentration auf das Inflationsziel vernachlässigt die binnenwirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum.

Wenn es zu einer Abwertung des überbewerteten Pesos kommen sollte, greift das „Inflation Targeting“ Regime straffend ein, während es hingegen bei einer Aufwertung zu keiner Intervention kommt, kritisieren Epstein und Yeldan. (2009: 22).

Die Akteure der internationalen Finanzarchitektur haben Einfluss auf das Geldregime in Mexiko. Einerseits haben die internationalen Leitzinssätze Auswirkungen auf die mexikanischen Kapitalzuflüsse und -abflüsse und andererseits wird über die Regulierung von multi- und bilateralen Verträgen (NAFTA, OECD, etc.) die heimische Handels- und Geldpolitik mitbestimmt. Der mexikanischen Zentralbank ist es nicht mehr möglich, die Geldpolitik autonom zu steuern.

Der Fokus der Geldpolitik liegt auf der Stabilisierung von Kapitalzuflüssen. Die Regulation des Geldverhältnisses wird von außen vorgegeben. Die Nationalstaaten unterwerfen sich einem hegemonialen Staat, der dem Geldsystem seine vermeintliche Stabilität verleihen soll. Die Kosten und Nutzen jener Geldpolitik sind ungleich zwischen den Ländern

(„Währungen“) mit hegemonialer Macht und jenen der Peripherie verteilt. (vgl. Imhof, Jäger 2007: 146ff)

Finanzmarktpolitik und Verschuldung

Die Finanzmarktpolitik konzentriert sich auf die Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen, die Investitionen im finanzbasierten Bereich begünstigen. Die strukturellen Änderungen folgen einem neoliberalen Kurs, welche die Liberalisierung und Deregulierung am Kapitalmarkt forcieren und mit der Unterstützung heimischer Eliten und internationaler Abkommen durchsetzen. Die Umgestaltung führt in Mexiko zum Anstieg von Auslandskapital in den dynamischen Sektoren. Die Privatisierung staatlicher Unternehmen sowie die Übernahme heimischer Banken durch ausländisches Kapital sind ausschlaggebend für die zunehmende Fremdbestimmung der mexikanischen Politik.

Mit verschiedenen Finanzmarktinstrumenten wird die Diversifizierung von Anlagen den Bedürfnissen der InvestorInnen entsprechend gestaltet. In Mexiko führt das zu einem enormen Anstieg der Portfolioinvestitionen bis Mitte der 1990er Jahre und später zu vermehrten Auslandsdirektinvestitionen.

Die mexikanische Verschuldungspolitik ist von zahlreichen Umschuldungsrunden geprägt, die einen Einstieg von GläubigerInnen, durch innovative Finanzinstrumente auf fiktiver Ebene befürworten. Die Kapitalisierung von Zinsrückständen oder staatlichen Schulden (siehe Debt-Equity Swaps: S.91) sind ein Teil dieser Strategie.

Der Anstieg der öffentlichen Auslandsverschuldung ist mit drastischen Ausgabenkürzungen verbunden, um die Zinszahlungen (mit Devisen) begleichen zu können. Dies erweist sich für einkommensarme gesellschaftliche Schichten als besonders belastend, da die staatliche Ausgabenpolitik massiv zurückgefahren wird.

Die restriktive Geldpolitik führt dazu, dass die Kredite von heimischen Banken an den Privatsektor auf einem relativ niedrigen Niveau bleiben. Die Verschuldung Mexikos wirkt hauptsächlich bei Fremdwährungsverbindlichkeiten als handlungseinschränkend. Außerdem ergibt sich durch kurzfristige Auslandsschulden eine systemische Gefahr für den Finanzsektor; diese beginnen in Mexiko ab dem Jahr 2000 wieder deutlich zu steigen.

5 Finanzbasiertes Regulationsdispositiv in Mexiko? Stabilität des Systems?

Mit der Positionierung des mexikanischen Wirtschaftssystems konnte die geld- und währungspolitische Regulation auf Basis der Akkumulation erläutert werden. In diesem Kapitel möchte ich mich nun der Frage nach dem finanzbasierten Regulationsdispositiv widmen und ob die Maßnahmen der mexikanischen Geldpolitik eine Stabilisierung der Akkumulation erreichen.

5.1 Finanzbasiertes Regulationsdispositiv

Ein finanzbasiertes Regulationsdispositiv zeigt eine Regulationsweise, die eine fiktive Akkumulation von Kapital forciert. Je nach Raum und Zeit verändert sich das Regulationsdispositiv und kann nicht als starres Gebilde wahrgenommen werden.

Wie bereits an mehreren Stellen dieser Arbeit erläutert, kommt es zu einer Verlagerung von der produktiven zur fiktiven Akkumulation. Die Veränderung der Regulation, unter anderem durch die Änderung institutioneller Rahmenbedingungen, ist Basis für den Wandel hin zu einer fiktiven Akkumulation. In Mexiko werden die Währungs-, Zins- und Inflationspolitik, das Schuldenmanagement und die Finanzmärkte zugunsten einer finanzbasierten Akkumulation ausgerichtet.

Der produktive Sektor wird durch die restriktive Geld- und Fiskalpolitik gebremst, indem dem Binnenmarkt nur im begrenzten Ausmaß Liquidität zur Verfügung steht. In einzelnen Sparten der Exportproduktion kommt es durch Auslandskapital zu partieller produktiver Entwicklung. In jüngster Zeit sind aber verstärkt Investitionen in Rohstoffe, die keine Produktivitätsentwicklung bringen, zu verzeichnen. Die Hochzinspolitik fördert die finanzbasierte Akkumulation, während die Profitraten der mexikanischen Industrie durch verstärkte Konkurrenz im internationalen Handel (China) gedrückt werden, was auf fehlende profitable Investitionsmöglichkeiten hinweist. Die Regulation jener Politikbereiche forciert also den Übergang zu einer finanzbasierten Akkumulation.

Krisen verändern den Finanzialisierungsgrad. Im Zuge von diversen Umschuldungsprogrammen werden Strukturen zu einer Finanzialisierung geschaffen. Der Höhepunkt der Finanzialisierung findet 1994 in der schweren Finanzkrise ihren Ausdruck. Die fiktive Akkumulation verändert sich in den Folgejahren; Portfolioinvestitionen verlieren an Bedeutung, während die Fremdbestimmung der mexikanischen Politik durch steigende Auslandsinvestitionen zunimmt.

Dies könnte eine Entwicklung im produktiven Bereich bedeuten, die kurzfristigen Investitionen am mexikanischen Markt werden durch langfristiges Auslandskapital ersetzt. So schreibt Dussel den FDIs eine gewisse produktive Entwicklung (Produktivitätswachstum, Anstieg der Bruttoanlageninvestitionen) der mexikanischen Wirtschaft zu (vgl. Dussel 2000: 123ff). Allerdings besteht der Großteil der Investitionen aus reinen Eigentümerwechseln bzw. der Kapitalisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen.

Der Grad der Finanzialisierung hängt von politischen Prozessen der Regulation ab. In Mexiko konnte eine Tendenz zur finanzbasierten Akkumulation durch Regulationen im Bereich der Währungs-, Geld- und Wechselkurspolitik, sowie in der Veränderung institutioneller Rahmenbedingungen im Finanzmarktbereich und der Verschuldungspolitik gezeigt werden. Dies lässt die Vermutung eines finanzbasierten Regulationsdispositives in längeren Phasen der mexikanischen Ökonomie zu.

5.2 Stabilität

Greifen nun Akkumulation und Regulation in Mexiko stimmig ineinander, um Stabilität zu gewährleisten?

Die mexikanische Akkumulation und ihre stark finanzbasierte Ausrichtung werden durch die monetäre Restriktion so geregelt, dass keine Stabilität hergestellt werden kann. Primär geht es um die rasche Anhäufung von finanziellem Kapital, welches durch wiederkehrende Krisen eine Abwertung erfährt, die die fiktiven Werte um ihre realen Werte bereinigen.

In Mexiko führen die hohen Kapitalzu- und -abflüsse generell zu einer Destabilisierung der Wirtschaft. Die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits durch kurzfristiges spekulatives Auslandskapital hat sich als besonders ungeeignet herausgestellt. Die anteilig hohe Auslandsverschuldung privater Akteure hebt die Gefahr von Privatkonkursen durch die volatilen Finanzflüsse. Der US-Dollar als Parallelwährung stellt für den Staat die immanente Gefahr dar, dass verunsicherte BürgerInnen in die „sichere“ Währung flüchten und somit die Situation verschärfen. Sogar der Staat selbst propagiert die Flucht in die Zweitwährung, wenn er Staatsanleihen in US-Dollar ausgibt. Imhof und Jäger sehen nur mit einer eigenständigen Währung autonome Entwicklungsmöglichkeiten in der geldwirtschaftlichen Steuerung (vgl. Jäger, Imhof 2007: 143).

Weitere Instabilität ist durch das schwache Bankensystem gegeben. Die restriktive Geldpolitik verschafft nur ungenügend Kredite, um ein Florieren der Wirtschaft zu

ermöglichen. Außerdem stellen unterschiedliche Laufzeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten für das Bankensystem eine Herausforderung dar.

Die Regulation von Geld führt in Mexiko zu hoher ökonomischer Instabilität und findet in sozialer Polarisierung und einem schwachen Binnenmarkt ihren Ausdruck. Um aber überhaupt ein Urteil über eine vorübergehende stabile Regulationsweise treffen zu können, müsste das Zusammenwirken mit den anderen strukturellen Formen genau untersucht werden.

5.3 Hegemonie

Die Regulation von Geld ist von verschiedenen ökonomischen und gesellschaftlichen Akteuren umkämpft (vgl. Imhof, Jäger 2007: 145). In der Ära der festen Wechselkurse (Bretton-Woods-System) finanzierten mexikanische Banken die Großindustrien und Unternehmen Mexikos. Stabile Kreditzinsen und ein fester Wechselkurs geben den Großunternehmen, aber auch Klein- und Mittelbetrieben, die Möglichkeit zur Finanzierung ihrer Investitionen (vgl. Soto 2010: 420f).

Nach der Zahlungsunfähigkeit Mexikos 1982 werden Strukturen gelegt, die die Richtung der Regulationsweise bestimmen. Exportorientiertes Kapital sowie Finanzkapital spielen hier eine entscheidende Rolle. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und eine strikte Antiinflationsspolitik stehen vor allem im Interesse des Finanzkapitals. Die Liberalisierung des Handels sowie eine restriktive Lohnpolitik kann dem Exportkapital zugeschrieben werden.

Die Verbindung von Bank- und Industriekapital hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv verändert. Den Finanzmärkten kommt eine tragende Rolle zu. Sie ersetzen das Kreditkapital der Banken durch Pensions-, Investment- und Anlagefonds (vgl. Zeller 2004: 327f).

Mit der Einbindung von Lohnabhängigen (kapitalisierte Sicherungssysteme) versucht das Finanzkapital, die sozialen Normen in der Zivilgesellschaft zu ihren Gunsten auszubauen. Die VertreterInnen der Finanz- und Exportbranche ringen um die direkte Herrschaft der politischen Hegemonie auf Ebene der politischen Parteien. Internationale Akteure versuchen, ihre Interessen im hegemonialen Block unterzubringen. Das investierte Kapital stammt nicht primär vom heimischen Bankensektor, sondern von Finanzmärkten im Zentrum des wirtschaftlichen Wachstums. So besteht das Finanzkapital zum Großteil aus Auslandskapital und nimmt über die Konditionierung von Krediten bzw. über den Kauf mexikanischer Unternehmen (FDIs/Privatisierungen) ökonomischen und politischen Einfluss. Auslandskapital übernimmt die Kontrolle in den dynamischen Sektoren der mexikanischen

Wirtschaft. In Form von FDIs erhalten transnationale Konzerne politische und ökonomische Macht.

Exkurs: Neoliberaler Diskurs

Der neoliberale Diskurs auf nationaler und globaler Ebene ist für die Akteure der monetären Regulation und Akkumulation handlungsleitend. Die wissenschaftliche Produktion bildet hier keine Ausnahme. Die Herrschaftsverhältnisse bleiben mit dem Diskurs verbunden (vgl. Michalitsch 2012). Gramsci schreibt: „Es gibt keine unabhängige Klasse von Intellektuellen, sondern jede Klasse hat ihre Intellektuellen“ (Gramsci: GH Bd. 1 § 44: 101ff). Die Intellektuellen spielen eine Schlüsselrolle bei der Bildung einer hegemonialen Vorherrschaft (vgl. Cox 1996: 57).

Bei der Verknüpfung von Macht und Wahrheit spielen die Forschungseinrichtungen eine zentrale Rolle. Dies zeigt sich bei der Entscheidungsmacht diverser neoliberaler Institute Mexikos und mit der Wahl der ökonomischen Entscheidungsträger der mexikanischen Regierung.

Privatkapital gewinnt zunehmend an Einfluss in der mexikanischen Innenpolitik. Der Standortwettbewerb der Staaten führt so weit, dass staatliche Kompetenzen an internationales Kapital und Konzerne ausgelagert werden (vgl. Pirker 2001: 255f). Die privatisierten Staatsunternehmen gestalten Medien und Telekommunikation (vgl. Martinez 2010: 396) und können so ihre Machtposition ausbauen. Die Finanzierung von politischen Bereichen durch Fremdstaaten, wie z. B. „Krieg gegen den Drogenhandel“ durch die USA, nimmt erheblichen Einfluss auf die innenpolitische Sicherheitspolitik Mexikos (vgl. Ceceña 2012: Ö1 Interview).

Die Machtblöcke, die die mexikanische Akkumulation tragen, sind also das ausländische Finanz- und Exportkapital, die sich in ihrer hegemonialen Machtposition abwechseln.

6 Conclusio

Diese Arbeit legt einen Schwerpunkt auf die theoretischen Ausführungen der Regulationstheorie, die als Instrument für eine strukturelle Analyse kapitalistischer Wirtschaftssysteme dient. Mexiko ist nur eines vieler Beispiele, die durch die neoliberale Umstrukturierung neue Formen der Regulation und Akkumulation ausbilden. Es häufen sich Parallelen zu anderen semiperipheren Staaten (Asien, Osteuropa), die eine (partielle) Finanzialisierung ihrer Ökonomie erfahren. Der neoliberale Wandel führt zu einer Verschiebung von der produktiven zur finanzbasierten Akkumulation, welche ein wesentlich höheres Instabilitätspotenzial in sich trägt.

Die regulationstheoretische Analyse dieser Arbeit erlaubt, die inneren Widersprüche und strukturellen Schwächen des mexikanischen Wirtschaftssystems zu diskutieren. Die Krisen sind Ausdruck der Unvereinbarkeiten des kapitalistischen Systems, allerdings bergen sie Chancen, vorhandene Strukturen neu zu beurteilen und die bestehenden Machtblöcke zu zerrütten. Es können alte Systeme und Strukturen zerstört und neue Formen der Regulation und Akkumulation aufgebaut werden.

Die mexikanische Finanzkrise hat zwar zu kosmetischen Korrekturen des ökonomischen Systems geführt, allerdings werden die neoliberalen Strukturen weiterhin aufrecht erhalten. Die bisherigen Krisen haben keine Abkehr von der kapitalistischen Ökonomie gebracht, obwohl sie von dieser verursacht wurden.

Bei der Krisenbewältigung stehen in Mexiko internationale Akteure und Interessen im Vordergrund. Neoliberale Think Tanks und Wissenschaftsproduktion manifestieren die bestehenden Herrschaftsverhältnisse.

Die Instabilität der kapitalistischen Akkumulationsweise ist in jüngster Vergangenheit Ausdruck zahlreicher globaler Krisen geworden. Vor allem die fiktive Akkumulation hat einen wesentlichen Teil dazu beigetragen. Bisher wird versucht, die kapitalistischen Strukturen mit allen Mitteln am Leben zu erhalten, um das bestehende System zu stützen. Es gibt keine Einsicht über systemische Widersprüche des kapitalistischen Grundgerüsts. Die geringfügigen Korrekturen am kapitalistischen System werden nur kurze, vorübergehende Lösungen für die Krisen bieten.

Im Zuge einer kritischen Wissenschaftstheorie möchte ich betonen, dass diese Arbeit einen Versuch darstellt, ökonomische Verhältnisse im Licht der Regulationstheorie zu diskutieren. Keinesfalls kann der Anspruch nach einer absoluten Wahrheit gestellt werden. Für eine umfassende Darstellung mexikanischer Akkumulation und Regulation müssten weitere gesellschaftliche Aspekte in die Analyse einbezogen werden. Die Ausführungen zur mexikanischen Akkumulation und Regulation kann für die Untersuchung anderer semiperiphere Staaten hilfreiche Impulse liefern, muss aber den raum-zeitlichen Ereignissen angepasst werden.

*„Nachdenklich betrachteten wir mit Neugier den zweifelnden
Blauen Mann auf der Leinwand, sahen uns an und
Begannen von vorne.“*

(„Der Zweifler“ - Bertolt Brecht, siehe S. 2)

7 Literaturverzeichnis:

- Altwater, Elmar (1997): Geld, Globalisierung, hegemoniale Regulierung. In: Becker, Steffen; et al. (Hrsg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung Argument-Sonderband Neue Folge S. 96-122
- Banco de Mexico (2012): Agregados monetarios
<http://www.banxico.org.mx/SieInternet/consultarDirectorioInternetAction.do?accion=consultarCuadro&idCuadro=CF76§or=3&locale=es> [Zugriff: 6.9.2012]
- Babb, Sarah (2005): The Rise of the New Money Doctors in Mexico. In: Epseitn, A. Gerald (Hrsg.): Financialization and the World Economy. Cheltenham, Edward Elgar S. 243-259
- Bayón, María Christina (2006): Precariedad social en México y Argentina: tendencias, expresiones y trayectorias nacionales. In: Revista de la Cepal, Nr. 88, S. 133- 152
- Bea, Stephan (1995): Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Auswirkungen von Stabilisierungsmaßnahmen und Strukturreformen in Mexiko. In: Heihues, Franz (Hrsg.): Development Economics and Policy. Frankfurt: Peter Lang
- Becker, Joachim (2012): Finanzialisierung und Peripherie. S.1-14 (noch unveröffentlicht)
- Becker, Joachim (2011): Rupturas y continuidades: Políticas económicas post-crisis de los gobiernos progresistas en Brasil, Uruguay, Argentina. Asociación Uruguay de Historia Económica: 5as Jornadas de Investigación. Montevideo: 23-25.11.2011
- Becker, Joachim; Jäger, Johannes; Leubolt, Bernhard; Weissenbacher, Rudy (2010a): Peripheral financialisation and vulnerability to crisis. a regulationist perspective. In: Competition and Change, Vol. 14 No. 3–4, December, 2010, S. 225–247
- Becker, Joachim; Jäger, Johannes (2010b): Development Trajectories in the Crisis in Europe. In: Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe, Volume 18, S. 1-16
- Becker, Joachim (2007a): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg Metropolis Verlag (2.Auflage)
- Becker, Joachim (2007b) Dollarisation in Latin America and Euroisation in Eastern Europe: Parallels and Differences. In: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (Hrsg.): Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis? Marburg, S.223-278
- Becker, Joachim, et al. (2007c): Einleitung. Variationen kapitalistischer Entwicklung. In: Becker, Joachim et al. (Hrsg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd: Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, S. 7-63
- Becker, Joachim; Visca Paola (2004): Dollars, Pesos, Patacones. Grenzen des Geldes in Argentinien. In: Becker, Joachim; Komlosy, Andrea (Hrsg.) Grenzen Weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich. [Hrsg.:]. HSK – 23, Wien: Promedia/Südwind, S. 203-217
- Becker, Joachim; Fischer, Karin; Jäger, Johannes (2003): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und Perspektiven. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 3, S. 6-17
- Becker, Joachim (1998): Regionale Integration und Regulation: EU und Mercosur im Vergleich. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 2, S. 119-138
- Blanchard, Oliver; Illing, Gerhard (2009): Makroökonomie (5., aktualisierte und erweiterte Auflage). München, Pearson-Studium
- Boris, Dieter (2000): Die „Peso-Krise“ in Mexiko 1994/95: „Marktversagen“ versus „Politikversagen“ – oder beides? In: Dosch, Jörn; Faust, Jörg (Hrsg.) Die ökonomische Dynamik politischer Herrschaft. Das pazifische Asien und Lateinamerika. Opladen, Leske + Budrich S. 21-48
- Boris, Dieter (1996): Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Brand, Ulrich (2012): Dimensionen – Die Welt der Wissenschaft. Ö1 – Interview vom 2.8.2012 (eine Sendung von Marlene Nowotny) oe1.orf.at [Zugriff: 2.8.2012]
- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates. In: Becker, Joachim et al. (Hrsg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd: Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, S. 260-280

- Buira, Ariel (1996): The Mexican Crisis of 1994: An Assessment In: Teunissen, Jan Joost (Hrsg.): Can Currency Crises be Prevented or Better Managed? Lessons from Mexico, FONDAD (Forum on Debt and Development), The Hague, S. 11-27
- Burchardt, Hans-Jürgen (2003): Neoliberalismus mit menschlichem Gesicht? Die neue Armutsbekämpfungspolitik auf dem Prüfstand. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 2, S. 56-71
- Camara Neto, Alcino F.; Vernengo, Matías (2006): Monetary integration and dollarization: what are the lessons? In: Monetary Integration and Dollarization. [Hrsg.: Matías Vernengo] Cheltenham, Edward Elgar S. 287-295
- Ceceña, Ana Esther (2012): Dimensionen – Die Welt der Wissenschaft. Ö1 – Interview vom 2.8.2012 (eine Sendung von Marlene Nowotny) oe1.orf.at [Zugriff: 2.8.2012]
- CEPAL (2012): Estudio económico de América Latina y el Caribe ▪ 2010-2011 <http://www.eclac.cl> [Zugriff: 15.9.2012]
- Correia, Filipa; Jiménez, Luis Felipe; Manuelito, Sandra (2009): Regulación y supervisión financiera: lecciones de la crisis para América latina y el Caribe. In: Revista de la Cepal, Nr. 99, S. 7-23
- Cox, Robert, W (1996): Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method. In: Approaches to World Order. [Hrsg.: Robert W. Cox and J. Sinclair], Cambridge: Cambridge University Press S. 49-66
- Cuevas, Victor (2010): México: dinámica de las exportaciones manufactureras. In: Revista de la Cepal, Nr. 102; S. 153-174
- Davidson, Paul (2006): A framework for analysing dollarization. In: Vernengo, Matías (Hrsg.) Monetary Integration and Dollarization. Cheltenham, Edward Elgar S. 259-275
- Dussel Peters, Enrique (2009): The Mexican Case. In: Jenkins, Rhys; Dussel Peter, Enrique [Hrsg.] China and Latin America. Economic relations in the twenty-first century. Bonn/Mexico City Deutsches Institut für Entwicklungspolitik/Universidad Nacional Autónoma de México. S. 279-295
- Dussel Peters, Enrique (2004): Neoliberalismus und exportorientierte Industrialisierung. In: Fischer, Karin et al. (Hrsg.) Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum S. 127-145
- Dussel Peters, Enrique (2001): Globalisierung auf Mexikanisch: die Transnationalisierung der mexikanischen verarbeitenden Industrie. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr.3/4, S. 223-240
- Dussel Peters, Enrique (2000): Polarizing Mexico. The Impact of Liberalization Strategy. London, Lynne Rienner
- Eichengreen, Barry (2006): Can emerging markets float? Should they target inflation? In: Vernengo, Matías (Hrsg.): Monetary Integration and Dollarization Cheltenham, Edward Elgar S. 149-175
- Eichengreen, Barry; Wyplosz, Charles (1996): What Do Currency Crisis Tell Us About the Future of the International Monetary System? In: Can Currency Crises be Prevented or Better Managed? Lessons from Mexico Hrsg: Jan Joost Teunissen: 1996, FONDAD (Forum on Debt and Development), The Hague, S. 90 – 103
- Epstein, Gerald; Yeldan Erinç (2009): Beyond inflation targeting: assessing the impacts and policy alternatives. In: Epstein, Gerald; Yeldan Erinç. (Hrsg.): Beyond Inflation Targeting. Assessing the Impacts and Policy Alternatives. Cheltenham, Edward Elgar S. 3-28
- Epstein, Gerald; (2005): Introduction: Financialization and the World Economy. In: Epstein, A. Gerald (Hrsg.): Financialization and the World Economy. Cheltenham, Edward Elgar S. 3- 18
- Fischer, Karin (2010): Radiokolleg vom 5.8.2010. Ö1- Interview. [Zugriff: 4.9.2010] oe1.orf.at
- Fischer, Karin; Parnreiter, Christoph (2007): Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke – ein nicht staatszentrierter Ansatz für die Entwicklungsökonomie. In: Becker, Joachim et al. (Hrsg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd: Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, S. 106-123
- Ffrench-Davis, Ricardo (2010): Macroeconomía para el desarrollo – desde el financiamiento al productivismo. In: Transformación y Desarrollo – Opciones para América Latina - Revista CEPAL, Nr. 102, S.7-27
- Foders, Federico (2001): Die ökonomische und wirtschaftspolitische Entwicklung Lateinamerikas nach dem Zweiten Weltkrieg. Kieler Arbeitspapier Nr. 1066. Konferenz des Arbeitskreises Europäische

- Integration zum Thema „Die Beziehungen zwischen der EU und den MERCUSOR-Staaten: Stand und Perspektiven“ Institut für Weltwirtschaft, Kiel
hawk.ethz.ch/serviceengine/Files/ISN/124060/.../kap1066.pdf [Zugriff: 26.9.2012]
- Frankl, Thomas (1991): Amerikanische IWF-Politik. Die Reagan Administration. Frankfurt am Main: Lang.
- Fritscher Mundt, Magda (2001): Mexikos Landwirtschaft im Neoliberalismus: Chronik eines Zusammenbruchs. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 3/4, S. 273-293
- Galindo, Luis Miguel; Ros, Jaime (2009): Alternatives to inflation targeting in Mexico. In: Epstein, Gerald; Yeldan Erinç (Hrsg.): Beyond Inflation Targeting. Assessing the Impacts and Policy Alternatives. Cheltenham, Edward Elgar, S. 158-176
- Gabel, Ilene (1996): Marketing the 3. World: The Contradictions of Portfolio Investment in the Global Economy. In: World Development, Vol. 24, No 11, S. 1761-1776
- Gabel, Ilene (2005): Averting Crisis? Assessing Measures to Manage Financial Integration in Emerging Economies. In: Epstein, A. Gerald (Hrsg.): Financialization and the World Economy. Cheltenham, Edward Elgar 357-383
- Gramsci, Antonio (1991-2002): Gefängnishefte, [10 Bände], Bochmann, Klaus; Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.) Hamburg: Argument
www.gramsci.at/fileadmin/user_upload/gramsci/Auszuege_GH.pdf [Zugriff: 17.9.2012]
- Griffith-Jones, Stephany (2006): Exchange rate regimes and the need for elements for a new international financial architecture. In: Vernengo, Matías (Hrsg.) Monetary Integration and Dollarization.. Cheltenham, Edward Elgar S. 198-217
- Gruben, William C., Koo, Jahyeong (2006): Does NAFTA move North America towards a common currency area? In: Vernengo, Matías (Hrsg.): Monetary Integration and Dollarization. Cheltenham, Edward Elgar S. 79-92
- Iberra, David (2005): El péndulo monetario en México. In: Revista de la CEPAL, Nr 85, S. 53-60
- Imhof, Karen; Jäger, Johannes (2007): Globale Geldordnungen und Entwicklungsprozesse im Zentrum und Peripherie. In: Becker, Joachim et al. (Hrsg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd: Handel, Geld, Arbeit, Staat. Mandelbaum/Wien, S. 143-160
- Imhof, Karen (2006): Revolution und Staatsbildung in Mexiko. In: Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung, S. 145-169
- Imhof, Karen (2003): Finanzkrisen und Neoliberalismus in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 3, S. 35-50
- INEGI – Instituto Nacional de Estadística y Geografía (2011): Encuesta Nacional de Ocupación y Empleo (ENOE) [Zugriff: 10.7.2011]
<http://www.inegi.org.mx/est/contenidos/Proyectos/encuestas/hogares/regulares/enoe/Default.aspx>
- Jameson, Kenneth P. (2006): Dollarization in Latin America: 2004 and beyond. In: Vernengo, Matías (Hrsg.): Monetary Integration and Dollarization. Cheltenham, Edward Elgar S. 276-286
- Küblböck, Karin; Staritz, Cornelia (2007): Internationale Verschuldung und (Unter-)Entwicklung. In: Becker, Joachim et al. (Hrsg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd: Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, S. 160-184
- Marchand, Marianne (2002): Engendering Globalization in Post-NAFTA Mexico. In: Saunders, Kriemild (Hrsg.): Post-Development Thought – Rethinking Modernity, Post Colonialism and Representation, Cambridge University Press, S. 105-121
- Martínez, Ifigenia (2010): La Experiencia de México: Desarrollo Nacional y Dependencia externa. La Revolución democrática: Un mandato histórico. In: Vidal, Gregorio; Guillén, Arturo; Déniz, José (Hrsg.): Transformación y Desarrollo – Opciones para América Latina, Madrid, AECID (Agencia Española de Cooperación Internacional para el Desarrollo, Universidad Complutense), S. 383-397
- Marx, Karl (1964): Kapital III, Marks/Engels Werke, Bd.25 Berlin: Dietz Verlag
- Marx, Karl (1959): Theorien über den Mehrwert II, MEW 26.2, Berlin: Dietz Verlag
- Michalitsch, Gabriele (2012): Keynote „Gender in der Krise“. Wien: Wirtschaftspolitische Akademie. Konferenz: 21.9.2012

- Moreno-Brid, Juan Carlos; Ros, Jaime (2004): México: las reformas del mercado desde una perspectiva histórica. In: Revista de la CEPAL 84, S. 35-57
- Nafziger, Wayne E. (2012): Economic Development. Cambridge University Press (5.Auflage)
- Novy, Andreas (2000): Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 2, S. 189-208
- Novy, Andreas (2002): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Brandes & Apsel / Südwind
- Nunnenkamp, Peter (2000): The Changing Pattern of Foreign Direct Investment in Latin America. In: Foder, Federico; Feldsieper, Manfred (Hrsg.): The Transformation of Latin America. Economic Development in the Early 1990s. Cheltenham, Edward Elgar 115 – 131
- Pradilla Cobos, Emilio (1996): NAFTA and territorial integration in Mexico. In: Paraskevopoulos, Christos; Grinspun, Ricardo; Eaton, George (Hrsg.): Economic Integration in the Americas Cheltenham, Edward Elgar S. 43- 54
- Parnreiter, Christof (2001): Globalisierung, Transformation und Neoliberalismus in Lateinamerika: Neue Literatur zum Thema. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Nr.2, S. 305-317
- Parnreiter, Christof (2003): Exportboom ohne Entwicklungspotenzial? In: ATTAC (Hrsg.): Die geheimen Spielregeln des Welthandels. Wien: Promedia, S. 34-37
- Penido de Freitas, María Christina; Magalhães Prates, Daniela (2000): La experiencia de apertura financiera en Argentina, Brasil y México. Revista de la Cepal, Nr. 70, S. 53- 69
- Peterson, Janey Daven (2012). Dimensionen – Die Welt der Wissenschaft. Ö1 – Interview vom 2.8.2012 (eine Sendung von Marlene Nowotny) oe1.orf.at [Zugriff: 2.8.2012]
- Pirker, Kristina (2001): Der Herbst der Patriarchen. Mexikanische Gewerkschaften und neoliberale Modernisierung. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 3/4, S. 255-271
- Plehwe, Dieter (2002) Neoliberale Ideen aus der nationalen Peripherie ins Zentrum gerückt: Der Fall Mexiko. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 3, S. 249-264
- Raza, Werner (1999): Politische Ökonomie und Natur im Kapitalismus. Versuch der Synthese eines antagonistischen Verhältnisses. Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung. WU-Wien. SRE-Discussion 74 publishe online by <http://epub.wu-wien.ac.at>
- Ruiz-Nápoles, Pablo (1996): Investment, trade and employment in Mexico in the context of a liberal reform and NAFTA. In: Paraskevopoulos, Christos; Grinspun, Ricardo; Eaton, George (Hrsg.): Economic Integration in the Americas Cheltenham, Edward Elgar, S. 55-69
- Salinas Callejas, Edmar (2010): Del Crecimiento al Desarrollo en México. In: Gregorio Vidal, Arturo Guillén, José Déniz (Hrsg.): Transformación y Desarrollo – Opciones para América Latina. Madrid: AECID (Agencia Espanola de Coopercaión Internacional para el Desarrollo, Universidad Complutense), S. 399-418
- Schnatz, Bernd (1996): Stabilitätspolitische Reaktionen auf massive Kapitalzuflüsse: Erfahrungen aus Chile, Mexiko und Malaysia. Hamburg : HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung
- Schweikert, Rainer (2000): The Exchange Rate as a Nominal anchor in Mexico and Argentina – Old Sins or New Insights? In: Foder, Federico; Feldsieper, Manfred (Hrsg.): The Transformation of Latin America. Economic Development in the Early 1990s. Cheltenham, Edward Elgar S. 63-79
- Shaiken, Harley (2001): The New Global Economy: Trade and Production under NAFTA. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 3/4, S. 241-254
- Siegman, Charles (1996): Comment on „The Mexican Crisis of 1994: An Assessment,“ by Ariel Buira. In: Can Currency Crises be Prevented or Better Managed? Lessons from Mexico Hrsg: Jan Joost Teunissen: 1996, FONDAD (Forum on Debt and Development), The Hague, S. 27-33
- Singh, Kavaljit (1998):The Globalisation of Finance. A Citizen´s Guide. Cape Town, IPSR Books
- Soto, Roberto (2010): Banca en México, Forma Funcional en un Escenario de Desregulación financiera. In: Gregorio Vidal, Arturo Guillén, José Déniz (Hrsg.): Transformación y Desarrollo – Opciones para América Latina, Madrid, AECID (Agencia Espanola de Coopercaión Internacional para el Desarrollo, Universidad Complutense), S. 419-430

- Studart, Rogério (2006) Integrating uneven partners: the destabilizing effects of financial liberalization and internationalization of Latin American economics. In: Vernengo, Matías (Hrsg.): Monetary Integration and Dollarization. Cheltenham, Edward Elgar S. 176-198
- Sweezy, Paul (1970): Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie. Suhrkamp, Frankfurt
- Tavera, María Elena (2010): Alcances y Limitaciones en las Estrategias de crecimiento en México, Brasil y China. In: Transformación y Desarrollo – Opciones para América Latina [Hrsg: Gregorio Vidal, Arturo Guillén, José Déniz], Madrid: AECID (Agencia Española de Cooperación Internacional para el Desarrollo, Universidad Complutense), S. 465-483
- Toussaint, Eric (1999): Profit oder Leben. Neoliberale Offensive und internationale Schuldenkrise. Köln, ISP
- UN-DATA (2012): <http://data.un.org/CountryProfile.aspx?cname=Mexico> [Zugriff: 15.5.2011]
- UN-COMTRADE (2010): Import-Export Daten [Zugriff: 10.2.2011]
<http://comtrade.un.org/db/dqQuickQuery.aspx?px=S1&y=1980,%201981,%201982,%201983&rg=2&so=9999>
- Vernengo, Matías (2006): From capital controls to dollarization: American hegemony and the US dollar. In: Monetary Integration and Dollarization. [Hrsg.: Matías Vernengo] Cheltenham, Edward Elgar S. 245-258
- Weltbank Datenbank (2012): <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GNP.PCAP.CD> [Zugriff: 27.6.2012]
- Yasuhara, Tsuyoshi (2010): Productividad de la Industria manufacturera en Mexico, Bajo el Teorema del Desarrollo Restringido por la Balanza de Pagos. In: Gregorio Vidal, Arturo Guillén, José Déniz (Hrsg.) Transformación y Desarrollo – Opciones para América Latina. Madrid: AECID (Agencia Española de Cooperación Internacional para el Desarrollo, Universidad Complutense), S. 431-447
- Zeller, Christian 2004: Ungleiche Entwicklung, globale Enteignungsökonomie und Hierarchien des Imperialismus. In: Gerlach, Olaf; Kalmring, Stefan; Kurnitz, Daniel (Hrsg.): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel, S. 324-347

8 Anhang

8.1 Zusammenfassung

Diese Arbeit versucht, die Instabilitäten des kapitalistischen Entwicklungsgedankens aus regulationstheoretischer Perspektive zu identifizieren. Als Paradebeispiel einer neoliberalen Umstrukturierung dient Mexiko, welches nach Zahlungsunfähigkeit 1982 dem Einfluss internationaler Finanzorganisationen sowie (über-)mächtigen Staaten des Zentrums unterlag.

Die regulationstheoretische Analyse stellt die Bewusstmachung des mexikanischen Akkumulationsmusters sowie die geld- und währungspolitische Stabilisierung seit dem Regierungsantritt Salinas de Gortari 1988 in den Vordergrund. Zuerst werden die Strukturen des mexikanischen Binnenmarkts, das mexikanische Außenhandelssystem und vor allem die finanzbasierte Akkumulation mithilfe der drei Typisierungsachsen (extensive/intensive; extravertierte/intravertierte; produktive/finanzielle Akkumulation) analysiert.

Der zweite Teil der Arbeit legt den Fokus auf die monetäre Restriktion in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Die geldpolitischen Stabilisierungsversuche führen in Mexiko zu einer Verlagerung von einer produktiven zu einer fiktiven Akkumulation. Diese Entwicklung kann im Bereich der Währungs-, Geld- und Wechselkurspolitik sowie in der Veränderung institutioneller Rahmenbedingungen am Finanzmarkt und auch der Verschuldungspolitik gezeigt werden. Dies lässt die Vermutung eines finanzbasierten Regulationsdispositivs zu.

Die Positionierung der mexikanischen Akkumulation und monetären Restriktion führt zu dem Ergebnis, dass in Mexiko von keiner Stabilisierung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung gesprochen werden kann. Viel mehr steht die Dominanz von Finanz- und Exportkapital im Vordergrund, die sich in ihrer hegemonialen Machtposition abwechseln.

Abstract

This thesis tries to identify the instabilities of the capitalist idea of development from a Regulation Theory perspective. Mexico provides a convincing example of neoliberal restructuring, which was a subject of the influence of International Financial Institutions and powerful states after insolvency in 1982.

The regulationist analysis accentuates the awareness of the Mexican accumulation pattern and the monetary stabilization since Salinas de Gortari became Prime Minister in 1988. In this analytic process the structure of the Mexican domestic market, the Mexican foreign trade system and especially the finance-based accumulation are analyzed based on the three axes of accumulation: (extensive/intensive; extroverted/intraverted, financial/productive accumulation).

The second part of the thesis focuses on monetary restriction in a capitalist economic system. The monetary stabilization policy leads to a shift from productive to a fictitious accumulation in Mexico. This development can be shown in the area of monetary, financial, and exchange rate policies, as well as changes in the institutional framework of the financial sector and the debt management strategy. This allows the hypothesis of a finance based regulation dispositive.

The positioning of the Mexican accumulation and monetary restriction leads to the result that there is no stabilization in the political, economic, and social order of Mexico. Instead it seems that the dominance of financial and export capital alternate in their hegemonial power.

Resumen

Este trabajo pretende identificar las inestabilidades del concepto capitalista de desarrollo bajo los preceptos de la teoría de la regulación. México, es un ejemplo de la reestructuración neoliberal que está sujeto a la influencia de los organismos financieros internacionales, así como de los estados poderosos después de la crisis de 1982.

El análisis regulacionista apunta al patrón de acumulación mexicano y la estabilización monetaria a partir del ascenso al poder de Salinas de Gortari en 1988. Este proceso es analizado basado en los tres ejes de acumulación: (extensivo/intensivo, extrovertido/introvertido, fictivo/productivo) considerando la estructura del mercado interno mexicano, el sistema mexicano de comercio exterior y la acumulación financiera

La segunda parte del trabajo se centra en la restricción monetaria como elemento del sistema económico capitalista. En México, la política de estabilización monetaria conduce al cambio de una acumulación productiva a una acumulación ficticia. Esta transformación se puede mostrar en el área de las políticas monetaria, financiera y cambiaria; así como, los cambios en el marco institucional del sector financiero y la estrategia de gestión de la deuda. Lo anterior conlleva a la hipótesis de que existe un dispositivo de la regulación financiera.

Partir de un posicionamiento que considere la restricción monetaria y acumulación mexicana, conduce al resultado de que no existe una estabilización en el orden político, económico y social en México. Por tanto, el predominio del capital financiero y de exportación se alternan en su posición hegemónica del poder.

8.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Portfolioinvestitionen Nettozuflüsse in US-Dollar (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	65
Abbildung 2: Auslandsdirektinvestitionen, Nettozuflüsse in US-Dollar (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen - Daten: http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	67
Abbildung 3: Erhaltene Rücküberweisungen in % des BIPs (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen - Daten - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	76
Abbildung 4: Reale Wechselkursrate Index 2005 = 100 (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen - Daten - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	77
Abbildung 5: Leistungsbilanzdefizit in (% des BIPs) (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen - Daten - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	79
Abbildung 6: Zinsspread (Depositzzins minus Kreditzzins) und BIP-Wachstumsraten (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	82
Abbildung 7: Verbraucherpreisindex (jährlich %) (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	84
Abbildung 8: Auslandsverschuldung absolut (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	88
Abbildung 9: Auslandsverschuldung in % des BIPs (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	89
Abbildung 10 Schuldenservice in % der Exporte (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 27.9.2012]	89
Abbildung 11: Kredite von heimischen Banken an den Privatsektor (Datenquelle: nach eigenen Berechnungen – Daten - http://data.worldbank.org/country/mexico) [Zugriff: 13.7.2012]	94

8.3 Glossar

BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
CETES	mexikanische Anleihen in Pesos indexiert - Certificados de la Tesorería de la Federación
EZB	Europäische Zentralbank
FDI	Auslandsdirektinvestitionen (Foreign Direct Investment)
FED	US-amerikanische Zentralbank (Federal Reserve)
GATS	Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen
GATT	Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen
INEGI	Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Informática
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
IWF	Internationaler Währungsfond
NAFTA	Nordamerikanische Freihandelsabkommen (North American Free Trade Agreement)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PAN	Partido Acción Nacional
PRI	Partido Revolucionario Institucional
TNK	Transnationale Konzerne
TESOBONOS	mexikanische Anleihen in US-Dollar indexiert - Bonos de la Tesorería de la Federación
VPI	Verbraucherpreisindex
WTO	Welthandelsorganisation

8.4 Curriculum Vitae

Teresa Pointner

*** 23.Juni 1984 (Salzburg)**

Schul- und Studienlaufbahn

- | | |
|-----------|--|
| 2010–2011 | Forschung und Studium an der Universität Complutense Madrid |
| 2006–2012 | Studium der Volkswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien
(Abschluss des Bakkalaureats Feb. 2012) mit den
Schwerpunkten: <ul style="list-style-type: none">• Internationale Wirtschaft und Entwicklung• Verteilungstheorie und –empirie• Institutionelle Ökonomie |
| 2005–2012 | Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung
an der Universität Wien mit dem Schwerpunkt: <ul style="list-style-type: none">• Betriebs-und Volkswirtschaft |
| 2004–2005 | Universität Salzburg: Studium der Psychologie |
| 1999–2004 | Handelsakademie Neumarkt am Wallersee (Betriebswirtschaftliche
Diplomarbeit, Betriebswirtschaftliches Kolloquium: Marketing
in Englisch) |

Berufserfahrungen

- | | |
|------------------|---|
| 2008–2012 | Arbeit auf Werkvertragsbasis im Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur: Im Bereich von EU-Projekten der Abteilung IT für
Unterrichtszwecke |
| 2009 | Praktikum bei der österreichischen entwicklungspolitischen Bildungs-
und Schulstelle BOABAB: Erstellung von didaktischen Materialien,
Recherchen für die Zeitschrift „Globales Lernen im Unterricht“ (1
Monat) |
| 2007 | Forschungs- und Praktikumsaufenthalt bei MINKA über EZA Fairer
Handel GMBH in Peru: Forschungs- und Projektarbeit im Fairen
Handel (3 Monate) |
| 2005 | Projektarbeit in Nicaragua im CHICA-Büro (Oficina de la
Coordinación de Hermanamientos e Iniciativas de la Cooperación
Austriaca) über Horizont3000 Dokumentation und Administration;
Infrastrukturforschung UNAN León, (5 Monate) |
| Sprachen: | Englisch in Wort und Schrift einschließlich Wirtschaftssprache
Spanisch in Wort und Schrift einschließlich Wirtschaftssprache
Italienisch/Französisch Basiskenntnisse |